# VON VERSAILLES BIS LONDON: WIEDERGUTMACHUNG UND AUSWÄRTIGE POLITIK

Emil Kraus

# Von Versailles bis London

## Wiedergutmachung und auswärtige Politik

Von

Dr. E. KRAUS

Karlsruhe i. B.
G. Braunsche Hofbuchdruckerei
und Verlag
1921

# INHALTSVERZEICHNIS

Die Natur treibt durch Kriege

Kant

# Vorwort

Was dem deutschen Volke heute fehlt und bitter nottut, das ist die politische Reife, die politische Schulung. Das Fehlen dieser Eigenschaften hat alle diejenigen Schattenseiten des neudeutschen Parlamentarismus und der Demokratie verursacht, die auch der demokratisch Denkende zu seinem tiefsten Schmerze konstatieren muß. Aus der Tatsache dieser Unreife ziehen alle die Anbeter des Alten den Schluß, daß das deutsche Volk als solches für die Selbstbestimmungsfreiheit der Demokratie überhaupt nicht geschaffen sei, daß nur die Gottesgnadenmonarchie die auf den Deutschen zugeschnittene Staatsform sei. Es dürfte ihnen schwer fallen, eine solche Behauptung irgendwie wissenschaftlich zu begründen, zugleich aber vergessen sie, daß die politische Unreife die notwendige Folge eines Systems sein mußte, bei dem der Einzelne nur Untertan war, in welchem in der Politik „Andere" und „Bessere" dazu berufen waren, die Innen- und Außenpolitik zu lenken, für ihn politisch zu denken. Man muß sich dabei unwillkürlich an den bekannten Ausspruch Kants erinnern, wonach die Fürsten das Volk erst so dumm halten, damit es sich nicht selbst regieren kann und dann sagen sie, das Volk sei zu dumm, um sich selbst regieren zu können. Die Freunde des neuen Deutschland dagegen, welche die Tatsache der Unreife keineswegs ableugnen, ziehen aus ihr den Schluß, daß alle Kräfte und Mittel in den Dienst der Schulung des Volkes gestellt werden müssen, wenn wir die Aufgabe, welche die neue Zeit an uns stellt, wirklich sollen erfüllen können. Am meisten fehlt wohl die Schulung im außenpolitischen Denken. Erst im Kriege und nach dem Kriege haben allmählich weitere Kreise des Volkes gelernt, sich für die Probleme der auswärtigen Politik zu interessieren. Der Weltkrieg und die Folgen, die er für jeden einzelnen Volksgenossen mit sich brachte, haben gezeigt, daß es nicht mehr länger angeht, die Beziehungen zu anderen Staaten und Völkern, Wirtschafts- und Staatsverträge, Krieg und Frieden einzelnen rückständigen Monarchen, geheimen Kabinetten und unfähigen, die Mentalität fremder Völker nicht verstehender und begreifender Diplomaten und unverantwortlicher Cliquen zu überlassen, sondern, daß es im ureigensten Interesse jedes einzelnen gelegen ist, daß er sich selbst in

diesen Dingen schult, sich für sie interessiert und sich ein eigenes Urteil bildet. Dazu kam nun, da Deutschland durch den Ausgang des Krieges Demokratie geworden ist und die gewählten Volksvertretungen die Außenpolitik in der Hand haben, daß schon allein diese Tatsache, den Zwang zur außenpolitischen Schulung jedes Wählers bedeutet, der nicht abseits stehen oder nur als Mitläufer gewisser Parteien gewertet sein will. Und doch ist gerade das Erfassen der außenpolitischen Fragen, die Einstellung auf außenpolitisches Denken ungemein schwierig, gilt es doch gerade hier eine Reihe von hemmenden und dabei tief eingewurzelten traditionellen Vorurteilen zu beseitigen und zwar gilt das nicht nur für die breite Masse des bis heute politisch überhaupt zum großen Teil ungeschulten Bürgertums, sondern auch für die Arbeiterschaft, die doch durch ihren jahrzehntelangen politischen und wirtschaftlichen Klassenkampf seit langem eine nicht unbeträchtliche politische Schulung aufweisen kann. Einmal müssen wir überwinden die ganze falsche Einstellung, auf die wir im Geschichtsunterricht der Schule festgelegt worden sind. Da standen im Mittelpunkt der sogen. Weltgeschichte, der Völker- und Staatenbeziehungen, zumeist Einzelne, Fürsten, Herzöge, Könige und Kaiser, Diplomaten mit ihren Intriguen, Kriegen und Schlachten. Man vergaß später die Zahlen und Namen und damit ging meist jede geschichtliche Kenntnis überhaupt verloren. An Stelle dieser Fürsten- und Diplomatengeschichte muß die Geschichte der menschlichen Gemeinschaftsbildungen, Wirtschafts-, Sozial- und Kulturgeschichte treten; denn erst aus ihr heraus sind die Ideen Einzelner, das Maß, in dem sie realisiert worden sind oder nicht, verständlich, erst damit kommt man zum ABC aller Politik.

Dazu kommt bei der Arbeiterschaft, zu deren politischen Schulung in erster Linie das vorliegende Buch geschrieben ist, das Vorurteil des sozialen Internationalismus, das sie die eigentlichen Probleme der Außenpolitik und ihre Schwierigkeiten gar nicht recht sehen läßt. Vom Standpunkt der sozialen Klassenlage des Proletariers aus ist es ganz gleichgültig, in welchem Staat, mit welcher geschichtlichen Entwicklung er sich befindet, er ist Proletarier, Besitzloser, Ausgebeuteter, er ist bestrebt, sich von dieser Ausbeutung zu befreien und reicht die Hände allen denen, die in derselben Klassenlage sind wie er. Dazu kommt, daß je stärker und konzentrierter der Kapitalismus in den einzelnen Ländern wird, umso mehr auch die Lage des Proletariats in den einzelnen Ländern sich angleicht, die Forderungen, die sie an die Gesellschaft stellen, dieselben werden müssen. In diesem sozialpolitisch richtigen Gedankengang überspringt der Arbeiter allzuleicht das Problem der tatsächlichen Staatenvielheit, der infolge ganz verschiedener geschichtlicher Entwicklung verschiedenen

staatlichen Individualität und alle die Schwierigkeiten, die sich infolge davon einer auswärtigen Politik, die auf weitgehende Staatengemeinschaft eingestellt ist, entgegenstellen. Wie unfruchtbar die Einstellung dieses sozialpolitischen Internationalismus im außenpolitischen Denken oft sein kann, das hat sich, wie im 5. Kapitel noch näher zu besprechen sein wird, in der Schweiz gezeigt, als es sich um den Beitritt der neutralen Schweiz zum Völkerbunde handelte. Dort gab die sozialdemokratische Partei trotz mancher Gegensätze im eigenen Lager die Parole „Nein" aus, weil der Völkerbund nicht das darstelle, was das sozialistische Proletariat von ihm fordere, als ob es im Gang der Weltpolitik nach Wollen und Wünschen und nicht nach geschichtlichen Zusammenhängen und organischen Entwicklungen ginge!

Sowohl das Versagen der bisherigen Internationale im Weltkrieg, als auch das Versagen der Außenpolitik des russischen Bolschewismus, hat das Problem des Staates, seiner ureigenen politischen Bedeutung gegenüber allem nur Wirtschaftlichen und Sozialen, seiner Außenpolitik wieder in den Mittelpunkt der politischen Probleme gestellt. Es hat sich gezeigt, daß auch die Welt- und Außenpolitik des Sozialismus sich nicht herauslösen läßt aus der individuellen Staats- und sozialgeschichtlichen Bedingtheit der einzelnen Volksgemeinschaften, ja, daß sie praktisch umsomehr erreicht, je mehr sie sich auf diese individuellen Voraussetzungen einzustellen versucht. Damit braucht weder die marxistische Erkenntnis der internationalen Klassensolidarität des Proletariats noch das Ziel einer immer mehr sich gegenseitig angleichenden Arbeitsgemeinschaft der einzelnen Staaten irgendwie fallen gelassen werden. Mag es noch so schwierig sein, gerade die Arbeiterschaft für diesen Standpunkt, für diesen Urteilsgesichtspunkt zu gewinnen, es muß mit allen Mitteln versucht werden. Aus diesem Bestreben heraus ist das vorliegende Buch entstanden; herausgewachsen in seinen einzelnen Teilen aus der Berufsarbeit des Redakteurs, der Tag für Tag die innen- und außenpolitischen Vorgänge eingehend zu verfolgen und kritisch zu beurteilen gezwungen ist, will es versuchen, weitesten Volkskreisen von einem bestimmten Gesichtspunkt aus einen der wichtigsten, ja vielleicht den wichtigsten Abschnitt der auswärtigen Politik des neuen Deutschland, nämlich die Periode von Versailles bis London, etwas dem Verständnis näher zu bringen. Die Schrift sucht zu zeigen, daß man alle die großen außenpolitischen Fragen der Gegenwart: den Friedensvertrag, die Wiedergutmachung, den Völkerbund, den Wiederaufbau Europas usw. nur verstehen kann, wenn man die politischen Vorgänge im Kriege und vor dem Krieg mit ihnen in Zusammen-

hang stellt, die politische Vorgeschichte der einzelnen Staaten, die heute einander gegenüberstehen, heranzieht und wenn man unter Zugrundelegung aller dieser Gesichtspunkte den zweckmäßigsten Weg praktischer Politik zu finden sucht. Einzelne Teile dieser Schrift, wie z. B. die Debatte über Spa in den europäischen Parlamenten, die Brüsseler Finanzkonferenz u. a., die als Aufsätze in Tageszeitungen und Zeitschriften oder als Vorträge entstanden sind, sind der höheren Aktualität und Lebendigkeit halber in ihrer ursprünglichen Form mit aufgenommen worden, wieder andere Teile gehen zurück auf Vorträge über auswärtige Politik, die der Verfasser an der Frankfurter Arbeiterakademie gehalten hat. Mögen recht viele an Hand dieses wichtigen Abschnittes deutscher Geschichte die Anregung gewinnen, sich mehr als bisher eingehend und gründlich mit der auswärtigen Politik zu befassen, mögen sie sich bemühen, die großen Gegenwartsfragen nüchtern und ohne jede Voreingenommenheit vom weltenweiten Standpunkt pazifistischer Völkerbundspolitik zu sehen, möge insbesondere die Arbeiterschaft lernen, so wie sie allmählich unter dem Druck der Tatsachen in der innerpolitischen Einstellung von dem rein negativen Oppositionsstandpunkt der Vorkriegszeit zur positiven Realpolitik, zur Mitarbeit am Staate emporgewachsen ist, auch in der Außenpolitik von dem nur sozialpolitischen Internationalismus, den bloßen Resolutionen von Kongressen und Tagungen zu wirklichem geschichtlichen Verstehen der außenpolitischen Fragen, zu ihrer Beherrschung und Bearbeitung in den Parlamenten und zum positiven Mitarbeiten am Aufbau des Staatenbundes weiter zu schreiten, der, wenn auch nur zunächst die Karikatur eines idealen Völkerbundes, doch den Anfang zu dem auch dem Ideal entsprechenden Völkerbund sein kann.

Heidelberg, im September 1921.

**Der Verfasser.**

I. Kapitel

## Voraussetzungen der modernen Außenpolitik

Auswärtige Politik im eigentlichen Sinn dieses Wortes gibt es erst auf einer ziemlich fortgeschrittenen Stufe gesellschaftlicher Organisation als Gegenstück und Ergänzung zur Innenpolitik. W a s i s t P o l i t i k ü b e r h a u p t? Politik kommt von πόλις = Stadt, eine erste ursprünglich recht lose Form eines lokalen seßhaft organisierten Gemeinwesens. Politik ist die πολιτική τέχνη, die Kunst der besten dem Zusammenleben zweckmäßigsten Gestaltung des Gemeinwesens. D i e G e m e i n s c h a f t, irgend eine organisierte Form derselben, das ist der Kern der Politik und damit auch des politischen Denkens. Man hat als Urzellen des Staates und damit der staatlichen Politik Familie, Geschlecht, Sippe, Stämme u. dgl. angesprochen, also natürliche Gemeinschaften. Sicher sind das Keime der politischen Gemeinschaft, aber die eigentlichen Probleme der Politik beginnen erst da, wo es sich um die bewußte, zweckmäßige Gestaltung solcher Gemeinwesen durch bestimmte Organisationsformen handelt, um eine gemeinschaftliche Organisation der verschiedenen natürlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Funktionen menschlichen Zusammenseins. Politik basiert also auf den Faktoren, welche die menschliche Gesellschaft als solche bestimmen, auf der wirtschaftlichen Struktur, den Berufs- und Klassenverhältnissen, der Technik, Wissenschaft und Kunst, auf Sitte und Recht, moralischen und religiösen Anschauungen, auf dem Wollen einzelner und ganzer gesellschaftlicher Gruppen. Das wesentliche der Politik aber ist das Verhältnis, das Zusammenwirken dieser verschiedensten Faktoren zu einem bestimmten Zweck, nämlich zur bestmöglichen Gestaltung der Menschengemeinschaft selbst. Idealismus und Materialismus streiten sich darum, welche Faktoren in erster Linie die geschichtliche Entwicklung und damit auch die politische bestimmen; jener behauptet die einzelnen und Gruppen, ihre Absichten und Ideen, letzterer behauptet die Verhältnisse, Umstände, wirtschaftlichen und sozialen Notwendigkeiten. Man muß sich auch über diese scheinbar rein theoretischen Probleme Gedanken gemacht haben, wenn man in den Kern des außen- und innenpolitischen Denkens eindringen will. Das Elementare aller menschengeschichtlichen Entwicklung und da-

mit auch die ursprüngliche Basis aller Politik sind sicher die materiellen Existenzbedingungen, die Arten der Bedürfnisbefriedigung, also die jeweiligen wirtschaftlichen Produktionsverhältnisse, welche bestimmte soziale Gliederungen mit sich führen. Aber schon diese sozialen Gliederungen stammen nicht nur aus ökonomischen Entwicklungsmöglichkeiten, aus Produktions- und Konsumtionsverhältnissen, sondern dazu kommen Gewalt- und Machtverhältnisse, gewaltsame Eigentumsaneignung und -Verteilung, Faktoren, die wesentlich zur Entstehung des modernen Staates beigetragen haben. Sagt doch O p p e n h e i m e r geradezu: „Der Staat ist Klassenstaat und ist durch politische Mittel geschaffen worden", und er definiert des näheren:

> „Der Form nach ist der Staat eine von einer siegreichen Gruppe einer unterworfenen Gruppe auferlegte Rechtsinstitution. Sein Inhalt ist die Bewirtschaftung der Untergruppe durch die Obergruppe, nach dem Prinzip des kleinsten (politischen) Mittels, d. h. die auf möglichste Dauer berechnete, unentgoltene Aneignung eincs möglichst großen Anteils ihres Arbeitsertrages bei möglichst geringem eigenen Aufwand."

Aber neben den wirtschaftlichen und sozialen Faktoren sind die wissenschaftlichen, künstlerischen, sittlichen, religiösen Ideologien ebenfalls gesellschaftsbildende Faktoren, die besonders in der modernen Zeit in der Ideologie der politischen Parteien für die Innen- wie Außenpolitik eine ungeheuere Rolle spielen, dabei die verschiedensten Verbindungen mit jenen Elementarfaktoren eingehend. Es gibt politische Probleme, die restlos aus wirtschaftlichen und sozialen Momenten zu erklären sind und wieder andere, die wesentlich ideell beeinflußt sind. Die geistigen Welten der Ideologie können sich relativ stark verselbständigen und ihrerseits wieder auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung zurückwirken wie es ja bereits E n g e l s in seinen bekannten Briefen von 1890 und 1894 gegen mißverständliche Auslegungen des historischen Materialismus dargelegt hat.

W a s i s t n u n d e r S t a a t , i n s b e s o n d e r e d e r m o d e r n e S t a a t , d e r i m M i t t e l p u n k t d e r a u s w ä r t i g e n P o l i t i k s t e h t , d i e i h n z u r V o r a u s s e t z u n g h a t ? Der Staat ist eine ganz bestimmte, in der Geschichte und Politik die bedeutendste gesellschaftliche Organisationsform. Das ist er, ob er monarchistischer oder demokratischer Staat ist, ob das Ein- oder das Zweikammersystem durchgeführt ist usw. Wohl ändern sich der Aufbau der Staatsgewalt, die Rechte der Staatsbürger mit Staatsformen und Staatsverfassung, diese wieder mit den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen, entweder durch langsame geschicht-

liche Entwicklung (Evolution) oder in gewaltsamen Veränderungen (Revolution), aber immer bleibt der eigentliche Kern und Sinn des Staates als politische Organisation einer Menschengemeinschaft. Die Erkenntnis des Mittelalters basierte vorwiegend auf statisch-absolutistischen Maßstäben, man fand gewisse gesellschaftliche Verhältnisse, politische und wirtschaftliche Organisationsformen (Feudalsystem, Lehenswirtschaft, Zünfte) vor und diese nahm man dann als die von Gott gegebenen Formen hin, als „heilige Ordnungen", an denen man nicht rütteln darf. Diese Art der Betrachtung ist heute für uns unmöglich geworden. Das dynamisch-relativistische Entwicklungsprinzip ist der Triumph der modernen Wissenschaft. Es gibt nicht den absoluten Staat, die absolute Verfassung, die ewig dieselben sind für ein Volk und für alle Völker und für das Verhältnis der Völker untereinander — an diesem Punkt bekommt das zunächst innerpolitische Staatsproblem außenpolitische Bedeutung — sondern auch hier gilt das Wort des alten griechischen Weisen Heraklit: *πάντα-ῥεῖ καὶ, οὐδὲνμένει,* alles ist im Fluß und nichts steht still. Die Geschichte zeigt uns verschiedene Staaten bei den verschiedenen Völkern und bei denselben Völkern zu verschiedenen Zeiten, ebenso verschiedene Formen der Beziehungen der Staaten und Völker untereinander. Was in diesem politischen Werden bleibt, ist immer nur das Gesetz der Entwicklung zur jeweils zweckmäßigsten, d. h. allen den oben genannten Faktoren am meisten entsprechenden gesellschaftlichen Gemeinschaftsorganisation, das eigentliche *politische Erhaltungsgesetz des sozialen Organismus*, auf das jede gesunde Innen- und Außenpolitik in letzter Linie zurückführen muß und das auch die Grundlage für die Zusammenarbeit der verschiedenen Parteien mit den verschiedensten Grundeinstellungen und Zielen an dem Aufbau des Staates und die Grundlage der Zusammenarbeit der verschiedenen Staaten und Völker am Aufbau der Weltstaatengemeinschaft bildet.

Welches ist nun der Stoff, an welchem sich, oder besser als dessen Lebensgesetz sich diese politische Entwicklung betätigt? Der Staat ist eine bewußt geformte Einheit von Menschen, die zunächst in einem gewissen natürlichen Verwandtschaftsverhältnis zueinander stehen. Dazu kommt im Laufe der Zeit eine gemeinsame geschichtliche und kulturelle Entwicklung, vor allem aber hat die Wechselseitigkeit von Wirtschaft und Politik bestimmt strukturierten Sozialkörpern bestimmte Staatsverbände zugeordnet. *Der Staat ist also nicht bloß eine geographische, biologische oder wirtschaftliche Naturtatsache, er ist nicht bloß ein bestimmtes Klassen- und Machtverhältnis, aber auch nicht nur eine mora-*

*lische und religiöse Idee oder wie seine Gegner wollen, ein notwendiges Übel. Alles das sind relative Einseitigkeiten. Der Staat ist vielmehr eine organische in dauernder Entwicklung begriffene Einheit aller biologischen, psychologischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Funktionen einer durch Abstammung, Sprache, Geschichte, Wirtschaft und Kultur verbundenen Volksgemeinschaft.* Die jeweilige innere Politik, Staatsrecht und Verwaltungsrecht sind nur der juristisch formulierte Niederschlag einer ganz bestimmten Stufe dieser Entwicklung, sie sind nicht und können also nie absolut sein.

In diesen großen Zusammenhang muß nun das Problem der Außenpolitik eingestellt werden. Es ist aus dem Vorhergehenden klar, daß die äußere Politik eines Staates, die Gestaltung seines Verhältnisses zu anderen ihm gegenüber oder entgegenstehenden Staaten auf das engste mit seiner innerpolitischen Struktur und Entwicklung zusammenhängt. Je nachdem bestimmte soziale Klassen und politische Parteien herrschen, werden sie verschiedene außerpolitische Interessen und Ziele haben und dementsprechend verschiedene Mittel anwenden. Vor allem aber werden es auch hier wieder die ökonomischen Strukturverhältnisse sein, welche die auswärtige Politik entscheidend beeinflussen, wie es sich am besten in der Freihandelspolitik Englands oder in der außenpolitisch für Deutschland so wichtig gewordenen schwerindustriellen Hochschutzzollpolitik vor dem Kriege gezeigt hat. Natürlich wird die Außenpolitik eines Staates auch wesentlich bestimmt werden durch die Struktur des anderen Staates mit dem er arbeiten, auf den er wirken will. Das Problem aller dieser innen- und außenpolitischen Bedingtheiten der Außenpolitik ist der Sinn des bekannten politischen Schlagwortes, das auch für die auswärtige Politik gilt: Politik ist die Kunst des Möglichen, d. h. des unter den jeweiligen oben im einzelnen dargelegten Verhältnissen Erreichbaren.

Die gegenwärtige moderne Außenpolitik nun, in der wir mitten drin stehen und unter deren Gesichtspunkt die verschiedenen Probleme der nachfolgenden Kapitel beurteilt werden müssen, insbesondere das Problem der Wiedergutmachung, ist wesentlich bestimmt von zwei geschichtlichen Faktoren: einmal von der modernen Großmachtentwicklung und dann durch den modernen Imperialismus, der eine ganz bestimmte Form der Weltpolitik der letzten Jahrzehnte darstellt. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß *das Problem der Großmacht*, bezw. in den gegenwärtigen Dimensionen gesprochen, *Weltmacht*, ein Kernproblem der auswärtigen Politik bildet. Wenn man von der deutschen Außenpolitik

spricht, so meint man natürlich in erster Linie Deutschlands Politik gegenüber England, Amerika, Frankreich, Rußland usw. Man kann auch die deutsche Politik gegenüber der Schweiz, Schweden und Spanien meinen, aber dann nur indirekt als Mittel zum Zweck einer bestimmten Gestaltung des deutschen Verhältnisses zu den eben bezeichneten Großmächten. Ein oberflächlicher Blick auf die Geschichte zeigt uns die Relativität des Begriffes Großmacht. So sehr auch räumliche Ausdehnung und Bevölkerungszahl eine Rolle gespielt haben und noch spielen, allein ausschlaggebend sind sie nicht, vor allem kommt die innerstaatliche und wirtschaftliche Kraftentfaltung, der tatsächlich in der Politik erreichte Einfluß in Betracht. Die Träger der modernen Großmachtbildung wechseln, gewisse setzen sich auf lange Zeit durch, andere verschwinden sehr früh, während wieder andere Staaten es überhaupt nicht zur staatlichen Machtbildung bringen. Was hat überhaupt zur Bildung von Großmächten, zur Entwicklung der Großmachtpolitik geführt? Eine wesentliche oft durchschlagende Rolle haben dabei geographische, raumpolitische, klimatische und wirtschaftliche Verhältnisse gespielt, aber auch Anlagen und Rasse, religiöse Ideen usw., spielten dabei eine große Rolle. Der Schauplatz der hauptsächlichsten modernen Großmachtbildung ist das Abendland und der abendländische Kulturkreis. Erst sehr spät, ja man kann sagen, erst im Weltkrieg, kamen Japan und Amerika dazu. Drei Faktoren bilden die wesentlichen Grundlagen dieses politischen Entwicklungsprozesses: Einmal die Völkerwanderung, das Eindringen germanischer Stämme in Europa, der Durchdringungsprozeß von Kelten, Romanen und Germanen, sodann die Entstehung und Ausbildung des mittelalterlichen Feudalsystems, in und an dessen Überwindung nach einem Worte Wilsons der moderne Großmachtstaat und vor allem die moderne absolutistische Fürstenpolitik entstand, ferner die Ausbreitung des Christentums, der Weg der Kirche, welche die Vermittlerin der alten Kultur, des römischen Rechts, von Kunst und Wissenschaft wurde, worauf auch die anfänglich sehr starke Zentrierung des modernen staatlichen Wachstums nach Italien, nach Rom und in gewissem Sinne auch nach Frankreich zurückzuführen ist. Martin Spahn sagt darüber in seinem Buch „Die Großmächte":

> „Gegen Ausgang des Mittelalters lagen in Europa die Wurzeln des staatlichen Wachstums schon sämtlich nord- und westwärts der Alpen, trotzdem richteten gerade die lebenskräftigsten Staaten Pflanzen gleich, die sich zur Sonne kehren, ihre Ausdehnungs- und Machtbestrebungen noch auf Rom und die italienische Halbinsel, auf die ewige Stadt und auf das Vermittlungsland des antiken Kulturerbes, an die germanischen und romanischen Völker! Als aber die Rezeption der Antike bis in

ihr letztes Stadium, den Humanismus und die Renaissance, gelangt war, wurde der Schwerpunkt der abendländischen Kultur nach West- und Mitteleuropa verschoben und endlich auch die Heimat der miteinander wetteifernden Staaten zum Träger und Ziel der Kämpfe. Erst von nun an konnten sie ohne Ablenkung ihren eigenen Zwecken leben, ihre geographischen und nationalen Bedürfnisse zum Leitgedanken ihrer Politik machen. Jetzt erst weiteten sie sich zu Großmächten aus."

Als dritter Faktor bestimmte die Art der wirtschaftlichen Entwicklung, die natürlich mit den beiden anderen in enger Verbindung und Gemeinschaft stand, sowohl Art wie Raum und Gebiet der Großmachtentwicklung. Die Großmachtsversuche, die von den Ländern des europäischen Kontinents aus gemacht worden sind, worunter das gewiß Jahrzehnte hindurch mächtige spanische Weltreich die Hauptrolle spielte, sind gescheitert, die dauerhaftesten Großmachtbildungen, in denen heute noch die Politik Europas wurzelt, vollzogen sich in der großen innereuropäischen Tiefebene, in Frankreich, Deutschland, Österreich-Ungarn und Rußland, jenseits des Kanals in England. Die drei innereuropäischen Großmachtbildungen: Frankreich, Deutschland und Österreich wurzeln alle in dem Feudalsystem, aus dem heraus sich der absolutistische Fürstenstaat infolge der Überwindung des Adels durch zielbewußte Hausmachtpolitik bestimmter Herrscherhäuser entwickelt hat. Sie sind alle territorialer Art, sie haben sich alle aus kleinen Kerngebieten heraus zu den umfassenden und erdgebietenden Staatsgebilden entwickelt: Isle de France, Brandenburg, Südostmark. Die moderne Außenpolitik dieser Großmächte begann erst in dem Moment, wo in den gegenseitigen Kämpfen, Einfällen und Eroberungen ein gewisses territoriales „Gesättigsein" eintrat, eine gewisse qualitative Gleichwertigkeit der miteinander ringenden Mächte. An diesem Zeitpunkt gingen sie von der rein extensiven Raumpolitik zur intensiven Rationalisierung derselben über, wie Spahn sich in dem oben zitierten Schriftchen ausdrückt. In dieser Epoche entfaltete sich der moderne kontinentale Militarismus, die bürokratische Verwaltungspolitik, welche die Selbstverwaltung der Städte und Gemeinden untergrub und auch die Verwaltung in den Dienst der Innen- und Außenpolitik des absoluten Monarchen stellte, die merkantilistische Wirtschaftspolitik, die unter rein militärischen Gesichtspunkten stehende Verkehrspolitik und vor allem der ganze Fiskalismus großmachtpolitischer Steuerpolitik. Das war die Zeit, wo die Frage der politischen Grenzen eine ganz andere Bedeutung gewann als früher, wo der Kampf um die Grenze, die Glaçispolitik (Elsaß, Polen) zu den künstlichen Gebilden geführt hat, die gerade jetzt im Weltkrieg und im Versailler Friedensvertrag wieder so schwere Probleme aufgeworfen haben. Die Großmächte suchten

die kleineren Mächte in ihren Dienst zu stellen, spielten dieselben gegenüber anderen Großmächten aus, oder trieben auf Kosten derselben irgendwelche Kompensationspolitik. Immer wieder ist von verschiedenen Seiten her dieser unnatürliche Spannungszustand zu überwinden versucht worden, sowohl durch die Theorie des Gleichgewichts der Mächte, als besonders durch die Idee der Vereinigten Staaten von Europa, der ersten Form einer weltstaatlichen Organisation, doch bis heute ohne greifbare Erfolge. Immer wieder hat die dynastische und absolutistische Raub- und Machtpolitik der Großmächte, die unter keinen Umständen neue staatliche Bildungen dulden wollte und konnte, zu den modernen Kriegskonflikten geführt. Ein eklatantes Beispiel dafür bildet die Politik Österreich-Ungarns auf dem Balkan, speziell gegenüber Serbien, die ja schließlich zum Ausbruch des Weltkrieges geführt hat. Hermann Wendel bezeichnet irgendwo die südslavische Frage als „gefährliches Überbleibsel jener Zeit, da sich die entwickelteren und historischen Nationen der Deutschen und Madscharen in die wirtschaftliche Ausbeutung und politische Knechtung der zurückgebliebenen slavischen Bauernvölker teilten." So naturnotwendig für die Slaven in einem bestimmten Moment ihrer Geschichte die politische und wirtschaftliche Freiheit war, so wenig dachte Österreich-Ungarn, trotz manchem guten Rat, der ihm gegeben wurde, je daran, mit den freien Slaven auf dem Balkan zu herrschen, sondern nur gegen sie durch Unterdrückung, Einverleibung und Ausbeutung. Der serbische Staat, seine Bürokratie, sein Heer brauchte Geld, ebenso der Bauer, der Industrieprodukte kaufen wollte. Damit war für Serbien der Export zur Lebensfrage geworden und um diese Frage drehte sich der österreichisch-serbische Kampf, an ihr entzündete sich der Weltkrieg. Österreich-Ungarn suchte als Großmacht alle Handelsverträge so zu gestalten, daß Serbiens wirtschaftliche Entwicklung möglichst unterbunden wurde. Im Handelsvertrag vom 1906 z. B. stellte Österreich-Ungarn Serbien folgende Bedingungen: 1. vollständiges Aufhören der Einführung von Lebendvieh nach Österreich, 2. Zulassung der Einfuhr von Fleisch nur in ganz beschränktem Umfang, 3. Abschaffung der Vergünstigungen im Grenzverkehr, eine Zollinie Serbiens mit Bulgarien wurde hintertrieben. Österreich erklärte Serbien, es werde nicht verhandeln, wenn es sich nicht vorher verpflichte, Eisenbahnmaterial nur von österreichischen Eisenkartellen, Kanonen nur von den Skodawerken zu kaufen und zwar auch dann, wenn Serbien dieselben Dinge aus anderen Ländern billiger bekommen könne. Ähnliche dunkle Kapitel ließen sich aus der Außenpolitik aller modernen Großmächte zur Genüge aufzeigen.

Von der kontinentalen Großmachtentwicklung verschieden war die Entwicklung Englands, dank seiner eigentümlichen Rassenmischung und

religiösen Entwicklung, vor allem aber dank seiner insularen Lage. Lange rang England im Mittelalter nach einem englisch-französischen Doppelreich, unter den Tudors aber fand es dann den Weg zu rein nationaler Kräfteentfaltung auf Grund seiner wirtschaftlichen und finanziellen Weltmachtstellung. Spanien, Holland und Frankreich wurden niedergerungen und in der ganzen Welt eine planmäßige Kolonialpolitik betrieben. Je mehr England die Geld- und Kreditmacht der Welt wurde, umsomehr konnte es die europäischen Großmächte gegeneinander und zu seinen Zwecken ausspielen. Aber Englands Entwicklung fehlte der absolutistische Fürstenstaat, die bürokratische Zentralisation, der kontinentale Militarismus in jeder Form. Seine Politik war durch die ganzen letzten Jahrhunderte nur bestimmt durch die Notwendigkeit seiner weltwirtschaftlichen Machtstellung, ohne von irgend welchen dynastischen Traditionen oder Aspirationen gehemmt zu werden. Auf Grund dieser von den kontinentalen Feudalstaaten grundverschiedenen Machtentwicklung ist England in allem der schärfste Gegensatz zu Preußen-Deutschland geworden, die Gegensätzlichkeit dieser politischen Wurzeln und Auffassungen hat nicht in letzter Linie zur Entzweiung dieser beiden, zum Krieg und zur heutigen politischen Situation geführt.

Der zweite große und grundlegende Faktor der modernen Außenpolitik ist der Imperialismus. Sein Zeitalter wird etwa zischen 1880 und 1914 datiert, er ist lediglich eine moderne Form der alten Großmachtpolitik, übertragen auf die wirtschaftlichen Konkurrenzkämpfe um den Absatz auf dem Weltmarkt. Schumpeter hat den Imperialismus definiert als die „objektlose, nicht auf ein besonderes konkretes einzelnes Objekt gehende Disposition eines Staates zu gewaltsamer Expansion ohne angebbare Grenze". Eine solche imperialistische Disposition lag natürlich wesentlich im absolutistischen Fürstenstaat, in seinem Militarismus und seiner dynastischen Prestigepolitik und dann vor allem in den Entwicklungstendenzen der modernen Großindustrie, insbesondere aber des modernen Finanzkapitals. Für den absolutistischen Fürsten der kontinentalen Großmacht bedeutete Krieg und Eroberung Zuwachs an Macht, Soldaten und Einkünften. Der König fühlte sich in erster Linie als oberster Kriegsherr, Bauerntum und Adel, ebenso das städtische Bürgertum waren großenteils unterworfen, ebenso die Kirche, die mit dem Staate ging infolge der nationalen Opposition gegen Rom. Der Adel, die Standesherren und Barone herrschten nur mit und durch den Hof. Man führte sehr oft Krieg, um den Glanz der Krone zu erhöhen, um durch neue Siege die Macht der Krone über den Adel zu festigen, um den überflüssigen Adel zu beschäftigen, um ihm neue glänzende Einkünfte zu verschaffen und ihn von innerpolitischen Fragen

abzulenken. Gegen diese ganze sozial-psychologische Struktur des Großmacht-Imperialismus hat sich nun die antiimperialistische Gesinnung der liberalen kapitalistischen Entwicklung gerichtet. Der Kapitalismus, der nur durch den schärfsten Kampf des städtischen Bürgertums gegen den Adel zum Durchbruch gelangt war, war Gegner des Krieges, des Berufssoldatentums, der Monarchie und geheimen Kabinettspolitik. Wo er hindrang, entstanden Friedensparteien, pazifistische Strömungen und besonders Rechtsverhältnisse und Verträge an Stelle bloßer behördlicher, bezw. fürstlicher Gewaltpolitik. Vor allem aber ist das Proletariat, die industrielle Arbeiterschaft, antiimperialistisch und antikapitalistisch. Durch die übernationalen Konventionen und Verträge, durch die Entwicklung zur Weltwirtschaft, zu Welthandel und Verkehr entwickelte der internationale Kapitalismus Gegentendenzen gegen die imperialistische nationale Abschließung. Am reinsten hat England in den Jahren 1846 bis 1880 diese reine privatkapitalistische politische Mentalität entwickelt, während sie auf dem Festland auf die rein private Geschäftssphäre beschränkt blieb und in der Politik höchstens in dem politischen Kampfe der Arbeiterparteien zum Ausdruck kam. Eine neue Form nahm nun der Imperialismus in dem Zeitalter der Kartell- und Monopolbildungen an, welche schließlich die eminent politische Hochschutzzollperiode heraufführten. Kapital und Warenexport wurden politisch aggressiv, arbeiteten mit den Mitteln der Politik und Diplomatie. Der Weltkrieg ist entstanden sowohl aus wirtschaftlichen wie politischen Interessengegensätzen, aus der Verbindung der alten dynastischen Prestigepolitik mit dem Imperialismus des Finanzkapitals. Wenn Deutschland heute und vor allem bei Beginn und während des Krieges die Hauptschuld am Weltkriege zugeschoben wird, so nicht nur wegen der dauernden Provokation, welche der preußische Militarismus und die Wilhelminische Schwertpolitik für ganz Europa bildete, sondern vor allem infolge der provozierenden Art, in der sich in Preußen-Deutschland diese dynastische Prestigepolitik, verbunden mit den schwerindustriellen Interessen, zur gewaltsamen, auf rein wirtschaftlich kaufmännischen Wegen nicht so ohne weiteres und so leicht erreichbaren Niederringung der bereits vorhandenen oder gleichfalls mitkonkurrierenden weltwirtschaftlichen Konkurrenten zusammenfand. Die weltpolitischen Probleme der Gegenwart können nur richtig erkannt und verstanden werden, wenn sie eingestellt werden in die Entwicklung der europäischen Großmachtpolitik und des modernen Imperialismus. Die Gegensätze der Staaten zueinander, ihre verschiedene außenpolitische Einstellung wurzeln in ihrer verschiedenen staatspolitischen Entwicklung, in ganz verschiedenen außenpolitischen und weltwirtschaftlichen Machtinteressen und der verschiedenen Tradition, welche

die soziale Psychologie und die Mentalität geformt hat. Je gründlicher man in diese Faktoren, ihre Voraussetzungen und Konsequenzen eindringt, umso leichter muß der Zugang zu den außenpolitischen Problemen des Tages werden.

---

## II. Kapitel

## Der Friedensvertrag von Versailles und die deutsche Politik

Als wir am 28. Juni 1919 den Friedensvertrag von Versailles unterschrieben, wußten wir, daß wir ihn unmöglich in allen seinen Teilen erfüllen konnten. Und dennoch haben wir unterschrieben, weil wir nicht anders konnten, weil wir durch den Zusammenbruch der Front und die Revolution der Willkür unserer Gegner hilflos preisgegeben waren, weil eine Verweigerung unserer Unterschrift die Fortsetzung des Krieges, die Besetzung Deutschlands zur Folge gehabt hätte; zugleich durften wir hoffen, daß im Laufe der Zeit auch in den Ländern der Sieger sich die Überzeugung Bahn brechen wird, daß das Schicksal Deutschlands mit dem Schicksal Europas eng verbunden ist, daß Europa nicht durch Haß und Gewalt, sondern nur durch ernste Gemeinschaftsarbeit wiederaufgebaut werden konnte. Zugleich aber besagte unsere Unterschrift, daß wir alle unsere Kräfte daransetzen werden, um die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen, soweit es uns überhaupt möglich ist. Es handelte sich dabei besonders um zwei Dinge, um den *Abbau unseres Heeres* und die *Wiedergutmachung*. Es war ganz klar, daß unsere Gegner in diesen beiden Punkten keinen Spaß kennen würden. *Nachdem der preußisch-deutsche Militarismus einen so großen Teil Schuld am Ausbruch des Krieges für sich buchen kann*, war es ganz klar, daß die Sieger uns entwaffnen und uns jede Möglichkeit einer militärischen Erhebung und Revanche nehmen werden. Hier stimmten auch die Interessen der Entente mit denen Deutschlands und Europas überein. Hier half kein Protest und keine pharisäische Berufung aufs Recht; nach all dem, was sich unsere Militärs während des Krieges geleistet hatten, war das eine Selbstverständlichkeit. Dazu kam als ebenso selbstverständlich die Pflicht zur weitestgehenden Wiedergutmachung. Nachdem wir die Neutralität Belgiens verletzt hatten und aus „strategischen Notwendigkeiten" in Belgien einmarschiert waren, erklärte der damalige Reichskanzler, daß das ein Unrecht gewesen war, das wir nach jeder Richtung wiedergutmachen wollten.

Ebenso selbstverständlich war unsere Pflicht der Wiedergutmachung für alle die Schäden, die wir, getrieben vom Konkurrenzneid der deutschen Schwerindustrie, der belgischen Industrie zugefügt haben durch Deportation der Arbeiter, Stillegung der Betriebe und Abmontierung der Fabriken. Dasselbe gilt für die zum großen Teil mutwillige Zerstörung Nordfrankreichs. Aber der Friedensvertrag ging bedeutend weiter. England benützte die günstige Gelegenheit, um die deutsche Konkurrenz auf dem Weltmarkt für absehbare Zeit zu vernichten, indem es uns Kolonien, Handelsflotte und Auslandseigentum wegnahm; Frankreich holte seinen alten Plan wieder hervor, den Rhein zu seiner Grenze zu machen. Ganz ist ihm das ja nicht gelungen, aber wir wissen aus der Tätigkeit des General Gerard in der Pfalz, wie es diesen Plan weiter verfolgen ließ; im Osten nahm man uns lebenswichtige Produktionsgebiete weg und auferlegte uns finanzielle Lasten, die über unsere Kraft gingen. Unsere Politik konnte nun lediglich die sein: ehrliche Abrüstung, Anerkennung unserer Pflicht zur weitestgehenden Wiedergutmachung, und unter dieser Voraussetzung Hinarbeiten auf eine Revision des Versailler Vertrags in allen den Punkten, in denen er undurchführbar war.

Die Richtigkeit der Behauptung des ersten Satzes unserer Einleitung, daß dem deutschen Volke die politische Reife und Schulung fehlt, hat sich am deutlichsten bei der Aufnahme der Versailler Friedensbedingungen erwiesen. Soweit die breite Masse überhaupt auf die Verhandlungen in Versailles und ihr schließliches Ergebnis reagierte und es nicht vorzog, sich einer ausgelassenen Sport-, Tanz- und Spielwut in die Arme zu werfen, geschah dies nur rein gefühlsmäßig, ohne jedes tiefere Durchdenken aller der innen- und außenpolitischen Zusammenhänge, die doch schließlich zur Tatsache dieses Friedensvertrages und zu seinen einzelnen Kapiteln und Bestimmungen geführt haben. Als die ersten Bestimmungen der Entwaffnung und Wiedergutmachung während der Versailler Verhandlungen bekannt wurden, erhob sich in ganz Deutschland ein Entrüstungssturm und zwar besonders bei denjenigen, die stets bis zum Siegfrieden durchhalten wollten, die die schlimmsten Annexionsprogramme während des Krieges aufgestellt haben und die jetzt ergrimmt waren, daß uns ein Friede diktiert wurde, den sie unseren Gegnern diktieren wollten. Rasch fertig mit ihrem Urteil waren die beiden Extreme von rechts und links. Die Deutschnationalen (Konservativen) lehnten den Friedensvertrag ab, nicht etwa nur weil die Bedingungen so ungeheuer sind, daß sie nach ihrer Auffassung einfach nicht durchgeführt werden können, sondern weil die Demütigung, die in diesem Vertrag liegt, — nach ihrer Auffassung ist es gar kein Vertrag, sondern ein rechtswidriges, mit Gewalt

aufgezwungenes Diktat — so sehr ihrer Auffassung von nationaler Ehre und Würde widerspricht, daß sie lieber alles leiden, lieber die schlimmste Sklaverei erdulden wollen, als daß sie sich dazu hergeben würden, ihren Namen unter einen solchen „Schmachfrieden" zu setzen. Das alles natürlich in der stillen Hoffnung auf den Tag der Revanche. Dabei waren gerade diese Konservativen bis zur Revolution die Träger der Macht- und Gewaltpolitik, des Gedankens der rücksichtslosen Hinwegsetzung über papierene Verträge und der restlosen Unterwerfung des besiegten Gegners, wie sie im Versailler Friedensvertrag zum Ausdruck kommt. Sie haben sich leichtsinnig und ohne alle Gewissenbisse über die Verletzung der belgischen Neutralität hinweggesetzt und Bethmann-Hollweg bekämpft, weil er von einem moralischen Unrecht sprach, das gesühnt werden müsse. Sie haben in Brest-Litowsk und Bukarest Gewaltfriedensverträge diktiert, die in Versailles als Mustervorlagen dienen konnten. Durch den Widerstand gegen jeden Verständigungsversuch, gegen den „elenden Scheidemann-Frieden", haben sie unsere Niederlage, unseren Zusammenbruch, die ganze heutige wirtschaftliche und soziale Not Deutschlands auf dem Gewissen. Sie haben kein Recht, sich über das Gericht von Versailles zu beklagen. Man lese nur einmal die neue verdienstvolle und dankenswerte Schrift des Berliner Soziologen Dr. Oskar Stillich „Der Friedensvertrag von Versailles im Spiegel der deutschen Kriegsziele", und vergleiche die Annexionsprogramme, die Raub- und Vernichtungsprogramme der Alldeutschen und Vaterlandsparteiler, der Groß- und Schwerindustriellen, des Flotten- und Wehrvereins usw., Friedensbedingungen, die für die Völker gemünzt waren, die einem deutschen Siegfrieden zum Opfer fallen sollten. „Diese Arbeit des Berliner Gelehrten, die schon längst hätte geschrieben werden müssen, reißt der deutschnationalen Heuchelei die Maske vom Gesicht, indem sie an der Hand der programmatischen Kundgebungen aller jener Parteien und Interessentengruppen, die heute vorwiegend in der deutschnationalen Partei ihre politische Vertretung sehen, den Nachweis führt, daß die harten Bedingungen des Versailler Vertrages im Vergleich zu den von ihnen selbst für den Fall eines deutschen Sieges aufgestellten machtpolitischen Forderungen geradezu milde erscheinen." (Schwäbische Tagwacht, Stuttgart.) Unsere Konservativen waren eben jene deutschen „Fanatiker des Patriotismus", denen jetzt hüben wie drüben die furchtbare Anklage des Pazifisten Caillaux in seinem Buche „Meine Gefangenschaft" gilt. Sie waren es bei uns, welche alle versöhnenden, entspannenden politischen Formeln verdächtigt haben, die Feinde aller schmiegsamen, vermittelnden Lösungen, die doch für das Leben der Völker wie der Einzelnen so wichtig

sind. Caillaux schreibt bei der Besprechung der Friedensmöglichkeiten, die 1917 vorhanden waren, und die nur ausgenützt zu werden brauchten:

„Doch die Chauvinisten, die Imperialisten, die Reaktionäre jeder Art lehnten sich heftig gegen diese Tendenzen auf. Geschickt in der Ausbeutung der vaterländischen Idee, erhoben sie leidenschaftlich Einspruch gegen den Frieden ohne Sieg. . . . Sie waren einig mit den Alldeutschen, die sich gegen das erhoben, was sie den Schmachfrieden nannten. Die Einen und die Anderen befürchteten in Wirklichkeit die volle Entfaltung der Demokratie und waren im Einverständnis mit dem, was ein Schriftsteller als „Welt-Erz-Hütten-Gesellschaft" kennzeichnete, mit allen, die ein schmieriges Interesse verleitete, die Verlängerung der Feindseligkeiten zu wünschen. Gegen die Politik des Maßhaltens, die auf Einstellen der Schlächterei abzielte, auf Schonung der wirtschaftlichen Kräfte, auf Erschaffung und gleichzeitige Versteifung eines demokratischen Europa, führten alle diese Leute ihre Auffassung des unbeugsamen Patriotismus ins Feld mit dem uneingestandenen Hauptziel, der revolutionären Ansteckungsgefahr vorzubeugen, und zu verhindern, daß ein gänzlich von einer demokratischen Hochflut durchspültes Europa aus dem Weltkrieg hervorgehe. Eine Politik von Tröpfen."

Auch für die Kommunisten stand die Ablehnung fest. Sie kämpfen einen leidenschaftlichen Prinzipienkampf gegen allen Nationalismus, Imperialismus und Kapitalismus, ihr Ideal ist die Weltrevolution, die nur auf dem Wege der Gewalt, verbunden mit Sowjet-Rußland, durchgeführt werden kann. Allerdings verblaßt ihre Hoffnung umso mehr, je mehr Sowjet-Rußland gezwungen ist, zum Zwecke seines wirtschaftlichen Wiederaufbaues mit den kapitalistischen Großmächten des Westens Verträge abzuschließen. Dagegen waren die Unabhängigen von Anfang an für die Unterschrift. Sie ließen sich von der Überzeugung leiten, daß wir wehrlos der Gewalt der Gegner ausgeliefert sind, und daß der Versuch eines Widerstandes keinen Sinn hat. Dazu kommt bei ihnen die Einsicht, welch großen Teil der Schuld am Kriege Deutschland trägt, in die imperialistische Kriegspolitik, die schließlich zu diesem Frieden geführt hat und in unsere moralische Pflicht, weitgehend Schadenersatz zu leisten, wiedergutzumachen und den Wiederaufbau des zerstörten Nordfrankreichs zu fördern. In allen anderen Parteien wurde erst ein schwerer Kampf um Annahme oder Ablehnung ausgefochten; zunächst schien es, als ob die bürgerlichen Parteien durchweg für Ablehnung eintreten würden, zumal da sie immer nach rechts schielten und sich von dort her nicht den Vorwurf mangelnden National-

gefühls machen lassen wollten. Auch innerhalb der Sozialdemokratie war zunächst eine starke Minderheit für Ablehnung, weil der Vertrag doch nicht erfüllbar sei, und wir in wenigen Wochen doch die Besetzung des Ruhrgebiets über uns ergehen lassen müßten. Sicher hat auch mitgespielt, daß gewisse führende Sozialdemokraten, die schon in der Kriegspolitik immer mehr nach rechts gerückt waren, auch jetzt nicht weniger national sein wollten, als die anderen Parteien, die sich zum Teil schon auf Ablehnung festgelegt hatten. Erst als allmählich die Frist ablief, trat eine Wandlung ein. Im Zentrum, das sich anfangs außerordentlich reserviert verhalten hatte, siegte schließlich die Linksrichtung Erzbergers und des späteren Reichskanzlers Wirth, die einsahen, daß wir mit der Ablehnung unsere außenpolitische Situation außerordentlich verschlechtern und für Deutschland eine ungeheuere Katastrophe heraufbeschwören werden. Auch bei der demokratischen Partei gewann allmählich immer mehr eine realpolitische Einschätzung der Tatsachen die Oberhand. Zur Not kam noch in letzter Stunde eine Mehrheit für die prinzipielle Annahme des Vertrags zustande, so daß wir vorerst vor einer weiteren Besetzung bewahrt blieben und die Hand für eine eigene Staats- und Wirtschaftspolitik frei behielten.

Wenn die einzelnen Kapitel des Friedensvertrages selbst nicht genügen würden, um uns den weltpolitischen Zusammenhang dieses Vertrages in aller Deutlichkeit klarzumachen, so hätte uns die seitherige weltpolitische Entwicklung dies gezeigt, sowie die politischen und diplomatischen Bücher, die über die Friedenskonferenz und die Entstehung der einzelnen Bedingungen des Vertrages geschrieben worden sind, sowohl die von französischer Seite als auch die außerordentlich bedeutsamen Arbeiten eines Keynes, Baruch und Lansing. Es ist selbstverständlich, daß der Friedensvertrag der Niederschlag nicht nur des Sieges der Entente über Deutschland überhaupt wurde — genau wie im umgekehrten Falle ein deutscher Friede der Niederschlag des deutschen militaristischen und finanzkapitalistischen Imperialismus geworden wäre —, sondern auch der Niederschlag aller der großmachtpolitischen und wirtschaftsimperialistischen Tendenzen der einzelnen Siegermächte. Daher war auch die Friedenskonferenz weniger eine Verhandlung zwischen Sieger und Besiegten über die aufzuerlegenden und zu ertragenden Friedensbedingungen, sondern sie galt in erster Linie internen Verhandlungen zwischen den einzelnen Siegermächten selbst, um den Ausgleich all der Ansprüche, welche die einzelnen von ihnen im Friedensvertrag verankert wissen wollten. Auch alle bisherigen Konferenzen der Alliierten, welche die Ausführung irgend eines Teiles des Friedensvertrages zum Gegenstand hatten, waren in der Hauptsache dem Interessenausgleich zwischen den Hauptsiegermächten selbst gewidmet, natürlich

mehr oder weniger immer auf Kosten des Besiegten, wobei aber gleichzeitig nicht übersehen werden darf, daß dieser notwendige Interessenausgleich sehr oft die Zurückschraubung einzelner zu weit gehender Forderungen Einzelner bedeutet. Es hat Menschen gegeben, und sie waren bei uns sehr zahlreich, die geglaubt haben, es müßte statt eines Gewalt- und Machtfriedens zu einem Frieden der Verständigung und Gerechtigkeit kommen, sie haben sich angeklammert an Wilsons Friedens-, Freiheits- und Völkerbundsideen, als ob die Menschen, die Welt und die Politik sich von heute auf morgen ändern würden und könnten. Es hat das Prestige des besiegten Deutschland sicherlich nicht verstärkt, daß ausgerechnet solche Kreise gegen die Ungerechtigkeiten des Friedensvertrages die Gerechtigkeit des Völkerbundes und das sittliche Menschheitsgewissen anriefen, die früher auf alle diese Ideen und Dinge absolut nichts gegeben hatten, deren Gott nur die Macht und das Schwert waren und auch heute noch sein würden, wenn sie die Macht dazu hätten.

Im Mittelpunkt des Friedensvertrages steht die Anerkennung der deutschen Schuld am Kriege, die von allen Siegermächten gefordert wurde und auch heute noch als Grundlage aller politischen und wirtschaftlichen Verhandlungen und Abmachungen mit Deutschland gefordert wird. Soviel auch in den letzten 2 Jahren in Deutschland über die Schuldfrage hin- und herdebattiert worden ist, es ist dabei recht wenig wirklich Objektives und Haltbares über die politische Seite und Bedeutung der Schuldfrage herausgekommen. Man muß zwischen Schuld und Schuld zu unterscheiden wissen. Wenn Schuld bedeuten soll, daß Deutschland und Deutschland allein, bestimmte Personen des deutschen Regierungssystems, etwa wissentlich den Krieg mit allen seinen Folgen gewollt haben, so trifft das zweifellos nicht zu und es wird ein Leichtes sein nachzuweisen, daß es nicht nur bei uns, sondern auch in den anderen Staaten Kreise gab, die den Krieg aus irgend welchen politischen und wirtschaftlichen Interessen erstrebt, ja auf ihn hingearbeitet haben. Wenn aber die Schuld Deutschlands bedeuten soll, daß die Politik des alten Systems wesentlich dazu beigetragen hat, den schon an sich vorhandenen Konfliktsstoff zu vermehren, die politischen Gegensätze der Großmächte zu verschärfen, die kriegerischen Tendenzen gegnerischer Kreise zu steigern und die pazifistischen Strömungen zu schwächen und dann, als Krieg war, alle Verständigungsmöglichkeiten in den Wind zu schlagen und schließlich zu dem Ergebnis zu führen, das im Friedensvertrage vorliegt, so muß der deutschen Politik ein gewaltiger Teil der Schuld zugesprochen werden. Wenn man die Frage stellt, wie es eigentlich kam, daß die ganze Welt von dieser deutschen Schuld überzeugt wurde und daß während des Krieges fast alle

neutralen Staaten sich immer mehr auf Seiten der Entente und gegen Deutschland stellten, so wird immer wieder auf die englisch-französische Propagandatätigkeit hingewiesen. Damit ist aber das Problem keineswegs gelöst, denn ohne daß irgend welche psychologischen Voraussetzungen dazu vorhanden gewesen wären, hätte selbst die ausgedehnteste verantwortungsloseste und demagogischste Propaganda dieses Mißtrauen der ganzen Welt gegenüber Deutschland nicht zu erzeugen vermocht angesichts der Hochachtung und Wertschätzung, die deutsche Arbeit und Kultur in der ganzen Welt genossen und heute noch genießen. Es muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß die kaiserliche Politik sich wahrhaftig alle Mühe gegeben hat, die Grundlagen dieses Mißtrauens zu schaffen. Das war das Verhängnis der politischen Entwicklung Deutschlands, daß nach der Revolution 1848/49 der demokratische Liberalismus nicht zum Siege gelangt ist, daß in der Zeit der modernen volks- und weltwirtschaftlichen Enwicklung, in welcher die anderen führenden Kulturvölker sich immer demokratischer entwickelten, bei uns in Deutschland die Politik immer mehr anstatt sich von wirtschaftlichen und sozialen Notwendigkeiten bestimmen zu lassen, von rein dynastischen Interessen nationalistischer Kriegsromantik und feudalistischer Diplomatie beherrscht worden ist und daß der Bismarck-Treitschke'sche Geist der Gewalt- und Schwertpolitik immer mehr an Boden gewann. Mit tiefem Schmerz wird jeder ehrliche Deutsche alle die letzten Veröffentlichungen, wie die Akten des auswärtigen Amtes, die Bismarckschen Gedanken und Erinnerungen, die Lebenserinnerungen des Freiherrn von Eckardtstein, die Briefe Wilhelms II. an den Zaren u. a. m. lesen, denn sie sind geradezu furchtbare Beweise dafür, daß die Politik des kaiserlichen Deutschland durchaus reaktionär orientiert war und sich nicht von den großen weltpolitischen Notwendigkeiten der Gegenwart tragen ließ, ohne jedes Verständnis für die Grenzen, die nun einmal der deutschen Politik gesteckt waren, für die Mentalität der fremden Völker, mit denen Deutschland zu arbeiten gezwungen war und für die Konsequenzen, die sich aus der immer stärker werdenden Verflechtung der internationalen Wirtschaft für uns hätten ergeben müssen. Wie hätte sonst Deutschland im Jahre 1907 bei der zweiten Friedenskonferenz im Haag das Odium auf sich laden können, daß trotz des Willens der übergroßen Mehrheit der dort vertretenen Staaten am deutschen mit juristischen Scheingründen bemäntelten Widerstand der erste Versuch eines Völkerbundes und einer gegen die Kriegsursachen und Gefahren gegründeten Weltschiedsgerichtsbarkeit gescheitert ist? Für den Eindruck, den die deutsche Haltung im Haag hervorgerufen hat, wollen wir nur das Wort von Gothein zitieren:

„Alle Teilnehmer der Konferenz nahmen von ihr den Eindruck mit, daß Deutschland und das in seinem Kielwasser segelnde Österreich-Ungarn der internationalen Verständigung die größten Hemmnisse in den Weg legten, weil sie sich in der Absicht, den Frieden zu brechen, sobald ihnen die Gelegenheit dazu günstig erscheine, nicht durch internationale Abmachungen hemmen lassen wollten. Beide waren seitdem Gegenstand des allgemeinen Mißtrauens."

Und der konservative Professor Zorn schrieb:

„Mit einer fast an Heftigkeit grenzenden Energie verlangte die große Mehrzahl der Staaten das obligatorische Schiedsgericht als Bekenntnis zum allgemeinen Frieden. Abermals erwies sich das deutsche auswärtige Amt als völlig unfähig, diese große internationale Bewegung zu verstehen und ihr gerecht zu werden. Dabei standen deutsche Interessen der Annahme des obligatorischen Schiedsgerichts in allen unpolitischen Streitsachen keineswegs entgegen. Statt sich dem allgemeinen so stark geltend gemachten Wollen der Staaten anzuschließen, und damit der internationalen Friedensatmosphäre einen unermeßlich großen Dienst zu leisten, versteifte sich das auswärtige Amt abermals auf unbedingten Widerspruch, und vergeudete Zeit und Kraft für die Fragen des Seekriegsrechts, dessen völlige Wertlosigkeit jedem Völkerrechtskundigen von vornherein klar war. Die Konferenz ging infolgedessen in größter Disharmonie und unangenehmster Stimmung auseinander."

Im übrigen verweise ich auf die näheren Darlegungen in Fr. W. Foersters neuestem Buch: „Mein Kampf gegen das nationalistische und militaristische Deutschland, Gesichtspunkte zur deutschen Selbsterkenntnis und zum Ausbau eines neuen Deutschlands."

Jetzt haben wir den Niederschlag dieser Politik im Friedensvertrag. Nicht mit, sondern gegen Deutschland ist jetzt der Völkerbund von der Entente gebildet worden, ja er hat — furchtbare Tragik! — den Auftrag bekommen, in vielen Dingen Garant für die Einhaltung und Durchführung der Friedensbedingungen zu sein. Es wird jetzt die schwerste jahrzehntelange Arbeit aller pazifistisch gesinnten Kreise brauchen, bis der Völkerbund durch Aufnahme auch der besiegten Staaten das werden wird, was er hätte sein können, wenn er damals im Haag nicht von der deutschen Mächtegruppe sabotiert worden wäre, wenn nicht damals der deutschen Politik ein geschliffenes Schwert lieber gewesen wäre als ein Dutzend derartiger Friedenskonferenzen.

Auch die Konsequenzen anderer weltpolitischen Grundfehler der deutschen Politik erscheinen jetzt im Friedensvertrag. Als Bismarck 1871 Elsaß-Lothringen annektierte — bekanntlich verlangten militärische Kreise auch noch Belfort, Toul und Verdun — wußte er, daß die Mehrheit des elsässischen Volkes gar nicht zu Deutschland wollte, daß diese Annexion, so wie die Verhältnisse damals lagen, ein dauernder Zankapfel der deutsch-französischen Politik sein werde. Heute schreien die rechtsstehenden Kreise so furchtbar gegen die Gewaltpolitik, mit welcher Frankreich das Reichsland uns wieder abgenommen und das Selbstbestimmungsrecht der Völker mißachtet hat. Wie ist denn gerade von diesen Kreisen damals die Annexion begründet worden? Treitschke schrieb in seiner Schrift „Was fordern wir von Frankreich?"

„Wer darf angesichts unserer Pflicht, den Frieden der Welt zu sichern, noch den Einwand erheben, daß die Elsässer und Lothringer nicht zu uns gehören wollen? Vor der heiligen Notwendigkeit dieser großen Tage wird die Lehre von dem Selbstbestimmungsrecht aller deutschen Stämme, die lockende Losung vaterlandsloser Demagogen (!), jämmerlich zu schanden. Diese Lande sind unser nach dem Rechte des Schwertes (!) und wir wollen über sie verfügen kraft eines höheren Rechts, kraft des Rechts der deutschen Nation, die ihren verlorenen Söhnen nicht gestatten kann, sich für immer dem Deutschen Reiche zu entfremden. Wir Deutschen, die wir Deutschland und Frankreich kennen, wissen besser, was den Elsässern frommt, als jene Unglücklichen selber (!), die in der Verbildung ihres französischen Lebens von dem neuen Deutschland ohne treue Kunde blieben?"

Und heute? Elsaß-Lothringen ist heute wieder französisch, die Mehrheit der Bevölkerung hat sich nach dem Waffenstillstand dank der deutschen Politik in den Reichslanden jubelnd den Franzosen in die Arme geworfen und Frankreich hat diese Annexion begründet mit der Vergewaltigung, die damals 1871 der Bevölkerung der Reichslande angetan worden ist. Deutschland hätte Gelegenheit genug gehabt durch eine Verständigung mit Frankreich dieses Problem und damit eine Hauptursache zum Weltkriege aus der Welt zu schaffen. Namhafte Führer hüben wie drüben — insbesondere sozialistische wie Jaurès und Dr. Frank — waren unablässig bemüht, auf irgend einer Basis durch irgend eine Kompensation eine Verständigung zu suchen, sie sind von den Chauvinisten in ihrer Arbeit gestört worden. Man glaubte, wenn nötig, wieder durch Gewalt Recht zu schaffen und nun ist Elsaß-Lothringen verloren, es kann und darf in der

nächsten Zukunft kein Problem der deutschen Außenpolitik mehr sein, denn jedes Hinüberstrecken der deutschen Hand über den Rhein würde Krieg gegen Frankreich bedeuten.

Auch ein weiteres Problem des Friedensvertrages muß unter größeren politischen Gesichtspunkten betrachtet werden, nämlich das polnische. Seit 2 Jahren steht neben der Wiedergutmachungsfrage das oberschlesische Problem im Mittelpunkt des deutschen Schicksals und noch wissen wir zur Stunde nicht, wem diese alten deutschen Gebiete zufallen werden, wenn wir auch aus dem Ausgang der Pariser Konferenz des Obersten Rates und aus der Tatsache, daß die Entscheidung dem Rate des Völkerbundes überantwortet worden ist, hoffen dürfen, daß der größte Teil des Industriegebietes deutsch bleibt. Bei allem Widerstand gegen die Aspirationen der Polen und gewisser polenfreundlicher französischer Kreise, bei aller Verurteilung der furchtbaren Greueltaten, welche die Polen in nunmehr 3 Aufständen in Oberschlesien sich zuschulden kommen ließen, muß uns doch klar sein, daß es in erster Linie die unglückselige deutsche Ostpolitik, insbesondere Polenpolitik war, die die heutigen schmerzlichen Tatsachen verschuldet hat. Wir haben im Kriege gegen Rußland ausgerechnet in dem Moment, da eine Verständigung oder ein Friede mit Rußland nicht ausgeschlossen war, das „Königreich" Polen proklamiert, die Polen zum Freiheitskampfe gegen Rußland aufgerufen und polnische Soldaten für die deutsche Armee rekrutiert. Wir haben Polen Versprechungen aller Art auf Kosten russischer Gebiete gemacht, wir haben alle nationalistischen Instinkte zum Kampfe gegen Rußland aufgerufen und doch hätte man sich an leitender Stelle darüber klar sein müssen, daß im Falle einer deutschen Niederlage das alles gegen uns ausschlagen kann. Antatt, daß wir versucht haben, mit Rußland zu einem annehmbaren Frieden zu kommen und so unsere Situation im Osten ungemein zu verbessern und zu festigen, haben wir Polen und die Randstaaten gegen Rußland ausgespielt und so mit zu der Situation beigetragen, welche heute der deutschen Politik im Osten beinahe unüberwindbare Aufgaben stellt. Der russische Gesandte in Stockholm, der bis dahin nur den Frieden wollte, sah die Situation damals so, wie sie war und der Gang der Geschichte hat seinem Urteil recht gegeben:

> „Dieser Schritt Deutschlands, die Gründung eines Polenstaates, ist für Rußland eine tötliche Kränkung, die es nie verwinden kann. Im Ehrbewußtsein einer Nation gilt ein tötlicher Dolchstich weniger als eine öffentliche Ohrfeige. Der Schritt Deutschlands, die Anmaßung endgültige Bedingungen zu diktieren, ist keine kriegerische Aktion, er ist ein Eingriff in innere Verhältnisse Rußlands, der nicht ertragbar ist.

In einem feindlichen Staate einen slavischen Stamm gegen das Slavenreich, die polnischen Slaven gegen ihre Brüder zu hetzen, das ist ein Stratagem, welches den Vernichtungskampf beginnt. Diese Tat legt den Keim zu ewiger Feindschaft. Sie ist die Vernichtung des Einheitsstaates Rußland, eine Bedrohung seiner Dynastie. Der größte Feind Deutschlands ist die Zeit. Diese Tat des Kaiserreiches aber ist eine Verlängerung des Krieges ins Endlose. Bis jetzt hatte Rußland keine Kriegslosung, keinen Schlachtruf, jetzt wird die Zerstückelung des Zarenreiches seine Kriegslosung sein. Die Gründung des Polenreiches hat Rußland zum Erbfeind gemacht. Sollte es Deutschland wirklich gelingen, die Sympathien aller Polen zu gewinnen, so wird das Reich des Zaren ein ihm feindliches Polen auf die Dauer nicht ertragen. Ist Rußlands Einheit gefährdet, so ist es aber auch die Deutschlands, denn der Verlust Warschaus kann für Rußland nur ein dauernder sein, wenn Posen, Gnesen und Danzig nicht mehr integrierender Teil Preußens sind. Zwischen einem Königreiche Polen und dem Kaiserreiche Deutschland sind die Grenzen schwer zu errichten. Deutschland wird bald den strategischen Schutz von Breslau und Berlin ausbauen müssen. Daran, daß Österreich Galizien behält, seine Erd- und Feldschätze, seine Petroleumfelder weiter ausnutzen kann, wird wohl nie mehr zu denken sein. Nach der Gründung Polens ist für das Deutsche Reich und seine Verbündeten nur noch ein Friede durch Initiative der Westmächte zu erlangen, falls Deutschlaand und seine Verbündeten einig bleiben, falls Rußland nicht zugrunde geht. Aber geht Rußland zugrunde, dann muß Deutschland und sein Kaiser bedenken, daß Rußlands Dynastie, Rußlands Einheit auch das Leben von Deutschlands Dynastie, von Deutschlands Einheit bedeutet. Sollte das Kaiserreich wirklich bereits übergroße Not an Heeres- und Zivilkräften haben? Die werden ihm keine Versprechungen verblendeter polnischer Parteihäuptlinge erlangen können. Ein Völkerrechtsbruch, wie Deutschland ihn auch einkleiden mag, wie heuchlerisch er auch maskiert wird, bleibt der Versuch, Angehörige eines feindlichen Staates zu Heeres- und Zivildienst zu zwingen. In Belgien hat Deutschland eine offene Rechtsverletzung begangen, indem es belgische Zivilbevölkerung zur Zwangsarbeit nach Deutschland überführte, eine Tat, durch welche die Stimmung in den Vereinigten Staaten von Tag zu Tag unfreundlicher wird. Daß Deutschland aber zu dem Unrecht des Völkerrechtsbruchs auch noch in diesem Falle die Heuchelei der Völker-

befreiungsgeste fügt, das wird Deutschland mehr Schaden tun, als wenn es sein Vergehen ehrlich eingestände und sagte: Ich brauche Soldaten, meine Armeen sind erschöpft, ich brauche Arbeiter, damit meine Soldaten Waffen haben, damit meine Industrien weiter bestehen können. Ich nehme diese Soldaten und Arbeiter wo ich sie finde. Not kennt kein Gebot!" [1]

Auch das Verhältnis der deutsch-englischen Politik, welches im Friedensvertrag eine zentrale Rolle spielt, muß unter umfassenderen Gesichtspunkten und Zusammenhängen gesehen werden. Es gibt ja Kreise, die sich dieses Problem furchtbar einfach zurechtlegen: England war einfach neidisch, daß Deutschland zu einer wirtschaftlichen und politischen Macht ersten Ranges geworden war, es suchte Deutschland einzukreisen, niederzuringen, das hat es erreicht und trägt jetzt den Sieg davon durch Wegnahme der deutschen Flotte, Kolonien, Absatzmärkte usw. Aber diese Argumentation unwissender Gemüter kann vor der Geschichte nicht bestehen. Wohl gab es in England Kreise, die Deutschlands Entwicklung mit schelen Augen ansahen, sie haben auch gelegentlich in der Öffentlichkeit entsprechend geredet und geschrieben. Dasselbe war ja auch umgekehrt in Deutschland der Fall. Aber wenn Deutschland nicht wiederholt jede vernünftige und nüchterne Verständigung mit England in den Wind geschlagen hätte, wenn es nicht durch seine aggressive Flottenpolitik den englischen Imperialismus gegen sich provoziert hätte und wenn es nicht, was immer wieder betont werden muß, sich aus dynastischen monarchistischen Gesichtspunkten heraus, stets mehr nach Rußland und Österreich, als nach den demokratischen Staaten des Westens orientiert hätte, so wäre es zweiffellos nie zum Kriege zwischen Deutschland und England gekommen. Trotz einer Zeit vorübergehender Mißstimmung zeigte eben die Statistik dem rechnenden Engländer, daß die wirtschaftliche Stärkung anderer Länder und besonders auch Deutschlands auch vermehrte Kaufkraft für die englische Wirtschaft schaffe, daß die Wirtschaft jedes Volkes mit dem Wohlergehen der anderen, auch des Konkurrenten eng verbunden ist. Im Zusammenhang solcher Gedankengänge schreibt Frhr. v. Eckardtstein in seinen Lebenserinnerungen Bd. I S. 179:

„Wenn heute noch gewisse Kreise in Deutschland in ihrer unergründlichen Urteilslosigkeit und starren Bockbeinigkeit immer wieder einen deutschfeindlichen Artikel der „Saturday Review" vom Jahre 1897 hervorholen, um zu beweisen, daß sie selbst recht mit ihrer Hetze gegen England gehabt haben, indem letzteres bereits seit Jahren darnach

[1] „Zwischen Politik und Diplomatie", Memoiren von Hetta Gräfin Treuberg, Straßburg 1921.

gestrebt hat, aus kommerzieller Eifersucht einen Streit mit Deutschland zu provozieren, so ist das nur ein Beweis, daß diesen Herren trotz des Resultats, das sie mit dem Frieden von Versailles durch ihre Hetze erzielt haben, absolut nichts vergessen und auch nichts zugelernt haben."

Wie oft hat England monatelang vor dem Kriege gewarnt und wie hat Lichnowsky Berlin flehentlich gebeten, Österreich-Ungarn in seinem Vernichtungskampfe gegen Serbien nicht den Rücken zu stärken, ihm keine Blankovollmacht auf dem Balkan zu erteilen, da es von unabsehbaren Folgen für das deutsch-englische Verhältnis sein könne? Aber wer hat denn im Auswärtigen Amt irgend etwas nach den Stimmungsberichten dieses Gesandten gefragt, der einer der wenigen war, die die Dinge sahen, wie sie wirklich waren und sie wahrheitsgetreu nach Berlin berichtete? Hat man es doch im Gefühl der Siegesgewißheit und in dem Bestreben, endlich einmal den gordischen Knoten der europäischen Politik und Waffenmacht zu zerhauen, noch nicht einmal für nötig gehalten Lord Greys Vorschlag, den Konflikt zwischen Österreich und Serbien einer Großmächtekonferenz zur Entscheidung zu unterbreiten, zu unterstützen, trotzdem nach der Annahme der meisten Forderungen des österreichischen Ultimatums durch die Serben selbst Wilhelm II. der Auffassung war, daß eigentlich eine Veranlassung zum Kriege nicht mehr vorliege, sondern höchstens eine Besetzung Belgrads nottue zur Wiederherstellung des Prestiges der umsonst mobilisierten österreichisch-ungarischen Armee! Offiziell und inoffiziell ist in Deutschland während des Krieges in allen Tonarten gegen England gehetzt worden und als die oberste Heeresleitung bereits im Dezember 1916 überzeugt war, daß der Krieg zu Lande militärisch für uns nicht mehr zu gewinnen sei, hat man versucht, mit einigen U-Booten dem englischen Weltreich den Todesstoß zu versetzen. Man braucht sich nicht zu wundern, daß diese läppische Politik jetzt so furchtbare Früchte getragen hat.

Dazu kommt nun noch, daß die deutsche Politik während des Krieges immer mehr in die Hände des Obersten Generalstabes kam, daß sie sich immer unfähiger erwiesen hat, die durch den Krieg und seine Folgen für Deutschland aufgeworfenen Probleme politisch zu bewältigen. „Viele Hunde sind des Hasen Tod." Schon aus diesem Grunde hätte es Aufgabe der deutschen Politik sein müssen, den Krieg möglichst auf die Gegner von 1914 zu beschränken und zu verhindern, daß immer mehr Mächte auf die Seite unserer Gegner traten. Aber ein deutscher Botschafter nach dem andern hatte versagt oder war mit seinen Warnungen und Mahnungen im Auswärtigen Amt nicht ernst genommen worden, ja es galt schließlich als eine große Ehre, jeden Tag von irgend einer anderen Macht eine neue Kriegs-

erklärung zu bekommen, nach dem Sprichwort: „Viel Feind, viel Ehr." Immer neue und ausgedehntere Fronten mußten mit Menschen und Munition versorgt werden, so daß sie schließlich an den entscheidenden Stellen in der entscheidenden Schlacht nicht mehr vorhanden waren. Jede Verständigungsmöglichkeit, die sich bot, wurde leichtsinnig in den Wind geschlagen oder doch ausweichend behandelt (das Schicksal der päpstlichen Friedensvermittlung!). Bis zuletzt sträubte man sich über Belgiens Herausgabe und das Unrecht des Völkerrechtsbruches ein klares Wort zu sagen, auf gewaltsame Entscheidung und Annexion zu verzichten. Als man durch eine zweideutige und heillos täppische Politik auch noch Amerika sich zum Feinde gemacht hatte, wurde von einflußreicher Seite erklärt, Amerika wird zwar den Krieg verlängern, aber an unserem endgültigen Siege nichts ändern. Man kannte und verstand nicht den tiefen Sinn dessen, was Politik im Kriege zu leisten hat. Gräfin Treuberg, deren Buch wir oben zitiert haben, hat einmal zu der Zeit, als in Deutschland trotz der formellen Annahme des päpstlichen Friedensangebotes die Offensive gegen Italien vorbereitet wurde, die doch gerade das Gegenteil erzielen mußte, dem Diplomat, der ihr die Nachricht überbrachte, geantwortet:

> „Politik ist hier die Kunst, Kriege zu beenden. Wegen eines Sieges, der vielleicht den Ruhm eines Generals vergrößert, brauchen wir nicht den Krieg zu verlieren."

Nun, wir haben den Krieg verloren und damit diesen Friedensvertrag verschuldet, weil unsere hohe Politik sich nicht auf die Kunst verstand, den Krieg rechtzeitig zu beendigen, realpolitisch die Tatsachen, die eine Verständigungspolitik unter allen Umständen erforderten, einzuschätzen wie sie waren, weil uns der Sieg des einen oder anderen Generals, das Prestige der Dynastie und der Obersten Heeresleitung, die Sorge für die preußischen und bayrischen Prinzen und Kronprinzen höher stand, als ein noch rechtzeitig geschlossener anständiger Friede.

Es wird so viel über die Revolution geschimpft und behauptet, daß sie an unserer Niederlage, an den Lasten des Friedensvertrags schuld sei. Das ist richtig insofern, als wir ohne Revolution nicht so ohnmächtig dagestanden hätten, wie das tatsächlich im November 1918 der Fall war. Aber, muß man fragen, wo liegen denn die Ursachen dieser Revolution, dieses totalen Zusammenbruchs nach einem Kriege, in dem Heer und Flotte und Wirtschaft glänzendes geleistet hatten? Die Revolution war nichts anderes als das völlige Fiasko der alten kaiserlichen Innen- und Außenpolitik und das in dem Moment, wo sie sich am höchsten hätte bewähren sollen! Der Krieg dauerte durch die Schuld der deutschen

Politik zu lange, die Feinde wurden zu zahlreich, das Volk wurde moralisch und materiell ausgesaugt bis auf die letzte Kraft und den letzten Blutstropfen. Die innerpolitischen Gegensätze waren zu groß, das Verhältnis des einzelnen Untertanen zu dem Staate, der von einer ihm fremden Clique von Auserwählten regiert wurde, zu lose, um auf die Dauer diese schwerste Kraftprobe aushalten zu können. Man hat das Volk jahrelang über die wahre innere und äußere Lage, über die Kräfte unserer Gegner belogen und betrogen, bis zuletzt hat man sich gegen die notwendige Demokratisierung der Reichsregierung und Entmilitarisierung der Außenpolitik gesträubt. Als dann die letzte Offensive Ludendorffs, das fürchterlichste Vabanquespiel, das je mit Millionen von Truppen getrieben wurde, erfolglos blieb, als die Oberste Heeresleitung selbst um Waffenstillstand bat, als die Bundesgenossen zusammenbrachen, da war dieses System nicht mehr zu halten, es brach in sich zusammen, ohne daß irgend jemand auch nur ernstlich den Versuch gemacht hätte, es zu halten. Und diese Ohnmacht des zusammengebrochenen Volkes nützte der Gegner zu einem vollen Triumphe seiner Macht über den Besiegten aus. Zwei Aufgaben waren nach der Annahme des Vertrages der deutschen Politik gestellt: Erstens mußten wir mit allen Mitteln danach trachten, aus der ungeheuren moralischen Isolierung herauszukommen, in die wir bereits vor dem Krieg gekommen waren, wir mußten das Vertrauen der Welt mit allen Mitteln wieder zu gewinnen suchen. Und zweitens mußten wir versuchen, die Wiedergutmachungsfrage einer praktischen Regelung zuzuführen, wir mußten die im Friedensvertrag und den auf ihn folgenden Abmachungen uns gegebenen Fristen und Möglichkeiten ausnützen, um möglichst bald in dieser Frage mit der Entente zu einer Verständigung zu kommen. Es war die schwere Schuld der deutschen Politik, daß sie keinen der beiden Wege konsequent gegangen ist, so oft man auch an führender Stelle die Notwendigkeit dazu eingesehen hatte. Das Ergebnis war, daß wir schließlich 1921 das Ultimatum von London unterschreiben mußten, das wir jetzt im Rahmen aller nur denkbaren Möglichkeit durchführen müssen. Als Dr. Simons nach dem Abbruch der Londoner Verhandlungen in der Schweiz weilte, kam ihm aufs neue die moralische Isoliertheit Deutschlands und das schwere Mißtrauen des Auslands gegenüber der deutschen Politik zum Bewußtsein. Er eilte nach Berlin zurück in der festen Absicht, einen entscheidenden Schritt zur Verständigung zu tun; der Hilferuf an Amerika und die weitgehenden deutschen Gegenvorschläge waren die Frucht dieser Einsicht. Doch darüber wird in den nächsten Kapiteln noch ausführlich geredet werden müssen.

---

III. Kapitel

# Die Konferenz von Spa

## 1. Vorbemerkungen.

Nach Abschluß der Friedenskonferenz zeigte es sich von Tag zu Tag mit größerer Deutlichkeit, daß wichtige weltpolitische Fragen unerledigt geblieben waren, wie die türkische Frage, die Adriafrage, das syrische und armenischen Probleme u. a. m. Die Gegensätze im Lager der Entente selbst waren zu groß, als daß in allen diesen Dingen damals eine Einigung zu erzielen gewesen wäre. Vor allem aber blieb eine Frage damals ungelöst: der Wiederaufbau Europas und doch hat sich gerade seit Abschluß der Friedenskonferenz gezeigt, daß dies das dringendste Problem der Gegenwart ist, ein Problem, an dem Sieger wie Besiegte gleich stark interessiert sind und ohne dessen endliche Lösung alle anderen politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen in Frage gestellt sind.

Mit gleicher Deutlichkeit aber hat sich gezeigt, daß dieses Wiederaufbauproblem abhängig ist vom Wiederaufbau Deutschlands und der Mittelmächte überhaupt, d. h. von der politischen Stellung, die man diesen Mächten im europäischen Völkerkonzert zuerkennen wird. Im Friedensvertrag haben die Siegermächte ja versucht, diese Stellung auf Jahrzehnte hinaus festzulegen; es hat sich aber gezeigt, daß die Machtpolitiker von Versailles in dem Bestreben, den errungenen Sieg möglichst restlos zu ihren Gunsten auszunutzen, gewisse elementare weltwirtschaftliche Naturgesetze ignoriert haben, um deren Anerkennung man auf die Dauer nicht herumkommen kann. Seit aus den einzelnen Volkswirtschaften eine Weltwirtschaft geworden ist, seit die ökonomische und auch soziale Struktur der einzelnen Länder auf ihre wirtschaftlichen Zusammenhänge mit den anderen Ländern eingestellt ist, seitdem sind die einzelnen Staaten in ihrem Schicksal eng aneinander gekettet. Aus dieser Erkenntnis heraus ertönte überall her der Ruf nach einer Revision des Versailler Friedensvertrages. Ob der Ruf stärker oder schwächer erschallt, ob er von England und Italien oder aber von Frankreich herkommt: in den allerwenigsten Fällen hat er seine Ursache in den Überzeugungen eines internationalen Humanismus und Pazifismus, sondern stets ist es die Erkenntnis jenes weltwirtschaftlichen Aneinandergebundenseins, die eine Revision des Friedensvertrages fordern läßt. Am allerdeutlichsten ist das zum Ausdruck gekommen in jenem Wirtschaftsmanifest, welches der Oberste Rat von London aus in die Welt hinausgesandt hat. Dort wird mit historischer Bedeutsamkeit anerkannt, daß die europäische Valutafrage

und damit der wirtschaftliche Wiederaufbau nur international gelöst werden könne, daß alle entsprechend ihrer Kraft und Leistung an diesem Werk beteiligt werden müssen und daß man vor allem von den besiegten Völkern, auch wenn man sie als die Schuldigen am Weltkriege betrachtet, keine enormen Wiedergutmachungsleistungen verlangen kann, ohne daß man ihnen die Möglichkeit eines gesunden und blühenden Wirtschaftslebens garantiert. Von Tag zu Tag hat diese Einsicht und Erkenntnis an Stärke zugenommen; aus ihr heraus fand am 1. und 2. Mai 1920 in Frankfurt ein großer internationaler Wirtschaftskongreß statt und aus derselben Erkenntnis heraus hatte der Völkerbundsrat auf Ende Mai eine internationale Finanzkonferenz nach Brüssel einberufen, die wir in unserem VI. Kapitel noch eingehend behandeln werden. In San Remo, wo die Alliierten zum erstenmal zusammen kamen, um sich über diese Probleme klar zu werden, ist man lediglich über die Orientfrage zu einem gewissen Ausgleich gekommen, die Deutschland betreffenden Fragen sollten in Spa in einer gemeinsam mit Deutschland veranstalteten Konferenz geregelt werden. Wer aber geglaubt hat, daß es in Spa zu wirklich fruchtbaren Verhandlungen zwischen Gleichberechtigten komme, und daß die Haß- und Gewaltatmosphäre von Versailles überwunden sei, fand sich schwer enttäuscht.

Die Konferenz von Spa hat gezeigt, daß uns die Entente noch mit demselben Geist des Hasses und des Mißtrauens gegenübertrat wie in Versailles. *Inwieweit hier natürlich englischer Vernichtungswille und französischer Chauvinismus am Werke sind, konnten wir nichts ändern, war es eben unser Schicksal, welches uns die Kriegspolitik des alten Systems eingebrockt hatte.* Aber lag nicht auch ein gut Teil Schuld an Deutschland selbst, hatte das deutsche Volk alles getan, um an Stelle des Mißtrauens und der Machtpolitik den Geist der Verständigung und des Vertrauens zu setzen, so schwer es uns auch manchmal die Sieger machen mochten? Leider muß hier mit *Nein!* geantwortet werden und hier liegt der Schlüssel zum Verständnis für vieles, was in Spa vorgegangen ist. Nicht nur im feindlichen, auch im neutralen Ausland glaubt man nicht so recht an die innere geistige Umwandlung des Volkes seit der Revolution, wobei natürlich für die politisch maßgebenden Kreise des Auslands mehr die Mentalität der deutschen Bourgeoisie als die der Arbeiterschaft in Betracht kommt. Was soll man dazu sagen, wenn gerade diejenigen nationalen und konservativen Kreise gegen den „Schmachfrieden" von Versailles protestieren, die selbst hinter den Friedensverträgen von Brest-Litowsk und Bukarest gestanden haben und die nicht genug Worte der Vernichtung für diejenigen Männer der Reichstagsmehrheit fanden, die 1917 auf einen Ver-

ständigungsfrieden hinarbeiteten? Sie appellieren heute gegenüber den Ungerechtigkeiten der Entente an einen gerechten Völkerbund, obwohl die Politik des gerade von ihnen gestützten alten deutschen Systems in den Jahren 1899 und 1907 die Friedenskonferenzen vom Haag sabotiert hat! Anderthalb Jahre mußte die Entente dem Treiben der militaristischen Reaktionäre bei uns zusehen. Erinnert sei an die Baltikumtruppen und an den Kapp-Putsch. Trotzdem der letztere durch die Arbeiterschaft und das wirklich demokratisch gesinnte Bürgertum glänzend besiegt wurde, so zeigte er doch, wie stark die reaktionären Kräfte bei uns am Werke sind. Überall wurde schon wieder Revanche gepredigt, die Jugend zu Rächern der Schmach gedrillt. Professoren, die es wagten, für Völkerverständigung einzutreten, wurden von deutschnationalen Studenten mit Hohn und Spott überschüttet, Pazifisten ermordet oder doch am Leben bedroht. Dazu kam, daß die revolutionären Elemente von links stets mehr den Reaktionären in die Hand arbeiteten; einmal waren sie durch ihre verbrecherische Politik schuld daran, daß überhaupt eine Reichswehr benötigt wurde, die dann immer mehr in reaktionäre Hände geriet und dann weisen sie in Wort und Schrift mit großer Übertreibung immer wieder die Entente darauf hin, wie reaktionär und militaristisch Deutschland heute noch sei. Wenn schon die Entente an sich infolge der oben angeführten Tatsachen noch guten Grund zum Mißtrauen und zur Vorsicht hatte, so muß es auch hier offen ausgesprochen werden, daß die Unabhängigen und Kommunisten durch ihre Politik dauernd der Entente Wasser auf die Mühlen gossen. So sehr sich auch die Regierung Mühe gab, ihre Verpflichtungen gerade bezüglich der Entwaffnung zu erfüllen — von rechts und links fiel man ihr in den Arm.

Dazu kommt das Wahlergebnis vom 6. Juni 1920. Alle diejenigen, welche am 6. Juni dazu beigetragen haben, die alte demokratisch-soziale Koalition zu sprengen, haben damit ihre volle außenpolitische Unreife dokumentiert. Es war ganz klar, daß sowohl eine Linksschwenkung als auch vor allem eine erhebliche Rechtsschwenkung unsere außenpolitische Situation gegenüber der Entente verschärfen mußte. Wenn man französische Blätter über den deutschen Wahlausfall gelesen hat, so weiß man, wie die Chauvinisten und Reaktionäre die Tatsache der Rechtsschwenkung benützt haben, um die Regierung gegen Deutschland scharf zu machen. Erst recht war dies der Fall, nachdem der bürgerliche Regierungsblock einschließlich der Volkspartei gebildet war. Genau so lagen die Dinge bei uns bezüglich der Wiedergutmachungsfrage. Die breite Öffentlichkeit zeigte sich recht wenig vom Willen zur Wiedergutmachung erfüllt; für Frankreichs durch den Krieg geschaffene wirtschaftliche Lage und unsere schwere Schuld hatte man wenig Verständnis.

Alle diese Faktoren haben zusammengewirkt, um in Spa die Entente gegen uns so unerbittlich wie möglich zu stimmen. Auf der anderen Seite aber hat doch auch schon bei der Entente die Erkenntnis eingesetzt, daß man, wenn man Europa retten will, Deutschland wirtschaftlich leistungsfähig erhalten muß. Wir werden im einzelnen sehen, in welchen Punkten der Abmachungen von Spa dies zum Ausdruck gekommen ist.

### 2. Das Ergebnis der Konferenz.

Welch großen Wert die Entente auf die Entwaffnung Deutschlands legt, zeigte sich darin, daß wider alles Erwarten die Entwaffnungfrage als erster Punkt auf die Tagesordnung der Konferenz von Spa gesetzt worden ist. Es war in erster Linie die Rücksicht auf die öffentliche Meinung ihrer Völker, insbesondere Frankreichs, welche die Entente die Entwaffnung Deutschlands zum Angelpunkt der Wirtschaftsverhandlungen machen ließ. Frankreich sieht in Deutschland den Todfeind, nachdem es 4½ Jahre lang gegen die deutschen Armeen an der Westfront gerungen hat, wird es nicht eher ruhen, bis Deutschland völlig entwaffnet und damit jede Gefahr der Revanche ausgeschlossen ist. Dazu kommt, daß, besonders in Frankreich, einflußreiche Kreise überhaupt dagegen waren, daß man sich mit Deutschland an den Verhandlungstisch setzte, um mit ihm über die Durchführung des Friedensvertrags zu reden und damit dem Besiegten die Möglichkeit zur Besserung seiner Lage zu geben. Diesen Kreisen galt es zu zeigen, daß man die Macht in der Hand behalten hatte und daß man entschlossen war, sie auch auszunützen. Lloyd George soll — so lesen wir es bei einem Berichterstatter — auf die Frage, warum er sich in der Entwaffnungsfrage den französischen Standpunkt zu eigen gemacht habe, gesagt haben, die rücksichtslose Durchführung des Siegerstandpunktes in der Entwaffnungsfrage sei das Mindeste, was Millerand mit nach Hause bringen müsse, andernfalls müsse er einem viel radikaleren Chauvinisten Platz machen (was demnach Lloyd George nicht wünschte). Uns scheinen hier allerdings noch andere Hintergründe vorzuliegen; denn es ist doch seltsam, daß gerade Lloyd George sich zum Sprecher in der Entwaffnungsfrage machte. Man will da und dort nicht begreifen, daß Lloyd George gerade hier so unbedingt französische Politik machen konnte. Das hängt mit dem ganzen System der Europapolitik Englands zusammen; je mehr es England gelingt, Frankreichs Interessen auf die Entwaffnung Deutschlands zu konzentrieren, ja überhaupt Frankreichs Machtdurst auf Deutschland zu konzentrieren, umso geschwächter wird Frankreich wirtschaftlich sein, umso ungefährlicher für Englands Weltpolitik.

Es sei kurz an das Ergebnis des tagelangen Ringens um Deutschlands Entwaffnung erinnert. Deutschland hat sofort die Einwohner- und Sicherheitswehren zu entwaffnen, alle Waffen, die sich in den Händen der Zivilbevölkerung befinden, abzuliefern, die allgemeine Wehrpflicht abzuschaffen, alle Waffen und Kriegsmaterialien gemäß den Bestimmungen des Friedensvertrags zum Zweck der Zerstörung auszuliefern, die Anwendung der Bestimmungen betr. Seemacht und Luftfahrt sicherzustellen. Wenn Deutschland das zusagt, wird ihm eine 6monatige Frist zum Abbau der Reichswehr gewährt, es wird ihm gestattet, Streitkräfte bis zum 1. Oktober auch in der neutralen Zone zu belassen und schließlich wird die Entente dafür sorgen, daß der Waffenschmuggel aus dem besetzten ins unbesetzte deutsche Gebiet aufhört. Zum Schluß des Abkommens wird Deutschland im Fall der Nichterfüllung der einzelnen Bestimmungen die „Besetzung eines Teils des deutschen Gebietes, sei es des Ruhrgebietes, sei es jeden anderen Gebiets" angedroht.

Soweit das schließlich von uns unterzeichnete Abkommen. Und nun fragen wir uns: können wir einverstanden sein mit den Verhandlungen, die von der deutschen Delegation in diesem Punkte geführt worden sind? Waren sie günstig für die ganzen Verhandlungen in Spa, trugen sie der Mentalität der Siegervölker, von der wir oben gesprochen haben, entsprechend Rechnung und wurden sie den Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes, besonders der deutschen Arbeiterschaft gerecht? Reichswehrminister Geßler und General Seeckt suchten unter allen Umständen an 200 000 Mann Reichswehr festzuhalten, darauf konzentrierten sie ihre ganze Redekunst. Interessant ist es, die Gründe zu betrachten, welche Geßler für die Erhaltung der Reichswehr in dieser Stärke anführte; zunächst das Arbeitslosenproblem, das verschärft würde durch Entlassung von Reichswehrmannschaften, als nächste Gründe kamen die Kriegsbeschädigten und die Flüchtlinge aus den besetzten Gebieten an die Reihe, dann die Schwierigkeiten mit den neuen Steuern — wahrscheinlich will Geßler die Steuern mit Reichswehrsoldaten eintreiben lassen —; schließlich kamen die 20 000 Offiziere an die Reihe, „die von der Entlassung betroffen werden und deren Absichten niemand kenne". Lloyd George ließ sich durch Geßlers Argumente nicht belehren, er meinte kurz: entweder fehle es der deutschen Regierung am guten Willen oder an der Macht.

Die Sozialdemokraten protestierten aufs Entschiedenste gegen die Art, wie hier operiert worden ist; diese Argumente sind nicht demokratischer Geist, wie man ihn von Geßler hätte erwarten sollen, sondern sie atmen

den Geist der reaktionären Generalstäbler, von denen sich Geßler scheinbar sein Konzept hat aufsetzen lassen. Es ist doch beschämend, wenn die deutsche Demokratie, die sich rühmt, eine soziale Demokratie zu sein, die Beibehaltung von weiteren 100 000 Mann Reichswehr mit den Arbeitslosen, Kriegsbeschädigten und Flüchtlingen rechtfertigt. Ganz zuletzt kommen dann die 20 000 Offiziere, vor denen man sich fürchtet und für die man deshalb die militärischen Stellen erhalten muß. Vor allem war es unerhört, daß man mit diesem Punkt 5 Verhandlungstage zugebracht, recht viel Mißtrauen gegen Deutschlands Willen, den Friedensvertrag durchzuführen, in den Kreisen der Ententedelegierten verursacht und die Verhandlungen selbst beinahe zum Scheitern gebracht hat. Soviel war die ganze Sache wirklich nicht wert, zumal die Reichswehr bisher bewiesen hat, daß sie nur zu einem geringen Teil als Schutztruppe der demokratischen Republik angesprochen werden kann. Hier scheint sich der Einfluß der Regierungsmitglieder aus dem Lager der deutschen Volkspartei recht unheilvoll geltend gemacht zu haben. Sie hatten ja einen guten Teil ihres Wahlerfolges der Hetze gegen die auswärtige Politik der Koalitionsregierung, insbesondere gegen den Abbau der Reichswehr zu verdanken; jetzt wollten sie das ihren Wählern gegebene Versprechen einlösen, es ist ihnen nicht gelungen.

Quidde hat einmal in jenen Tagen geschrieben: „Man muß in der Politik auch mit Vorurteilen rechnen, besonders mit Vorurteilen derer, die die Macht haben, und die gegnerischen Mächte hatten sich nun einmal auf die 100 000 Mann so versteift, daß unsere Regierung verpflichtet war, nochmals ernstlich die Frage zu prüfen, ob sie den Zweck, der unbedingt erreicht werden muß, die Sicherung von Ruhe und Ordnung, wirklich nur auf dem vorgeschlagenen Wege erreichen kann, oder ob es dafür andere Möglichkeiten gibt, die der Auffassung unserer Gegner Rechnung tragen."

Hier liegt des Pudels Kern: man hätte einen Weg suchen sollen, der den deutschen Notwendigkeiten einerseits und den zu einem guten Teil berechtigten Vorurteilen der Gegner anderseits Rechnung getragen hätte. Statt sich an den 200 000 Mann festzuklammern, hätte man sich hier vorbehaltlos auf den Boden des Friedensvertrags stellen, dabei aber praktisch-positive Vorschläge über den Ausbau von Sicherheitswehr, Polizei, Gendarmerie usf. machen sollen. Damit hätte man auch dem Willen der vernünftig denkenden Arbeiterschaft entsprochen. Auch sie will Ordnung und ruhige Entwicklung unseres Wirtschaftslebens, aber sie sieht in der Reichswehr nicht das geeignete Instrument, um diese

Ruhe und Ordnung zu schaffen; dafür ist sie zu reaktionär und militaristisch, dafür treiben ihre Offiziere eine viel zu selbständige Klassenpolitik entgegen den zivilen Organen der Demokratie. *Nachdem für Deutschland aus den verschiedensten Gründen für die auswärtige Politik eine aufs Schwert gestützte Machtpolitik nicht mehr in Frage kommt, mußte das Schwergewicht auf eine zivile Ordnungstruppe, Polizei in Verbindung mit Gendarmerie und Sicherheitswehr, gelegt werden.* Das hat die deutsche Delegation in Spa nicht getan, sie hat sich hier dem Diktat der reaktionären Reichswehrgenerale gefügt. Nun hat sie die 100 000 Mann und mit ihr Sicherheitswehr und Einwohnerwehr verloren. Ein Fiasko nach innen, ein Fiasko vor allem auch nach außen!

Die Frage der *Bestrafung der Kriegsverbrecher*, die als 2. Punkt auf der Tagesordnung stand, fand ziemlich rasch und lautlos ihre Erledigung durch eine Verständigung der juristischen Sachverständigen untereinander. Man hat darüber in den Verhandlungsberichten recht wenig gehört, zu Reibungen scheint es nicht gekommen zu sein.

Man ging sofort zum 3. Punkt über, welcher den ganzen Rest der Verhandlungen ausfüllte, zur *Kohlenfrage*. Noch mehr wie in der Entwaffnungsfrage platzten hier die Gegensätze aufeinander, ja es gab 24 Stunden, in denen man die Ententegeneräle nach Spa holte — als ob die je imstande wären, Wirtschaftsfragen zu lösen — und auf dem Sprunge war, ins Ruhrgebiet einzumarschieren. In der Kohlenfrage konzentriert sich die ganze Machtpolitik des Friedensvertrags von Versailles, es handelt sich hier um den *Kampf zwischen der siegreichen Industrie der Entente*, die natürlich den Vorsprung, den sie durch unsere Niederlage gewonnen hat, restlos auf unsere Kosten auszunützen bestrebt ist, *und der deutschen Industrie*, die natürlich trotz des unglücklichen Kriegsausgangs nicht nur weiterleben will und muß, sondern auch in absehbarer Zeit wieder eine günstige Position auf dem Weltmarkt erobern will. Wiederholt schon wurde darauf hingewiesen, daß eine sozialistische Produktionsgemeinschaft aller Rohstoffländer die beste Lösung für alle diese volkswirtschaftlichen Existenzprobleme wäre. Aber solange daran nicht zu denken ist, bestand unsere Aufgabe in Spa darin, *unter voller Anerkennung der berechtigten Ansprüche unserer Gegner möglichst viel Entgegenkommen für die deutschen Existenznotwendigkeiten herauszuschlagen.*

*Wie liegen denn die Dinge?* 1913 hatte Deutschland eine Kohlenproduktion von 191½ Millionen Tonnen, davon aus dem Ruhrgebiet 114½ Mill. Tonnen (60,22 Proz.), aus Oberschlesien 43,44 Millionen Tonnen

(22,35 Proz.) und aus dem Saargebiet 17 Millionen Tonnen (3,95 Proz.). Für das Jahr 1920 wurde mit einer Kohlenproduktion von 126 Millionen Tonnen gerechnet (ohne Saar, einschließlich Oberschlesien, dessen staatliche Zugehörigkeit ja erst durch die Volksabstimmung festgelegt werden sollte). Von diesen 126 Millionen Tonnen bleiben nach Deckung des Selbstverbrauchs der Zechen, der Eisenbahn und Schiffahrt, der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke noch 71½ Millionen Tonnen für Industrie, Landwirtschaft und Hausbrand. Von den 71½ Millionen Tonnen sind indes noch abzurechnen die Kompensationsmengen an Kohlen, die wir an die neutralen Staaten (Schweiz, Holland, Skandinavien) liefern, um Kredite und Lebensmittel zu bekommen. Und nun sollten wir nach dem Friedensvertrag der Entente ca. 40 Millionen Tonnen jährlich liefern. Es ist klar, daß damit einfach jede wirtschaftliche Produktion zusammengebrochen wäre. Unter den bisherigen Lieferungen haben wir im Mai 1920 mit 962 000 Tonnen den Höchststand erreicht, also knapp 1 Million. Es war ganz klar, daß wir hier in Spa eine Revision des Friedensvertrags von Versailles durchsetzen mußten. Wir wissen, daß wir zur Wiedergutmachung verpflichtet sind, daß wir Frankreich nicht nur weitestgehend helfen müssen, sein zerstörtes Gebiet wieder aufzubauen, sondern daß wir ihm auch den Kohlenausfall der zerstörten nordfranzösischen Bergwerke ersetzen müssen. Aber Frankreich fordert mehr, als man als gerecht anerkennen kann. Den Ausfall an nordfranzösischer Kohle hat es fast vollständig durch die Ausbeutung des Saargebietes gedeckt. Aber Frankreich will von uns — und zwar als Kriegsentschädigung, nicht im Austausch — die Kohle für die neue Eisenindustrie in Elsaß-Lothringen; die französische Schwerindustrie sucht hier der deutschen Schwerindustrie das Leben zu unterbinden. Belgien will Kohle von uns haben, trotzdem es eben wieder Kohlenausfuhrland geworden ist; Italien will billige deutsche Kohle für die englische, die ihm in zu geringen Mengen und zu teuer geliefert wird. Die Kohlennot ist international, sie kann nur durch internationale Produktionsgemeinschaft gelöst werden; aber immer noch will die Entente ihre Bedürfnisse durch einseitiges Siegerdiktat lösen.

Wir wußten, daß es in Spa zu einem gewaltigen Ringen kommen werde; es muß klar ausgesprochen werden: wir haben etwas erreicht, die Konferenz ist nicht vergebens gewesen. Zuerst schien eine Einigung so gut wie ausgeschlossen; die deutsche Delegation gab als Höchstgrenze ihrer Lieferungsmöglichkeit 1—1,2 Millionen Tonnen an, die eventuell noch bei ausreichender Lebensmittelversorgung

der Bergarbeiter auf 1,6—1,8 Millionen Tonnen gesteigert werden können, die Entente verlangte als Minimallieferung 2,4 Millionen Tonnen pro Monat, die Konferenz schien zu scheitern. Die Entente drohte mit dem sofortigen Einmarsch ins Ruhrgebiet; die deutsche Delegation hatte in ihrem eigenen Schoße eine schwere Krise durchzukämpfen. Schließlich machte Dr. Simons ein letztes Angebot der Verständigung. Wir erklärten uns trotz größter Bedenken zur Lieferung von 2 Millionen Tonnen Kohle bereit, knüpften daran aber verschiedene Bedingungen. Einmal müsse uns ein sicherer Anteil (1,5 Millionen Tonnen) an der oberschlesischen Kohlenproduktion zugestanden werden, sodann forderten wir Anrechnung der Kohle zum Weltmarktpreis, während nach dem Friedensvertrag uns diese Kohlenlieferungen lediglich zum deutschen Inlandspreis auf das Wiedergutmachungskonto angerechnet werden sollen. Außerdem tut eine bessere Ernährung der Bergarbeiter und ein Kredit für Lebensmittel und Rohstoffe der deutschen Wirtschaft dringend not. Im Prinzip ging die Entente auf diesen letzten deutschen Vorschlag ein, die Erfüllung unserer Forderungen wurde uns aber nur zum Teil zugestanden. Die Entente konnte sich nicht dazu verstehen, die deutschen Kohlenlieferungen nach dem Weltmarktpreis zu bezahlen; Frankreich und Italien, welche die Gelegenheit benützen wollten, um billige Kohlen zu bekommen, leisteten zu große Widerstände, die Kohle wird uns zum Inlandspreis auf das Wiedergutmachungskonto angerechnet. Zu diesem Inlandspreis wird pro Tonne ein Zuschlag von 5 Goldmark in bar ausbezahlt (also auf 2 Millionen Tonnen etwa 100 Millionen Papiermark im Monat), der zum Ankauf von Nahrungsmitteln für die Bergarbeiter verwendet werden soll. Der überschießende Betrag bis zur Höhe des Ausfuhrpreises ab deutschen bezw. englischen Häfen (also die Differenz zwischen Inlandspreis plus 5 Goldmark einerseits und Ausfuhrpreis frei on bord (frei an Bord) andererseits wird Deutschland als Vorschuß gewährt (Prioritätskredit). Zugleich bekommen wir eine internationale Kohlenkommission nach Berlin und außerdem sind von Lloyd George freundliche Zusagen betreffs der oberschlesischen Kohle gemacht worden. Am Schlusse des Kohlenprotokolls wird den Alliierten das Recht gegeben, das Ruhrgebiet oder irgend ein anderes deutsches Gebiet zu besetzen, „falls am 15. November festgestellt werden sollte, daß die Gesamtlieferung für August, September und Oktober 1920 die sechs Millionen Tonnen nicht erreicht hat". Wir haben dieses Abkommen, trotz der erheblichen Verschlechterungen gegenüber dem deutschen Angebot schließlich unterzeichnet, einmal weil es eine gewaltige nicht zu unterschätzende

Verbesserung gegenüber den Bestimmungen des Friedensvertrags darstellte — dort ca. 40 Millionen Tonnen, nur Inlandspreis, kein Zuschlag für Lebensmittel, kein Vorschuß, keine oberschlesische Kohle — und dann, weil wir den Versuch, es auf dieser Grundlage zu versuchen, immer noch einer feindlichen Besetzung des Rheinlands und damit einer ungeheuren Verschärfung und Zuspitzung der politischen Lage vorzogen.

Zwei Männer haben bei den Kohlenverhandlungen in Spa im Vordergrund gestanden und einen wichtigen Einfluß auf die gefällten Entscheidungen ausgeübt: Stinnes und Hue. Wir gehören nicht zu denen, die Stinnes persönlich angreifen und bekämpfen, weil er Großkapitalist ist — wir bekämpfen nicht einzelne Personen, sondern das kapitalistische Wirtschaftssystem —, wir wissen Stinnes Unternehmergeist und Sachkenntnis zu schätzen und bestreiten der deutschen Regierung durchaus nicht das Recht, sich von solchen im Wirtschaftsleben stehenden Fachleuten beraten zu lassen.

Aber wir fragen: War es von der deutschen Regierung ein kluger Schachzug, gerade Stinnes in Spa vorzuschicken? Die Berichte haben gezeigt, daß das Auftreten von Stinnes und überhaupt sein ganzer entscheidender Einfluß auf die Beratungen der deutschen Delegation die Entente ernstlich befremdet und auf sie wie eine beabsichtigte Provokation gewirkt hat. Stinnes gehört zu denjenigen kapitalistischen Gewaltmenschen, die die Franzosen und Belgier während des Krieges „Industriehyänen" nannten, die im Interesse der deutschen Schwerindustrie Longwy und Briey haben wollten, die aus Konkurrenzinteressen für die Lahmlegung belgischer und nordfranzösischer Industrien sorgten. Stinnes hatte gar kein Recht, der Entente gegenüber den moralisch Entrüsteten zu spielen, wie er es in Wort und Gebärde tat. Man braucht kein heißblütiger Franzose zu sein, um sich Grad und Wirkung dieser Provokation vorstellen zu können. Es scheint fast so, als ob Stinnes mit Gewalt auf eine Besetzung des Ruhrgebietes hinarbeitete. Zwischen ihm und Dr. Simons entspannen sich gewaltige Meinungskämpfe und Stinnes ist schließlich vor Unterzeichnung des Kohlenabkommens protestierend abgereist. Nach Stinnes sprach schlicht und einfach und daher umso wirkungsvoller der Bergarbeiterführer Hué, der Vertrauensmann nicht nur der deutschen, sondern der internationalen Bergarbeiterschaft. Auch er protestierte gegen die Forderungen der Entente, aber nicht aus kapitalistischen Profit- und Konkurrenzinteressen heraus, sondern als Arbeiter gegen die Ausbeutung des Ententekapitalismus. Er wandte sich gegen die kurzsichtige Grünetischpolitik des Obersten Rates und stellte ihr den sozialen Lebenswillen der

deutschen Arbeiterschaft entgegen. Seine Rede hat ihre Wirkung getan. Vor den Allgewaltigen Europas stieg plötzlich das Gespenst eines internationalen Bergarbeiterstreiks herauf, dem sie sich nicht gewachsen fühlten. Die Entente hat schließlich doch noch verhandelt und dem deutschen Lebenswillen wenigstens in einigen Punkten Rechnung getragen.

Als die Konferenz von Spa, ohne daß die Wiedergutmachungsfrage auch nur angeschnitten war, ihren Abschluß gefunden hatte, faßte ich ihr Ergebnis in einem Leitartikel der „Heidelberger Volkszeitung" folgendermaßen zusammen:

„Wer geglaubt hat, der Friedensvertrag von Versailles sei erledigt, man werde nicht als Sieger mit uns verhandeln, sondern als Bruder und Weggenosse uns die Hand reichen, wer glaubte, man habe so leicht und schnell die Kriegsschuld des deutschen und österreichischen Generalstabs, die größenwahnsinnige Eroberungspolitik der Alldeutschen und Vaterlandsparteiler, den Zerstörungsfeldzug der deutschen Schwerindustrie und alle diese Dinge vergessen, der muß von Spa enttäuscht sein. Wer aber Realpolitik treibt und alle die psychischen Ponderabilien und Imponderabilien kennt, die gerade nach einem solchen Kriege eine ungeheure Rolle spielen, der muß trotz aller unangenehmen Zwischenfälle, Drohungen und Einmarschklauseln sagen: Die Konferenz von Spa war nicht umsonst, sie hat bereits eine Brücke geschlagen über den Abgrund, der Sieger und Besiegte trennt, sie ist ein bedeutsamer Schritt vorwärts zur Revision des Friedensvertrags, zur Gesundung und Neuorganisation Europas.

Ganz abgesehen von der Bedeutung, welche alle die persönlichen Besprechungen, Konferenzen und Unterhaltungen für die Reinigung der Haß- und Blutatmosphäre zwischen Sieger und Besiegten haben, konnten wir feststellen, daß das Kohlenabkommen eine bedeutende Verbesserung und Erleichterung des Friedensvertrags für uns bedeutet. Das begreift man erst ganz, wenn man sieht, welche Widerstände es gerade in der französischen Presse und Kammer findet. Poincaré, der sicher als guter Interpret des Werkes von Clemenceau angesprochen werden kann, hält dieses Abkommen einfach für ein Preisgeben des Friedens von Versailles. Wir haben zu zeigen versucht, daß wir auch in der Entwaffnungsfrage mehr Positives hätten erreichen können, wenn wir uns mehr auf die Sicherheitspolizei und weniger auf die reaktionäre Reichswehr festgelegt hätten.

Der Weg für die deutsche Politik ist jetzt ganz klar vorgezeichnet: wir müssen auf der Bahn der Verständigungspolitik weiterschreiten, die wir in Spa beschritten haben, wir müssen alles daransetzen, die getroffenen Abmachungen rest-

losdurchzuführen. Dies gilt zunächst für die Entwaffnung; bis zum 1. Oktober muß die Reichswehr auf 150 000 Mann, bis 31. Dezember auf 100 000 Mann abgebaut sein. Bereits gestern ist von einem diesbezüglichen Gesetzentwurf gemeldet worden, der in diesen Tagen vom Reichsrat beraten wird. Das Hauptproblem ist, für diese 100 000 Mann Arbeitsgelegenheit zu beschaffen; mag es noch so schwer sein, es müssen Mittel und Wege gefunden werden, an dieser Frage darf die Revisionsarbeit am Friedensvertrag nicht scheitern. Vor allem muß verlangt werden, daß die in Betracht kommenden Offiziere das nötige Verständnis für die Zwangslage Deutschlands aufbringen und sich nicht von der bereits einsetzenden deutschnationalen Hetzaktion ins Schlepptau nehmen lassen. Es ist so unendlich traurig, daß gerade jetzt wieder die sogenannten Nationalen und Konservativen die wirtschaftliche und berufliche Notlage der zu entlassenden Reichswehrtruppen für ihr Parteiinteresse auszunützen suchen, damit unser Vaterland aufs neue an den Rand des Abgrunds stellend. Darüber müssen wir uns doch ganz klar sein: jede reaktionär-militaristische Hetze wird die Pläne Fochs und seiner Hintermänner fördern, das ganze Werk von Spa gefährden und Europa aufs neue der Rache und Gewaltpolitik größenwahnsinniger Militärs ausliefern.

Schwieriger schon wird die Entwaffnung der Einwohner- und Sicherheitswehren sein. Aber wie man hört — die Beratungen in Berlin werden ja hierüber in den nächsten Tagen Klarheit verschaffen — bedeutet hier Entwaffnung nicht völlige Entlassung, sondern Entkleidung ihres militärischen Charakters und Umbau in eine rein zivile Ordnungstruppe. Das würde durchaus unseren Forderungen entsprechen und nicht schwer zu machen sein bei einigermaßen gutem Willen der Beteiligten.

Auch das Kohlenabkommen muß durchgeführt werden. Es ist jetzt höchst interessant, aus dem Munde Dr. Simons zu hören, daß er sich deswegen noch in letzter Stunde trotz aller Bedenken für die Unterzeichnung entschieden habe, weil ihm berechtigte Bedenken in die Richtigkeit der deutschen Sachverständigen-Gutachten gekommen sind. Man hört hier von ganz eigenartigen Dingen, die dringend der Aufklärung bedürfen: einmal haben die Gutachten die deutsche Braunkohlenproduktion nicht entsprechend berücksichtigt, sodann sind in ihnen nicht die Kohlenmengen berücksichtigt, die auf unlautere Weise der Regierung entzogen und an unrichtige Stellen geliefert werden. Vor allem wird es immer klarer, daß Herr Stinnes in der einseitigsten Weise die deutsche Delegation bearbeitet hat. Es ist

Dr. Simons hoch anzurechnen, daß er sich der schweren Verantwortung bewußt geblieben ist und das Schicksal des deutschen Volkes *nicht dem Profitinteresse des rheinischen Kapitalmagnaten geopfert hat*. Eine Grundvoraussetzung für die Durchführung des Kohlenabkommens wird die Einsicht der Mitarbeit der Bergarbeiterschaft sein. *Durch die jetzt geschaffene Lage ist die Sozialisierung der Kohlenproduktion zu einer vitalen Lebensnotwendigkeit für Deutschland geworden.* Es geht einfach nicht länger an, daß, nachdem die Kohle *das* Nationalvermögen des deutschen Volkes geworden ist, von dem unsere wirtschaftliche Zukunft abhängt, sich die privatkapitalistischen Produktionsinteressen der Bergherren zwischen die volks- und weltwirtschaftlichen Notwendigkeiten schieben. *Die Kohlensozialisierung ist zu einer nationalen Lebensfrage geworden.*

Wie ist nun parteipolitisch das Ergebnis von Spa zu bewerten? Mit einem Wort: *es bedeutet eine glänzende Rechtfertigung der Politik der alten Koalitionsregierung, eine Niederlage für alle diejenigen, welche am 6. Juni der alten Koalition den Todesstoß versetzt haben.* Man hat, besonders vonseiten der liberalen Volkspartei, der alten Regierung den Vorwurf gemacht, daß sie leichtsinnigerweise den Friedensvertrag unterschrieben und damit Deutschland der Entente preisgegeben habe. Man hat es der Internationalität und Unfähigkeit der Sozialdemokratie zugeschrieben, daß außenpolitisch nicht mehr erreicht worden ist. Und jetzt? *Auch die neue Regierung der bürgerlichen Mitte hat in Spa zwei Unterschriften schweren Herzens geben müssen; wir machen ihr das keineswegs zum Vorwurf, aber die Tatsache selbst bedeutet für alle, die denken können, die Anerkennung der Richtigkeit der außenpolitischen Linie der alten Koalition.* Wo sind jetzt die politisch ganz Schlauen, die ihren Wählern vorgemacht haben, wenn in Spa statt Hermann Müller etwa Heinze oder Stinnes die nationale Ehre vertreten würde, dann könnte uns die Entente nicht mehr zu bieten wagen, was sie gewagt hat. Eitler Dunst! Das Gegenteil ist richtig. Stinnes hat durch sein hochmütiges Verhalten beinahe die Besetzung des Ruhrreviers provoziert und Heinze hat das Entwaffnungsprotokoll mit unterschreiben müssen. *Wenn neben dem diplomatischen Geschick Dr. Simons irgendetwas auf die Entente Eindruck gemacht hat, dann war es die Rede Hués.* Und damit kommen wir zu der anderen politischen Seite der Sache: was hätten wir erreichen können, wenn eine geschlossene

proletarische Einheitsfront entsprechend dem Wahlergebnis ihre Vertreter nach Spa geschickt hätte. Die Arbeiterschaft muß endlich einsehen, daß die Politik der radikalen Phrase und fruchtlosen Abstinenz ihr nichts nützt. Wir müssen innen- und außenpolitisch eine klare mit den Tatsachen rechnende Realpolitik treiben. Nicht auf den doktrinären Prinzipienkampf um Parlament oder Rätesystem, zweite oder dritte Internationale kommt es heute an, sondern darauf, daß die klassenbewußte Arbeiterschaft aller Staaten sich auf die innere und äußere Politik ihrer Regierungen den größtmöglichsten Einfluß sichert. Das muß die Lehre von Spa für die sozialistische Politik sein; entweder wird sie so sein, oder sie wird überhaupt nicht sein!"

Es bleibt uns nun noch übrig, in einem besonderen Kapitel das Ergebnis von Spa unter weltpolitischen Zusammenhängen zu betrachten im Anschluß an die Debatten, die darüber in den französischen und englischen Parlamenten geführt worden sind.

---

IV. Kapitel

## Das Ergebnis von Spa in den europäischen Parlamenten

Die ganze deutsche Presse aller politischer Schattierungen ist den Verhandlungen von Spa mit größtem Interesse gefolgt, handelte es sich doch um deutsche Existenzfragen, um die Revision oder Nichtrevision des Friedensvertrages von Versailles. Auch an kritischen Würdigungen des Ergebnisses in der deutschen Presse hat es seither nicht gefehlt; aber man kann nicht gerade sagen, daß sehr viel grundlegendes, großzügiges und bedeutungsvolles darüber gesagt worden ist. Das liegt daran, daß man zumeist nur parteipolitisch, oder bei etwas weitblickenderem Horizont nur deutsch-national im guten Sinn des Wortes eingestellt war. Aber die Friedensprobleme und damit die Verhandlungen von Spa sind Weltprobleme, mindestens aber europäische Probleme, die unter europäischem Aspekt betrachtet sein wollen. Man darf das Ergebnis von Spa nicht nur unter einseitig deutschem Standpunkt betrachten, sondern es müssen alle politischen Faktoren und Machtverhältnisse Europas in Rechnung gestellt werden, man muß insbesondere die ökonomischen Interessen und psychologischen Einstellungen der Siegermächte genau kennen und würdigen. Die Minister-

präsidenten und sonstigen politischen Machthaber, welche die Abkommen geschlossen haben, haben sich vor ihren heimischen Parlamenten der Verantwortung unterzogen und mußten bei ihrer Volksvertretung um Genehmigung des Beschlossenen nachsuchen. Das Bild, das diese Parlamentsverhandlungen ergeben haben, ist die beste und objektivste Grundlage zur Beurteilung von Spa, zur Erkenntnis all der Kräfte, welche heute die europäische Politik bestimmen. Die folgenden Ausführungen haben den Zweck, das europäische Fazit aus dem Ergebnis von Spa zu ziehen; sie wollen nicht nur ein geschichtlicher Versuch sein, sondern auch als Beitrag zu weltpolitischen Tagesfragen gewertet werden.

### 1. Reichstag und Reichswirtschaftsrat.

Lloyd George hat gemeint, die deutsche Delegation werde vor dem Volk einen schweren Stand haben. Nun, zu großen Kämpfen um die Hauptfragen von Spa ist es nicht gekommen. Die Tagesordnung, die die Verhandlungen unserer Delegation in Spa billigte, ist vom Reichstag gegen die Stimmen der extremen Rechts- und Linksopposition angenommen worden. Aber alle Parteien, einschließlich der Opposition, mußten direkt oder indirekt anerkennen, daß die Regierung nicht gut anders handeln und kaum ein anderes Ergebnis heimbringen konnte. Keine Partei hat weder im Auswärtigen Ausschuß noch im Reichstag den Standpunkt vertreten, daß es besser gewesen wäre, das Abkommen von Spa nicht zu unterschreiben und den Einmarsch der Entente zu riskieren. Dieses Ergebnis war außerordentlich wertvoll nach dem demagogischen Wahlkampf, der sich einige Wochen vorher abgespielt hatte; damals suchte eine Partei der andern die Schuld am Friedensvertrag und damit am gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Elend zuzuschieben, jede versprach ihren Wählern Besserung, wenn sie in der Außenpolitik mitzubestimmen haben werde. Die Tatsachen von Spa haben denen recht gegeben, die stets über jede Parteidemagogie hinweg der Auffassung waren: nur Anerkennung des Friedensvertrags als Tatsache und geschlossener Wille, ihn zu erfüllen, kann Deutschland überhaupt noch eine Zukunft sichern. Auch die liberale Volkspartei, die im Wahlkampf am meisten gegen die Außenpolitik der unfähigen Sozialdemokraten gewettert hatte, mußte jetzt die zwingende Logik der Tatsachen anerkennen. Vizekanzler Heinze sagte: „Die Situation war so kritisch, daß nur der sie richtig beurteilen konnte, der wirklich in Spa anwesend war. Wir mußten unter Umständen damit rechnen, wenn das Abkommen nicht zustande kam, daß der Einmarsch zur Tatsache würde und die deutsche Wirtschaft völlig zusammenbrach. Solange

wir irgend die Möglichkeit haben, den Einmarsch zu verhindern, ist es Pflicht einer verantwortungsvollen Regierung, das zu tun." Auch Ledebour billigte im Namen der Unabhängigen im Auswärtigen Ausschuß die Haltung der deutschen Regierung und fand scharfe Worte gegen die Einmarschdrohungen der Entente und die Fochsche Diplomatie. Diese Erkenntnis von den unerbittlichen politischen Zwangsnotwendigkeiten und das Bekenntnis zur Durchführung des Unterschriebenen ist für die Entwicklung der deutschen Außenpolitik ein gutes Ergebnis. Im übrigen aber kann man nicht sagen, daß die Debatten im Reichstag sonderlich auf der Höhe gestanden hätten; auch hier zeigte sich leider wieder, daß uns zu einer wirklich großzügigen und zielbewußten Außenpolitik aber auch so gut wie alles fehlt. Anstatt auf der Grundlage der Anerkenntnis des Friedensvertrages und des Abkommens von Spa eine neue bestimmte Außenpolitik mit zum Teil durch den Friedensvertrag selbst gegebenen oder geforderten Mitteln aufzubauen, hat man sich zum größten Teil in kleinlichen parteipolitischen Vorwürfen und Zänkereien ergangen. Vor allem aber war der Standpunkt der Regierung selbst nichts weniger als klar und eindeutig. Der Reichskanzler Fehrenbach beklagte sich darüber, daß wir nicht mit gleichen Rechten am Tisch saßen. „Sie wissen alle, daß wir mit einem geringen Maß von Erwartung nach Spa gegangen sind und daß wir es als einen schweren Gang angesehen haben. Wer da noch mit einem gewissen Optimismus in die Verhandlungen eingetreten ist, wurde bald belehrt, daß es kein Verhandeln zwischen Gleichen war. Es hat sich ja im Verlaufe der Tagesordnung die Verhandlungsart etwas gebessert, aber es blieb doch immer der Eindruck bestehen, daß man nicht mit gleichen Rechten am Tisch saß." Dr. Simons scheint die Erkenntnis völlig neu aufgegangen zu sein, daß die Entente es mit dem Friedensvertrag ernst meint (welcher ernstdenkende Politiker konnte daran auch nur eine Minute zweifeln!). Spa sei nur die notwendige Konsequenz von Versailles. Dort hätte man eben nicht unterzeichnen sollen (als ob dort nicht noch schwerere Zwangsnotwendigkeiten bestimmend gewesen wären als in Spa!). Nur an einer Stelle verriet Dr. Simons einen außenpolitischen Lichtblick, wenn er sagte: „Wenn man in diesem Geiste an den Vertrag von Versailles herangeht, wird man erkennen müssen, daß hier ein gewaltiges Werk vorliegt. Es ist wichtig, daß die Botschafter Frankreichs und Englands bei der Überreichung ihres Beglaubigungsschreibens den Vertrag für die Basis ihrer künftigen Arbeit erklärt haben; denn er enthält Grundsätze, die

richtig angewandt, ein neues solidarisches Europa schaffen können." Und in diesem Zusammenhange wandte er sich gegen die reaktionär-chauvinistische Franzosenhetze (Berliner Flaggenfrage!), die bei uns immer noch betrieben wird, aber schon am nächsten Tag trat er wieder den Rückzug an, bedauerte er, daß er nur (!) als Außenminister gesprochen habe.

Auch Vizekanzler Heinze tat einmal einen Ausspruch, der zeigte, daß man das Ergebnis von Spa nicht nur pessimistisch zu werten brauche, als er nämlich den Deutschnationalen gegenüber darauf abhob, daß die Bedingungen von Spa gewisse Erleichterungen gegenüber dem Friedensvertrag bedeuten. Um diesen Punkt als Angelpunkt hätte sich die ganze Debatte im Reichstag drehen müssen, aber nur gelegentlich ist der Gedanke aufgetaucht, in der eigentlichen Parteidebatte fehlte völlig die große einheitliche außenpolitische Linie. Die Deutschnationalen (Hötzsch und Hergt) bedauerten, keine Machtpolitik mehr treiben zu können, nach ihnen ist in Spa die nationale Würde nicht genügend gewahrt worden. Klara Zetkin blieb in der reinen Theorie hängen, sie lehnte Versailles und Spa ab, weil es Verständigungsversuche kapitalistischer Regierungen seien; sie erwartet alles von der proletarischen Weltrevolution. Auch Breitscheid (U. S. P.) näherte sich stark diesem Standpunkt, auch er erwartete nichts von Spa. Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten erkannten die Schwierigkeit der Situation voll an, daß erreicht worden sei, was überhaupt zu erreichen war; aber auch sie arbeiteten den eigentlichen Fortschritt gegenüber Versailles nicht heraus, geschweige denn machten sie ihn zur Grundlage unserer außenpolitischen Orientierung.

Im Reichswirtschaftsrat, der sich mit der wirtschaftlichen Bedeutung des Abkommens von Spa zu beschäftigen hatte, wurde mehr als im Reichstag der Fortschritt gegenüber dem Friedensvertrag von Versailles betont. Vor allem war es der Reichswirtschaftsminister Scholz, der nach eingehender Darlegung des Verhandlungsganges in einer Beurteilung der Gesamtlage die Verbesserungen hervorhob. „Die Ziffer von 3,3 Millionen Tonnen ist auf 2 Millionen Tonnen monatlich herabgesetzt. Ferner sind nicht unwesentliche Zugeständnisse geldlicher Natur mit Rücksicht nicht nur auf die Ernährung der Bergarbeiterschaft, sondern auch der ganzen deutschen Bevölkerung gemacht worden." Neben ihm erkannte besonders der Reichsernährungsminister Hermes des Verständnis der Entente und die Bedeutung der Goldmarkzuschläge und Vorschüsse für die Ernährungsfrage an. Alles zusammen rechtfertigt die Behauptung des Ministers Scholz, daß Spa „eine gewisse Etappe

auf dem Wege zur Besserung der Beziehungen zwischen Deutschland und den Alliierten bedeute." Leider sind in den Verhandlungen des Reichstags solche Töne nicht angeschlagen worden.

Auch noch im Reichswirtschaftsrat vertrat Hugo Stinnes den Standpunkt, daß wir das Abkommen nicht hätten unterzeichnen dürfen. Ihm gegenüber brachte Walter Rathenau äußerst beachtenswerte außenpolitische Gesichtspunkte vor. Die Alternative lautete nach Rathenau nicht Lieferung oder Okkupation, sondern: entweder „Lieferung ohne oder Lieferung mit Okkupation". Aber eine Okkupation hätte ganz ungeheure Folgen gehabt: nicht nur hätte Frankreich beliebig viel Kohle an sich ziehen können, es hätte auch über den nicht beanspruchten Rest nach eigenen Gesichtspunkten entscheiden können, es hätte uns etwa den Rest zu Weltmarktspreisen anbieten können. Damit hätten wir Frankreich die wirtschaftliche Hegemonie auf dem Kontinent in die Hände gespielt, was doch niemals die Absicht deutscher Außenpolitik sein kann. Auch diese Rede Rathenaus hätte im Reichstag gehalten werden müssen, sie hätte deutlicher als Alles dort Vorgebrachte die Richtigkeit der Haltung der deutschen Delegation bewiesen.

## 2. Spa vor dem französischen Parlament

Wie richtig es war, trotz der nach wie vor ungeheuer schwierigen politischen und wirtschaftlichen Lage Deutschlands, bei dem Abkommen von Spa so stark wie möglich das Positive, den Fortschritt gegenüber Versailles zu betonen, bewiesen die Verhandlungen in der französischen Kammer. Lloyd George hat die eigenartig schwierige Lage Millerands richtig eingeschätzt, als er auf der Konferenz von Spa Dr. Simons auf die Frage, warum er an den letzten Vorschlägen bezüglich der Kohlenmenge so starr festhalte, antwortete: Das ist das Mindeste, was Millerand mit nach Hause bringen muß. Bringt er das nicht mit, dann wird er gestürzt, dann kommt ein bedeutend reaktionärerer an seine Stelle, mit dem eine Verständigung noch viel schwerer sein wird. Es war für jeden, der die Verhältnisse einigermaßen kannte, klar, daß Millerand wegen jedes an Deutschland gemachten Zugeständnisses heftig würde angegriffen werden. Und so kam es denn auch. Die schärfsten und einheitlich geschlossendsten Angriffe kamen in der französischen Kammer von der nationalen Rechten, von jenen Männern und Mitgliedern des Kabinetts Clemenceaus, welche die finanziellen und weltwirtschaftlichen Bestimmungen des Friedensvertrags mit formuliert hatten und die kein Jota von diesen Versailler Bestimmungen abzugehen bereit sind. „Verrat des Friedensvertrags, Verrat an Clemenceau und an

der Größe Frankreichs", das waren die Vorwürfe, die innerhalb und außerhalb der Kammer von dieser Seite gegen den Ministerpräsidenten erhoben wurden. Tardieu suchte den Beweis zu erbringen, daß Millerand in Spa eine Revision des Friedensvertrags eingeleitet habe, die für Frankreich die bedenklichsten Folgen nach sich ziehen könne. Das neue Abkommen von Spa bedeute für Frankreich eine ungeheure Mehrbelastung gegenüber dem in Versailles Errungenen; statt 3½ Millionen Tonnen Kohle erhalte Frankreich nur 2 Millionen pro Monat, anstatt sie zum deutschen Inlandspreis zu beziehen, müsse es jetzt 22 Millionen Franks als Goldmarkprämie zahlen und 200 Millionen für Vorschüsse zum Bezuge von Lebensmitteln und Rohstoffen. Da Frankreich prozentual den größten Kohlenanteil beziehe, bedeuten für es die Bedingungen, an welche in Spa diese Lieferungen geknüpft sind, eine ungeheure Belastung. Auch Loucheur, der frühere und heutige Wiederaufbauminister, griff den finanziellen Teil des Abkommens von Spa auf das schärfste an. Diese Last sei für Frankreich gerade jetzt umso schlimmer, da es in ungeheuren Finanznöten sich befinde, den zerstörten Gebieten im Norden selbst die dringendsten Vorschüsse nicht gewähren könne und nicht wisse, wie es die dringendsten Auslandskäufe finanzieren solle. Wiederholt wurde auch in der Debatte kritisiert, daß der englische und nicht der französische Kohlenpreis als Richtpreis festgelegt worden sei; insbesondere war es der sozialistische Abgeordnete Leon Blum, der damit Millerand angriff: er habe in der Kohlenfrage England ein Geschenk gemacht, nicht um Deutschland zu helfen, sondern um Englands Zustimmung zum Einmarsch ins Ruhrgebiet zu erhalten. Aber Millerand bestritt, daß dieser Einmarschgedanke seine große Idee sei; er sagte wörtlich: „Wenn irgend jemand sehnlichst wünscht, daß dieser Einmarsch nie statthabe, dann bin ich es."

Aber nicht nur die in der Hauptsache national-reaktionär zusammengesetzte Kammer, sondern auch der mehr linksrepublikanische Senat übte scharfe Kritik an dem, was Millerand von Spa mit nach Haus gebracht hatte. Auch im Senat wurde immer wieder von allen Seiten betont, daß Frankreich mit den Verpflichtungen, die es jetzt in Spa hat eingehen müssen, an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit angelangt sei. Der frühere radikale Ministerpräsident Doumergue wandte sich sehr heftig gegen die anderen Alliierten (die Spitze gegen England war aus seinen Worten deutlich herauszuhören), die daran schuld seien, daß Frankreich jetzt seine Kohlenmengen mit so großen finanziellen Lasten habe erkaufen müssen. Er führte u. a. aus: „Seit wir gesiegt haben, kommen uns die Enttäuschungen von einer Seite, wo wir zum mindesten ein Gefühl der Gerechtigkeit erwarteten. Unsere Gedanken schweifen in die Zeiten des Kriegsbeginns

zurück, da unsere Armeen nicht nur Frankreich gerettet haben! Diejenigen, welche diesmal noch für das Abkommen stimmen, tun dies in einer letzten Hoffnung, daß unsere Alliierten doch noch das richtige Verhältnis zu uns wiederfinden!" Ebenso sprachen Ribot, Chenebenoit im Namen der verwüsteten Gebiete und alle die Anderen. Und wie in der Kammer, so war auch die Stimmung draußen im ganzen Lande, in der gesamten Presse. Der Wortführer der schärfsten aber auch demagogischsten Pressehetze war der frühere Präsident Poincaré, der nicht genug immer wieder Millerands Verrat am Versailler Vertrag nachweisen und gegen die Vergünstigungen, die man Deutschland hat zu teil werden lassen, Front machen konnte. Die allgemeine Stimmung charakterisierte der Pariser Korrespondent der „Neuen Züricher Zeitung" in folgenden Sätzen: „Die Erkenntnis, daß sich die Allianz (mit den anderen Ententestaaten) nur mit zunehmenden Opfern Frankreichs aufrechterhalten läßt, während dieses geglaubt hatte, seinen Leistungen im Krieg entsprechend nunmehr den Dank Englands zu empfangen, ist eine Frucht der Konferenzen von San Remo, Hythe und Spa. Die andere für den Sieger nicht weniger bittere Enttäuschung ist die, daß der Vertrag von Versailles nicht das undiskutierte Friedensinstrument darstellt, wie frühere Friedensverträge von dieser historischen Bedeutung, sondern ein Jahr nach der Unterschrift bereits in die Ära der Revisionen eingetreten ist." Briand, der schließlich den Anstoß zum Vertrauensvotum für Millerand gab, faßte das Spaprogramm so: „Die Schwierigkeit der heutigen Lage besteht darin, daß die politischen Interessen der Alliierten parallel laufen, während die materiellen sich bereits im Gegensatz befinden."

Was hatte nun Millerand aller dieser Kritik entgegenzustellen, womit er schließlich das Vertrauen der Kammer erwerben konnte? Es ist klar, auch er konnte mit dem Ergebnis von Spa nicht zufrieden sein; rein im nationalen französischen Interesse mußte er die restlose und bedingungslose Durchführung der Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages wünschen und zwar ohne jede Milderung und Abweichung. Einmal konnte er darauf verweisen, daß er in der polnischen, tschechoslowakischen und besonders der syrischen Frage die Interessen Frankreichs voll und ganz gewahrt habe. Sodann betonte er, daß doch für Frankreich die Hauptsache war, für den nächsten Winter ein bestimmtes relativ hohes Quantum von Kohlenlieferungen von Deutschland sichergestellt zu bekommen. Das habe er erreicht. Dabei habe es gar keinen Sinn, auf die Mengen des Friedensvertrages hinzuweisen, denn diese seien bis zur Konferenz von Spa doch nicht auch nur annähernd ge-

liefert worden und die Wiedergutmachungskommission habe ja die Mengen längst herabgesetzt. Außerdem seien jetzt bestimmte über den Versailler Vertrag hinausgehende Strafbestimmungen im Falle der Nichtlieferung in das Protokoll aufgenommen worden. Aber allerdings habe Frankreich zu gleicher Zeit seinerseits sich an gewisse Bedingungen binden müssen (Goldmarkprämien, Vorschüsse). Aber „hier befand sich die französische Regierung einer unerschütterlichen Entschlossenheit einiger unserer Verbündeter gegenüber bezüglich der Lebensmittelversorgung Deutschlands". Lehne die Kammer diese Gegenbedingungen ab, so entfalle einmal für Deutschland die Verpflichtung für diese bestimmten Kohlenlieferungen, zugleich aber sei damit die Einigkeit der Entente aufs äußerste gefährdet. Und doch „nie zuvor war die Solidarität unter den Alliierten so unerläßlich notwendig, wie heute"; indem er dies sagte, verwies er auf die gefahrdrohende Lage im Osten, insbesondere die Polenpolitik der Bolschewiki. Diese letzten Gedanken Millerands sind es denn auch gewesen, die schließlich zum Sieg seiner Auffassung der Dinge geführt haben. Trotzdem die Finanzkommission der Kammer die Abmachungen von Spa abgelehnt hatte, weil sie die Übernahme der finanziellen Lasten auf Frankreich nicht mehr glaubte verantworten zu können, nahm der Auswärtige Ausschuß das Abkommen allerdings nach sehr heftigen und lebhaften Debatten an; und so sprach schließlich auch die Mehrheit des Kammerplenums Millerand das Vertrauen aus. Millerand blieb aber bei seinen Verteidigungsreden nicht dabei stehen, nur den sachlichen Inhalt des Spaabkommens darzulegen und um Genehmigung der Kohlenvorschüsse zu bitten, sondern er entwarf wieder aufs neue den Grundriß seiner Außenpolitik bezüglich Deutschlands. Immer wieder kam er auf seinen seit langem bekannten Grundsatz zurück: Wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland! Einige wichtige diesbezügliche Stellen seien nach dem stenographischen Bericht des „Journal Officiel" wiedergegeben. Der Ausgangspunkt ist immer wieder die Anerkennung des Friedensvertrags und der aus ihm sich ergebenden französischen Rechte und Ansprüche durch Deutschland; außerdem muß Deutschland ein für allemal auf jede militaristische Kriegspolitik verzichten. „Die Vorbedingung dafür, daß zwischen Deutschland und uns von wirtschaftlichem Zusammenarbeiten überhaupt die Rede sein kann, besteht in dem Beweis von deutscher Seite, daß Deutschland tatsächlich gewillt ist, auf jede kriegerische Absicht zu verzichten." Deshalb auch das Entwaffnungsabkommen von Spa. Unter diesen grundlegenden Voraussetzungen will Frankreich sich durchaus nicht in die innerpolitischen Verhält-

nisse Deutschlands einmischen, will es sogar mit Deutschland wirtschaftlich zusammenarbeiten. „Wenn ich für den schwierigen Berliner Posten Herrn Charles Laurent wählte, legte ich Wert darauf, den Charakter der Politik, die wir Deutschland gegenüber zu befolgen gedenken, hervortreten zu lassen. Ich bin sicher, daß ein Frieden, der diesen Namen verdient, zwischen den beiden Ländern am sichersten wiederhergestellt wird, wenn man dahin strebt, die Interessen der beiden Nationen miteinander zu verknüpfen."

### 3. Spa vor dem englischen Parlament

Schweren Herzens kehrte Millerand von Spa nach Paris zurück; er wußte, daß für alle Franzosen das Abkommen von Spa mit den Gegenbedingungen, die es auch Frankreich auferlegt, eine bittere Entäuschung sein werde, insbesondere für diejenigen, welche nach wie vor an der bedingungslosen und buchstäblichen Durchführung des Versailler Friedensvertrages festhielten; er wußte, daß er heftig angegriffen und mit leidenschaftlicher Schärfe kritisiert werden würde. Und wie wir gesehen haben, konnte er die Annahme des Spa-Abkommens und die Bewilligung der 1200 Millionen Franken Kohlenvorschüsse in letzter Linie nur durch den ernstesten Hinweis auf die gerade jetzt so notwendige Solidarität der Entente und in materieller Hinsicht durch den Hinweis auf die für Frankreich günstigen Zahlungsbedingungen der Vorschüsse durchsetzen. Ganz anders Lloyd George: Er hatte nichts zu befürchten, wenn Deutschlands Lage in Spa etwas erleichtert wurde, im Gegenteil, er wußte, daß er aus den verschiedensten Partei- und Volkskreisen uneingeschränkte Zustimmung bekommen werde; denn sowohl in Arbeiterkreisen als auch in liberalen Bürgerkreisen hatten führende Stimmen längst auf die Undurchführbarkeit des Versailler Diktatfriedens hingewiesen und immer lauter ertönte gerade von England her (Keynes, Curzon, Cecil) der Ruf nach einer vernünftigen Revision des Friedensvertrages. Natürlich hat auch jetzt wieder Lloyd George betont, daß Spa keine Revision des Friedensvertrags bedeute; aber dieses Wort ward nur zur Beruhigung des aufgeregten Frankreich gesagt. Der Premierminister selbst hat schon in San Remo, als er die Konferenz von Spa in Vorschlag brachte, eine Methode der bewußten Abkehr von Versailles eingeschlagen und so ist das Ergebnis von Spa auch von den englischen Politikern bewertet worden. Wenn auch da und dort in der englischen Northcliffepresse, besonders in der „Times" und „Evening News" zum Teil scharfe Kritik gegen Lloyd George laut wurde, im Unterhaus selbst hat sich niemand

gegen das Ergebnis von Spa gewendet; Lloyd George konnte sich dafür bedanken, daß seine Rede mit so wenig Kritik aufgenommen worden ist.

Mit großer Spannung hatte man die Rede Lloyd Georges im Unterhaus erwartet; besonders in Frankreich, wo man, wie wir gesehen haben, nicht nur im allegemeinen mit dem Abkommen von Spa unzufrieden war, sondern direkt England anklagen zu müssen glaubte; aber Lloyd George verstand es klug und taktvoll über diese Differenzen hinwegzugleiten; lediglich berührt wurden sie, als er davon sprach, wic schwer es gewesen war, den prozentualen Anteil der einzelnen Ententemächte an der deutschen Wiedergutmachungssumme festzusetzen. Im ersten Teil beschäftigte sich Lloyd George mit den größeren weltpolitischen Sorgen der englischen Politik u. a. mit den Aufgaben der griechischen Truppen in Kleinasien, mit der Unabhängigkeit Polens, die England unter allen Umständen aufrechterhalten wissen will, und mit der Stellung zu Sowjetrußland. Erst nachdem diese Angelegenheit ausgiebig besprochen waren, beschäftigte er sich mit den Verhandlungen in Spa, die ja für die englische Weltpolitik nur ein ganz begrenzter Teil ihrer Interessen darstellen. Dabei hob Lloyd George vor allem darauf ab, daß in Spa eine andere, neue Atmosphäre gegenüber Versailles gewaltet habe. „Die Konferenz gab den Deutschen die Möglichkeit, mit den Alliierten in einer ruhigeren Atmosphäre und auf beiden Seiten etwas zugänglicheren Stimmung zusammenzukommen". Darin liegt implizite eine Verurteilung der Atmosphäre von Versailles, die nicht imstande war, ein friedliches erträgliches Verhältnis zwischen den Vertragschließenden zu schaffen. Gegen Schluß seiner Ausführungen kam Lloyd George nochmals auf diesen ihm anscheinend sehr wichtigen Gedankengang zurück und meinte gegenüber gewissen spöttischen Interpretationen, die Spa da und dort gefunden hatte: „Hätte die Konferenz von Spa vor 1914 stattgefunden, so hätte es überhaupt keinen Krieg gegeben." Der Name Deutschlands ist bei diesem Satz nicht gefallen, aber man darf wohl bestimmt annehmen, daß der verantwortliche Leiter der englischen Politik, der ihn ausgesprochen, dabei an Deutschland gedacht hat und an jene verantwortungsvollen kritischen Tage des Juli 1914 kurz vor Ausbruch des Weltkrieges, als Lord Grey angesichts des drohenden Unglücks eine Großmächtekonferenz vorschlug, auf der die österreichisch-serbischen Gegensätze schiedlich-friedlich beigelegt werden sollten, was leider an den Widerständen besonders in Berlin und Wien gescheitert ist. Gerade bei den Mittelmächten standen ja damals nicht die Ideen von Völkerrecht, Schiedsgerichtskonferenzen und Gleichberechtigung der Staaten im Vordergrund der Politik, sondern einzig die Machtpolitik mit militärisch-kriege-

rischen Lösungen. So bedeutet dieser Satz Lloyd Georges ein vernichtendes Urteil über diese Politik, die zum Krieg mit all seinen Folgen geführt hat.

Für das demokratische Deutschland und seine Politik fand der englische Premier wohlwollende und entgegenkommende Worte; von den verantwortlichen Leitern der deutschen Politik, Reichskanzler und Reichsminister des Äußern, hatte er den besten Eindruck gewonnen; er anerkannte vor der ganzen Welt ihren ehrlichen Willen, den Friedensvertrag zu erfüllen und wieder in ein erträgliches Verhältnis mit seinen Gegnern zu kommen. Diese Anerkennung war für Deutschland besonders wertvoll, weil sie insbesondere gegen die chauvinistische französische und belgische Hetze gerichtet war, die mit allen Mitteln die deutsche Regierung und ihre Absichten zu verdächtigen suchte. „Ich habe den Eindruck, daß der deutsche Reichskanzler und Dr. Simons zwei vollkommen ehrenhafte und aufrichtige Männer sind, die ihr Bestes tun werden, um den Friedensvertrag auszuführen". So sprach Lloyd George wörtlich. Natürlich war es auch für ihn nicht leicht, die Verpflichtungen, die auch für England aus dem Abkommen von Spa erwachsen, von dem Parlament bewilligt zu bekommen. Nach den unter den Alliierten getroffenen Vereinbarungen hat sich England mit 24 Prozent an den Vorschüssen zu beteiligen; entsprechend diesem Anteil wurden 5 Millionen Pfund Sterling von der Kammer angefordert. Aber Lloyd George wußte hier die Sache am richtigen Ende anzupacken, den Engländer als das zu nehmen, was er immer, auch in der Politik, in erster Linie ist, als Geschäftsmann. Er wies auf den gewaltigen Erlös hin, der dem englischen Staatsschatz aus den bereits abgelieferten deutschen Schiffen erwächst, dessen Betrag um ein Vielfaches die Vorschußzahlungen an Deutschland übersteige. Die Frachten bilden für England eine dauernde Mehreinnahme, während die Vorschüsse nur eine vorübergehende Ausgabe darstellen, die zudem mit 6 Prozent verzinst wird. Unter dem Eindruck dieses rentablen Geschäftes wurden denn auch die Kohlenvorschüsse ohne Debatte genehmigt. Der liberale Abgeordnete Hogge und der Unionist Cecil, die wiederum energisch die Forderung der Revision des Versailler Vertrages vertraten und für die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund plädierten, unterstützten Lloyd George und stellten mit Genugtuung fest, daß ein Wechsel in der englischen Politik in der Richtung zur Revision eingetreten sei. Auch der Arbeiterführer Clynes schloß sich ihnen an. Immer wieder wurde betont, daß man Deutschland nicht vernichten und zugleich Zahlungen von ihm erwarten könne. Aber diese rein geschäftlichen und finanzpolitischen Gründe waren nicht die einzigen, die zugunsten des Abkommens von Spa angeführt wurden. Auch von der demokratischen

Gerechtigkeit wurde gesprochen, von Gründen der Humanität, die es England verbieten, zuzusehen, wie Deutschland langsam zugrunde gehe und von der großen politischen und kulturellen Gefahr, die ein Zusammenbruch Deutschlands für den Frieden und die Kultur Europas bedeute. „Seit langem hat das Unterhaus keine so einheitlich geschlossene Front mehr gezeigt" schrieb der Berichterstatter der „Neuen Züricher Zeitung" am 22. Juli aus London.

Im Anhang soll noch kurz über die Stellung Italiens zu Spa gesprochen werden. Über die diesbezüglichen Verhandlungen des Parlaments ist recht wenig zu sagen; man hat darüber auch in den großen Tageszeitungen recht wenig gelesen und das Wenige war dazu noch außerordentlich dürftig. Sforza, der gräfliche Minister des Äußern, hatte die Berichterstattung übernommen, nachdem er auch Italien in Spa vertreten und die Verhandlungen mit Frankreich und England geführt hat. Das Urteil der gesamten italienischen Presse lautete „eine bescheidene Rede" und der Berichterstatter der „Voss. Ztg." schrieb: „Die Ausführungen Sforzas waren bis auf den etwas allgemeiner gehaltenen Schluß über die europäische Bedeutung von Spa nicht mehr als ein kühler kaufmännischer Bericht über das, was Italien bei der Abrechnung mit den Verbündeten sich noch im letzten Augenblick gutschreiben konnte". Man weiß ja aus den Telegrammen jener Tage, welch großen Raum bei den Verhandlungen in Spa und kurz zuvor die Verhandlungen über die prozentuale Verteilung der Entschädigung unter die Ententemächte einnahmen. Und da kam es Italien angesichts seiner ganzen ökonomischen und finanziellen Lage darauf an, etwas Bestimmtes, was ihm von Vorteil sein konnte, zu erhaschen. Sforza betonte, wie schwer es für ihn war, die 10 Prozent von der deutschen und die 25 Prozent von den österreichisch-ungarischen und bulgarischen Entschädigungen zu erhalten. „Jeder Vorteil, den sich Italien zu sichern suchte, begrub irgend eine Hoffnung der Verbündeten!" Jedes Prozent mehr, das Italien bekam, ging natürlich auf Kosten Frankreichs. Unter Berücksichtigung aller dieser Schwierigkeiten konnte Italien mit dem Erreichten zufrieden sein, zumal es ja erst zwei Jahre später in den Krieg an der Seite der Entente eingetreten war und nicht entfernt die Opfer Frankreichs gebracht hatte. Am Schluß seiner Darlegungen mochte Sforza europapolitische Ausführungen, die in der freudig begrüßten Feststellung gipfelten, daß „Italien seine Rechnungen mit den gewesenen Feinden längst ausgeglichen haben wird, wenn die anderen verbündet gewesenen Mächte, um sich bezahlt zu machen, noch fortfahren müssen, an den Quellen der deutschen Kraft zu saugen. Zwischen Italien, Deutsch-

land und Österreich wird alles bald im Reinen sein, während die anderen Mächte noch lange das Odium der Schuldeintreibung auf sich nehmen müssen." Mit diesen Worten trat Sforza in die Spuren von Giolitti und Nitti, die beide in ihren außerpolitischen Programmen als ihr Hauptziel die Schaffung eines erträglichen, ja freundschaftlichen Verhältnisses mit den Mittelmächten und des baldigen Friedens in Europa proklamiert hatten.

### 4. Zusammenfassung und Wertung

„Der Friedensvertrag enthält keine Bestimmungen zur wirtschaftlichen Wiederherstellung Europas, nichts, um die geschlagenen Mittelmächte wieder zu guten Nachbarn zu machen, nichts, um die neuen Staaten Europas zu festigen, nichts, um Rußland zu retten. Auch fördert er in keiner Weise die wirtschaftliche Interessengemeinschaft unter den Verbündeten selbst. Über die Ordnung der zerrütteten Finanzen Frankreichs und Italiens oder den Ausgleich zwischen den Systemen des alten und der neuen Welt konnte man sich in Paris nicht verständigen. Der Rat der Vier schenkte diesen Fragen keine Aufmerksamkeit, da er mit anderem beschäftigt war — Clemenceau das Wirtschaftsleben seiner Feinde zu vernichten, Lloyd George, ein Geschäft zu machen und etwas nach Hause zu bringen, was wenigstens eine Woche lang sich sehen lassen konnte, der Präsident (Wilson), nur das Gerechte und Rechte zu tun. Es ist eine bemerkenswerte Tatsache, daß das wirtschaftliche Grundproblem eines vor ihren Augen verhungernden und verfallenden Europa die einzige Frage war, für die es nicht möglich war, die Teilnahme der Vier zu erwecken. Wiedergutmachung war ihr Hauptinteresse auf wirtschaftlichem Gebiet, und sie behandelten sie als eine Frage der Theologie, der Politik, der Welttaktik, kurz von jedem anderen Gesichtspunkt als dem der wirtschaftlichen Zukunft der Staaten, deren Schicksal in ihrer Hand lag."

So urteilt der bedeutende englische Finanzpolitiker Keynes in seinem Buch „Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages" über den Versailler Vertrag, an dessen Ausarbeitung er eine zeitlang als Mitglied der englischen Delegation selbst teilgenommen hatte. Jeder Satz dieses richtigen, klaren und mannhaften Urteils wird durch die Konferenz von Spa und die Verhandlungen der Parlamente über ihr Ergebnis bekräftigt und bewiesen. Und darum ist es auch historisch-politisch

so außerordentlich lehrreich, Spa unter europäischem Aspekt zu betrachten, seine Ergebnisse in der Beurteilung der einzelnen Vertragsstaaten zu sehen, weil Spa der erste typische Lehrfall für den ganzen Friedensvertrag von Versailles ist.

So wenig wie in Versailles, ebensowenig ist in Spa ein erträgliches, fruchtbares Verhältnis zwischen den Vertragsgegnern geschaffen worden; ebensowenig hat man auch nur den Versuch gemacht, das geschlagene Deutschland zum guten Nachbarn zu machen. Die entscheidenden Beschlüsse und Abmachungen waren nicht durch Verhandlungen, Tatsachen und Vernunftgründe bestimmt, sondern durch die militärische Drohung mit der Besetzung des Ruhrgebiets. Daher auch der durchaus pessimistische Eindruck der in der Beurteilung unseres Reichstags und Reichswirtschaftsrats vorherrschte. Wenn auch die wirklich vorhandenen Fortschritte und Vorteile von Spa zu gering bewertet worden sind — die Parlamentsverhandlungen von Paris und London rechtfertigen dieses Urteil —, so war eben bei allen Beurteilern der Eindruck maßgebend, daß bei der Entente immer noch die Gewaltatmosphäre von Versailles vorherrschte und daß das Kohlenabkommen auch in seiner neuen erleichterten Form Deutschland eine Last auferlege, die zum Zusammenbruch seiner Industrie, seiner Sozialpolitik und damit das Staates führen müssen. Aber ebensowenig ist in Spa die wirtschaftliche Interessengemeinschaft unter den Alliierten gefördert worden. Wir haben gesehen, wie schwierig die Verhandlungen über die prozentuale Beteiligung an der deutschen Entschädigung unter den Alliierten waren, welch heftige Angriffe in der französischen Kammer gegen England gemacht worden sind, weil es die Interessen Frankreichs nicht gebührend unterstützt habe. Und die französische Politik in der Zeit seit der Konferenz von Spa, das Militärabkommen mit Belgien, der Versuch Italien in diesen neuen Bund mit hineinzuziehen, insbesondere aber die Sabotage der Konferenz von Genf sind mehr als alles andere sprechende Beweise dafür, daß Frankreich versucht, Politik auf eigene Faust zu machen, da es sich je länger umso mehr durch England in der rücksichtslosen Verfolgung seiner Ziele gehemmt sieht.

Diese französisch-englische Gegensätzlichkeit ist der Angelpunkt, um den sich die heutige Geschichte Europas dreht, von dem aus allein die Triebkräfte, die seine Geschichte bestimmen, die Entwicklung des Versailler Vertrages und damit das Schicksal Deutschlands verstanden werden kann. Die englisch-französische Zweckallianz während des Weltkrieges und bei der Schaffung des Friedensvertrages von Versailles darf uns nicht über die großen politischen und wirtschaftlichen Ge-

gensätze dieser beiden Mächte, insbesondere in bezug auf Deutschland, hinwegtäuschen. Warum hat sich denn England im August 1914 dem französisch-russischen Zweibund angeschlossen? Einmal um den Imperialismus der Mittelmächte niederzukämpfen, um einen für es gefährlichen Sieg derselben unmöglich zu machen. Zugleich aber auch um ein Zu-Mächtigwerden von Frankreich und Rußland zu unterbinden. Das ist ja die politische Tendenz, die England konsequent seit Jahrhunderten in Europa verfolgt: Das Gleichgewicht der Mächte zu erhalten, eine Tendenz, die praktisch stets auf ein Gegeneinander-Ausspielen der Mächte hinauskommt. Diese Politik verfolgt England auch heute wieder. Nachdem es die Mittelmächte, insbesondere seinen gefährlichen Konkurrenten Deutschland, besiegt und als eigentlicher Sieger im Besitz unserer Kolonien, unserer Handelsflotte und eines größeren Ostreiches, aus dem Weltkrieg hervorgegangen ist, hat es gar kein Interesse daran, daß Frankreich in Europa übermächtig wird, und darum rückt es immer merklicher von der französischen Politik ab. Dazu kommt, daß die alten liberalkapitalistischen und pazifistischen Tendenzen in England wieder umso stärker werden, je weniger die besonderen Notwendigkeiten der Kriegsführung eine andere Einstellung notwendig machen. Von England her sind die ersten Vernunftstimmen zugunsten Deutschlands gekommen, von dort die ersten Rufe nach Revision des Friedensvertrages. Kein geringerer als der englische Außenminister Lord Curzon hat im Februar dieses Jahres im englischen Oberhaus folgende Worte gesprochen: „Die Autoren des Friedensvertrages haben ihr Bestes geleistet. Die Zeit wird beweisen, ob sie Recht oder Unrecht gehabt haben und ich erwarte, daß sehr viel mit der Zeit zu ändern sein wird." Der Engländer Keynes hat das oben zitierte gewaltige Buch gegen den Friedensvertrag geschrieben, ein Buch, das wir uns von einem Franzosen heute gar nicht geschrieben denken können. Von London aus erging im März des vorigen Jahres das großzügige Wirtschaftsmanifest des Obersten Rates, das von wirtschaftlicher Zusammenarbeit und organisierter Hilfsbereitschaft sprach.

Aber je mehr England wieder in die Bahnen seiner traditionellen Politik einlenkte, je mehr andere weltpolitische Sorgen es erfüllten, um so mehr entglitt ihm die Führung, die immer mehr auf die äußerst aktive französische Politik überging. Und die Tendenzen dieser Politik sind natürlich ganz andere. Dadurch, daß durch das Ergebnis des Weltkriegs Deutschland und Rußland aus dem kontinentalen Kräftespiel für einige Zeit ausgeschaltet worden sind, ist Frankreich zur Vormacht auf dem Kontinent geworden, zusammen mit den von ihm geschaffenen Vasallen-

staaten Polen, Tschechoslowakei usw. Diese zunächst rein militärischpolitische Vormachtstellung sucht es von Tag zu Tag mehr auszubauen; hierher gehören seine Rheinland- und Saarpolitik, seine Politik in Bayern, die auf die Zertrümmerung der Reichseinheit hinausläuft, und seine Polenpolitik. Hierher gehört auch seine Wirtschaftspolitik gegen Deutschland. Nicht nur handelt es sich um den Ersatz der ausgefallenen Kohlenproduktion und der übrigen Schäden in Nordfrankreich, sondern um die Zertrümmerung der deutschen Wirtschaftsmacht, um die wirtschaftliche Vormachtstellung Frankreichs auf Kosten Deutschlands. Bereits durch den Anfall der Erz- und Kaligebiete in Elsaß-Lothringen hat es seine Wirtschaftsmacht auf unsere Kosten ungeheuer gestärkt, ebenso durch die 15jährige Ausbeutung des Saargebietes. „*Sollte im Laufe der Entwicklung der Anschluß* (gemeint ist in erster Linie der wirtschaftliche Anschluß) *des Ruhrreviers und der Rheinlande an Frankreich zustande kommen, so würde die französische Republik an wirtschaftlicher Stärke alle anderen Staaten auf dem Kontinent schlagen und mit seinen Kolonien und vermehrten Interessensphären einer der ersten Faktoren der Welt werden*" („Neue Zür. Zeitung" Nr. 1215 vom Donnerstag, 22. Juli, 1. Morgenblatt).

So hat uns die Betrachtung von Spa gezwungen, die ganzen europapolitischen Grundfragen der Gegenwart auszurollen. *Welchen Weg hat nun inmitten aller dieser Tendenzen und Triebkräfte die deutsche Politik einzuschlagen?* Die erste Antwort muß sein: *keinesfalls den Weg militaristischer Machtpolitik in irgend einer Richtung.* Das sollte heute eigentlich selbstverständlich sein, kann aber nicht laut und deutlich genug immer wieder betont werden. Noch spielt man auch bei uns in gewissen Kreisen mit chauvinistischen, machtpolitischen Gedankengängen; noch glaubt man dort, in geheimer Kabinettspolitik mit Konsuln und Gesandten die politischen Aufgaben bewältigen und womöglich die Gegner gegeneinander ausspielen zu können. Ganz abgesehen von allen anderen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Erwägungen ist diese Politik schon dadurch von vornherein zum Scheitern verurteilt, daß die Entente sie nicht zulassen wird; so verschiedene Interessen sie sonst verfolgen mögen, darin werden sich England und Frankreich noch auf lange Zeit hinaus einig sein, daß Deutschland nie wieder eine militärische Gefahr für sie werden darf; darüber hat uns doch wohl die Entwaffnungsfrage in Spa belehrt, *hier liegt das einzige wirklich gemeinsame Interesse der Entente.* Also bleibt uns nur der Weg friedlicher Verständigungspolitik

übrig. Aber auch hier wäre es völlig verkehrt, wenn wir die Ententemächte gegeneinander auszuspielen versuchten, etwa England gegen die Ansprüche Frankreichs, oder eine wirtschaftliche Verständigung mit Frankreich gegen die Weltpolitik Englands. Wir brauchen für unseren nächsten Aufbau und für die Zukunft Europas beide, Frankreich und England. Wir müssen die Not Frankreichs, seine wirtschaftlichen Lebensnotwendigkeiten anerkennen und zu seinem Wiederaufbau bereit sein. Zugleich aber können uns allein die politischen Interessen Englands sowie die liberal-pazifistischen Tendenzen seiner Politik vor den zu weitgehenden machtpolitischen Ansprüchen Frankreichs schützen. Vor allem aber brauchen wir Englands Geld, Kredite, Rohstoffe, Lebensmittel und Märkte für unseren Wiederaufbau.

Was denn soll also unsere Politik sein? Auf diese Frage hat bereits Lord Curzon in der oben angeführten Rede im englischen Oberhaus die Antwort gegeben. Er sagte dort u. a.: „Diejenigen, die in erster Linie die Ereignisse des vergangenen Jahres studiert haben und die sich der bestehenden Verwirrungen bewußt sind, sind in wachsendem Maße zu der Schlußfolgerung gekommen, daß der Völkerbund eine absolut wesentliche Schöpfung, sowohl als eine Sicherung gegen die Wiederholung der Schrecken wie auch als eine Garantie einer friedlichen Herbeiführung der noch zu treffenden Regelung ist." Was Lord Curzon hier sagt, gilt in besonderem Maße für die deutsche Politik. Eine klare zielbewußte Völkerbundspolitik auf der Basis des Friedensvertrages ist die für Deutschland allein mögliche Realpolitik der Zukunft. Zu dieser Politik müssen wir uns bei jeder Gelegenheit laut und deutlich bekennen unter Betonung der politisch und wirtschaftlich zwingenden Motive; dadurch stärken wir jene Kreise in Frankreich, England und Italien, die den Aufbau und Ausbau des Völkerbundes unter Einschluß Deutschlands erstreben. Vorbedingung dafür ist natürlich, daß wir im Innern eine klare, konsequent demokratische und pazifistische Politik einschlagen, die es den betreffenden Kreisen im Ausland für wert erscheinen läßt, sich für Deutschland einzusetzen.

---

V. Kapitel

## Das Völkerbundproblem — Deutsche Politik — Weltpolitik

Bereits einige Male sind wir in unseren Betrachtungen auf das Problem des Völkerbundes gestoßen, bei der Entwicklung der modernen Großmachtpolitik, wo der Gedanke eines europäischen Staatenbundes den Kräfteausgleich unter den Großmächten schaffen sollte und insbesondere bei der Betrachtung der Gegensätze innerhalb der Entente wie sie in Spa zum Ausdruck gekommen sind; wir haben dort gesehen, daß der englische Außenminister Lord Curzon selbst auf die Bedeutung des Völkerbundes für die Regelung dieser weltpolitischen Fragen und Gegensätze hinwies und behauptete, daß die Völkerbundspolitik Deutschlands einzige Realpolitik sei. Das gilt es jetzt des Näheren zu begründen, außerdem erfordert schon die Tatsache, daß die Völkerbundsversammlung jetzt bereits das zweite Mal in Genf zusammengetreten ist und daß der Rat des Völkerbundes von dem Obersten Rat der Alliierten mit der wichtigen Entscheidung in der Oberschlesischen Frage betraut worden ist, eine eingehende Studie über das Völkerbundproblem im Zusammenhang mit allen diesen außenpolitischen und weltpolitischen Fragen.

Es ist eine eigentümliche tragische Ironie der Weltgeschichte: Erst erleben wir 5 Jahre furchtbarsten Weltkrieges und jetzt steht der Völkerbund im Mittelpunkt der weltpolitischen Diskussion in den Kabinetten, Parlamenten und Parteien aller Staaten. Doch diese Erscheinung ist durchaus nichts Neues; stets nach Fehden und Kriegen mit ihrem mannigfachen Leid und Elend haben sich die Völker mehr denn zuvor nach Ruhe, Frieden und Gemeinschaft unter den Staaten gesehnt. So paradox es auch klingt: *fast alle europäischen Kriege der letzten Jahrhunderte waren ebensoviele Schritte auf dem Weg zu einer organisierten Staaten- und Völkergemeinschaft. Nur auf dem Weg der materiellen und kulturellen Not erwächst die Verwirklichung des politischen Völkerbundes, des Menschheitsgedankens.* Klar und deutlich hat dies schon vor über 100 Jahren *Kant* erkannt und ausgesprochen. In seinen „Ideen zu einer allgemeinen Geschichte“ schreibt er:

> „Die Natur treibt durch Kriege, durch die überspannte und niemals nachlassende Zurüstung zu denselben, durch die Not, die dadurch endlich ein jeder Staat selbst im Frieden innerlich fühlen muß, zu anfänglich unvollkommenen Versuchen, endlich aber nach vielen Verwüstungen, Umkippungen und selbst durchgängiger innerer Erschöpfung ihrer Kräfte zu dem, was ihnen die Vernunft auch ohne so viel

traurige Erfahrung hätte sagen können, nämlich aus dem gesetzlosen Zustande der Wilden hinauszugehen und in einen Völkerbund zu treten."

Und an einer anderen Stelle desselben Werkes sagt Kant:

„Endlich wird selbst der Krieg allmählich nicht allein ein so künstliches im Ausgang von beiden Seiten so unsicheres, sondern auch durch die Nachwehen, die der Staat in einer immer anwachsenden Schuldenlast fühlt, deren Tilgung unabsehlich wird, ein so bedenkliches Unternehmen, dabei der Einfluß, den jede Staatserschütterung in unserem durch sein Gewerbe so sehr verketteten Weltteil auf alle anderen Staaten tut, so merklich, daß sich diese durch ihre eigene Gefahr gedrungen, obgleich ohne gesetzliches Ansehen, zu Schiedsrichtern anbieten und so alles von weitem zu einem vernünftigen großen Staatskörper anschicken, wovon die Vorwelt kein Beispiel aufzuzeigen hat."

Wenn im Jahre 1899 und 1907 die Mehrzahl der Staaten, an der Spitze die führenden Kultur- und Wirtschaftsnationen, im Haag zusammenkamen, um die ersten Bausteine zu einem solchen Völkerbund zu legen, so waren sie dabei neben ideellen Momenten von allen diesen realpolitischen Erwägungen geleitet. Wir haben in anderem Zusammenhang bereits davon gesprochen, daß am deutschen Widerstand in erster Linie damals der Völkerbund gescheitert ist und welche Folgen das für das deutsche Schicksal schließlich gehabt hat. Nun ist der Weltkrieg, der in seiner Größe und Furchtbarkeit alles bisher Dagewesene weit hinter sich läßt, zu einem neuen wichtigen Wecker und Künder des Völkerbundgedankens geworden. Am 20. August 1918 sagte der deutsche Staatssekretär Solf in einer Rede u. a.:

„Wie vermeiden wir künftige Kriege? Wie erzielen wir die Wirksamkeit internationaler Abmachungen auch bei einem neuen Kriege? Wie stellen wir die Nichtkombattanten sicher? Wie ersparen wir es den neutralen Staaten in Zukunft, daß sie für ihre Friedfertigkeit büßen müssen? Wie schützen wir nationale Minderheiten? Wie regeln wir unsere gemeinsame Ehrenpflicht gegenüber den minderjährigen Rassen der Welt? Meine Herren, das sind alles brennende Menschheitsfragen. Hinter ihnen steht die Stimmung von Millionen, hinter ihnen steht unsägliches Leid, stehen unerhörte Erlebnisse. Gerade unter den Kämpfern, unter denen, die gefallen sind, in allen Ländern, unter denen, die Kraft, Gesundheit oder Lebensfreude verloren ha-

ben, hat es Tausende gegeben, Tausende, denen das Opfer leicht fiel, weil sie den Glauben nicht verloren hatten, daß aus dem angesammelten Leid, aus all der Not und Qual eine bessere Welt erstehen würde, die ihren Kindern und Enkeln Ruhe und Sicherheit, den Völkern aber untereinander den guten Willen verbürgte. Meine Herren, der Siegeszug dieser gemeinsamen Ziele ist sicher."

Während des ganzen Weltkrieges ist der Völkerbundsgedanke nicht verstummt; namhafte politische Führer haben ihn in entscheidenden Situationen immer wieder aufgegriffen. Lord Grey nennt ihn schon 1916 einen wesentlichen Bestandteil zukünftiger Politik; Asquith sieht in ihm das dringendste Aufbauproblem.

Den größten Sieg aber hat der Völkerbundsgedanke im Friedensvertrag von Versailles errungen. Man wird dieser Behauptung die Ungerechtigkeiten und Vergewaltigungen dieses Friedensvertrages entgegenhalten; man wird sagen und zu beweisen suchen, daß die Völkerbundsakte des Versailler Vertrages nur Schein sei, daß sie in Wirklichkeit einen Bund der imperialistischen Sieger gegen die wehrlosen und ohnmächtigen Besiegten statuiere. Selbst wenn dem so wäre und trotzdem: allein die Tatsache, daß dieser furchtbare Friedensvertrag von einer Völkerbundsakte eingeleitet wird, beweist, wie mächtig der Gedanke des Völkerbundes heute geworden ist. Wir haben also die Tatsache zu verzeichnen, daß der Friedensvertrag, der das erste eigentlich große Völkermorden beschließt, den ersten Völkerbundsvertrag enthält, den die Geschichte kennt. Und auch die deutsche Regierung hat sich in ihren Gegenvorschlägen trotz mancher scharfen Kritik im Einzelnen, prinzipiell zu diesem Völkerbundsvertrag bekannt und seine weltpolitische Notwendigkeit anerkannt.

Aus dem ganzen Komplex der Fragen, die sich aus dieser vorliegenden und von uns unterschriebenen Völkerbundsakte ergeben, sei hier nur eine für uns allerwichtigste herausgegriffen. Warum muß Deutschland in diesen Völkerbund? Von der richtigen Beantwortung dieser Frage hängt ein gutes Stück unserer nächsten Zukunft ab. Wir sagen: Deutschland muß alles, was an ihm liegt, tun, damit dieser Völkerbund zustande kommt und es in denselben aufgenommen wird

1. weil er die einzige gegebene Möglichkeit eines Staatenbundes, einer interstaatlichen Organisation überhaupt ist.

Politik ist die Kunst des Möglichen. Alle politische Arbeit muß sich möglichst an vorhandene Entwicklungstendenzen anschließen, wenn sie nicht in schönen Phrasen und Utopien stecken bleiben will. Auf den verschiedensten Wegen haben sich bisher die ersten Anfänge einer zwischenstaatlichen Organisation vollzogen. So auf dem Wege von Staatenkonferenzen und Kongressen, die große weltpolitische Fragen in gemeinsamer Arbeit aller direkt und indirekt Beteiligten zu lösen versucht haben (vgl. 1648, 1815, 1856, 1878, um nur die wichtigsten Daten zu nennen). Den ersten wirklich großen Anfang eines wirklichen Völkerbundes bildete die Haager Friedenskonferenz der Jahre 1899 und 1907. Nicht zuletzt ist gerade am Widerstand Deutschlands der weitere Ausbau dieses verheißungsvollen Anfangs zu einem obligatorischen Schiedsgericht gescheitert. All dieses bisher Errungene hat der Weltkrieg erbarmungslos vernichtet. Aber in der Völkerbundsakte des Versailler Friedensvertrages ist ein neuer entwicklungsfähiger Anfang erstanden. Ihn gilt es fortzuentwickeln und mit allen Kräften auszubauen.

2. weil nur durch den Beitritt restlos aller Staaten dieser Völkerbund aus einem bloßen Bund der Sieger zu einem wahren Völkerbund gemacht werden kann.

Das oberste Organ dieses Völkerbundes ist die Bundesversammlung, in der alle Staaten, die Mitglieder sind, mit einer Stimme gleichberechtigt vertreten sind. Es ist klar: je länger lediglich England, Frankreich, Belgien, Italien und Japan in diesem Bunde vertreten sind, umso einseitiger werden alle weltpoltischen und weltwirtschaftlichen Probleme vom Standpunkt der Sieger aus betrachtet und gelöst. Je mehr und zahlreicher aber auch alle anderen Staaten, vor allem die Neutralen und dann die Besiegten, insbesondere Deutschland, diesem Bunde beitreten, umsomehr kommen auch andere Interessen zur Geltung, umso eher kann aus diesem Völkerbund eine auf dem Prinzip demokratischer Gerechtigkeit aufgebaute Staatengemeinschaft erstehen.

Und das ist dringend nötig.

3. weil nur auf diesem völkerrechtlichen Wege die gegenwärtigen weltpolitischen Streitfragen gelöst werden können.

Die furchtbare Machtpolitik dieses Weltkrieges war nicht imstande, die großen europäischen und außereuropäischen Streitfragen befriedigend zu lösen. Im Gegenteil! Ganz neue Fragen von weittragender Bedeutung hat er erst geschaffen. Der wirtschaftliche Machtkampf zwischen England

und Amerika einerseits, zwischen Amerika und Japan andererseits hat eine ungeheure Verschärfung erfahren. Die Balkanfrage ist durch die neuen slawischen Staaten, die der Friedensvertrag schafft, durchaus nicht gelöst. Bereits sind neue schwere politische Verwicklungen am politischen Horizont aufgetaucht, die Periode kriegerischer Lösungen scheint durchaus nicht abgeschlossen zu sein. (Vgl. auch das russische Problem!) Angesichts dieser Tatsachen gibt es nur zwei Möglichkeiten: entweder der Völkerbund kommt nicht zustande, dann bleiben alle die eben berührten Fragen auch fernerhin der Entscheidung durch das Schwert überlassen und das Völkermorden dauert fort bis zur gegenseitigen Selbstzerfleischung, die zugleich den Untergang der europäischen Zivilisation und Kultur bedeuten würde; oder aber es wird auf allen Seiten mit der Verwirklichung des Völkerbundes ernst gemacht, und sei es auch nur in der zunächst dürftigen, der Verbesserung noch durchaus bedürftigen Form der Versailler Völkerbundsakte. In durchaus klarer Erkenntnis dieser zwingenden Tatsachenlogik haben die Schweiz und alle Neutralen den Eintritt in den Völkerbund beschlossen und die engliche Arbeiterpartei alle Völker zur Teilnahme an ihm aufgerufen.

Deutschland hat aber noch einen besonderen Grund, möglichst bald Mitglied dieses Völkerbundes zu werden,

4. weil unser nächstes Schicksal diesem Völkerbund anheimgegeben ist.

Der Völkerbundsvertrag ist durchaus nicht als ein fremdes Reis dem Friedensvertrag als solchem aufgepfropft, sondern jeder einzelne Teil des Friedensvertrages ist organisatorisch mit der Institution des Völkerbundes verbunden. Am entscheidendsten tritt dies zutage in Teil 13 des Friedensvertrages, der die internationale Organisation der Arbeit behandelt. Die internationale Arbeitskonferenz und das internationale Arbeitsamt, diese zwei wichtigsten Instanzen für die Entwicklung eines einheitlichen Weltarbeitsrechts, sind unmittelbar Organe des Völkerbundes. Aber auch die Regelung unmittelbarer Lebensfragen Deutschlands ist in die Hand von Kommissionen des Völkerbundes gelegt. Bezüglich des Saargebiets bestimmt Art. 48 des Friedensvertrages, daß die Kommission, welche die Grenzen des von Frankreich auszubeutenden Kohlengebietes festzusetzen hat, aus 5 Mitgliedern besteht, und zwar je einem Vertreter Frankreichs und Deutschlands und 3 Vertretern des Völkerbundes. Und Art. 49 sagt: „Deutschland verzichtet zugunsten des Völkerbundes, der hier als Treuhänder erachtet wird, auf die Regierung des oben genau festgesetzten Gebietes."

Die freie Stadt Danzig wird nach Art. 102 unter den Schutz des Völkerbundes gestellt. Die Verfassung Danzigs wird unter die Bürgschaft des Völkerbundes gestellt (Art. 103); ein vom Völkerbund bestellter Oberkommissar entscheidet in erster Instanz über alle etwa entstehenden Streitigkeiten zwischen Danzig und Polen.

Bezüglich der Kolonien bestimmt der Vertrag (bes. in Art. 22), daß solche im Auftrage des Völkerbundes der Verwaltung fortgeschrittener Nationen unterstellt werden können. In den Kolonien solcher Mandatarmächte sind „allen anderen Mitgliedern des Bundes gleiche Möglichkeiten für Handel und Gewerbe zu gewährleisten".

Vor allem aber ist die Bundesversammlung des Völkerbundes die einzige Instanz, die Bestimmungen des Friedensvertrages einer Revision unterziehen kann und die (nach Art. 289) bei Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung von Vertragsbestimmungen zu entscheiden hat.

Alle diese Bestimmungen des Friedensvertrages selbst machen den Eintritt in den Völkerbund für Deutschland zu einer realpolitischen Notwendigkeit. Entweder sind wir Mitglieder des Bundes und haben in ihm und besonders seinen Kommissionen mitzureden — oder alle Fragen werden eben ohne uns und damit zumeist gegen uns entschieden.

Nach all dem Gesagten ist es wohl klar, daß der Völkerbund für uns die einzige Realpolitik der Zukunft ist. Leider fehlt heute noch weiten Kreisen des deutschen Volkes diese dringend notwendige Erkenntnis. Noch spielt man mit chauvinistischen, machtpolitischen Gedankengängen; noch glaubt man in geheimer Kabinettspolitik mit Konsuln und Gesandten die weltpolitischen Aufgaben bewältigen und womöglich die Interessen der Siegerstaaten gegeneinander ausspielen zu können. Wir müssen die Umkehr, die wir innerpolitisch vollzogen haben, auch außenpolitisch mit aller Energie und Konsequenz vollziehen. Wir müssen vor allem die Psyche der anderen Völker verstehen und auf ihre Mentalität eingehen lernen. Es ist nun einmal eine Tatsache, um die wir nicht herumkommen: fast alle Staaten der Welt stehen heute Deutschland mit großem Mißtrauen gegenüber. Das Schuldproblem kann hier nicht aufgerollt werden. Aber das steht fest, daß eben nicht nur unsere eigentlichen Gegner, sondern auch die Neutralen in der militaristischen Politik des alten Deutschland den Haupturheber des Weltkrieges erblicken. Und dieses Mißtrauen steht als fast unüberwindlicher Wall zwischen uns und allen Staaten der Welt. Dieses Mißtrauen muß überwunden werden! Es kann nur überwunden werden durch unsere positive

Mitarbeit am und im Völkerbund. Auf ehrliche und klare Völkerbundspolitik muß unsere Außenpolitik gestellt werden. Wir dürfen nicht warten, bis man uns in den Bund der Nationen bittet und etwa bis dahin protestierend abseits stehen. Nein! Das ganze deutsche Volk muß in den Völkerbund *wollen*. Aus dem Munde des ganzen 65-Millionenvolkes muß es als einheitliche Willenskundgebung ertönen: *wir wollen in den Völkerbund, wollen ehrlich mitarbeiten am Wiederaufbau der Welt, wollen Frieden und Freiheit der Völker!*

Zwei Momente erscheinen für die weitere Entwicklung des Völkerbundes und seine Aufgabe einer friedlich-rechtlichen Beilegung der staatlichen Interessengegensätze äußerst ungünstig, sie erfordern daher noch eine besondere Behandlung. Wir meinen einmal *die Haltung Amerikas* und dann die *Haltung der proletarischen Parteien* zum Völkerbund. Schon innerhalb der Staaten, die heute dem Völkerbund angehören, bestehen ja außerordentlich starke Gegensätze. Das zeigte sich schon auf der ersten Völkerbundsversammlung und in sehr starkem Maße auch jetzt wieder auf der zweiten. Auf der einen Seite stehen die Staaten — es sind insbesondere die kleineren neutralen Staaten im Norden und in Südamerika — welche einen wirklich demokratisch ausgebauten Völkerbund unter Einbeziehung auch der besiegten Mächte verlangen und auf der anderen Seite stehen die Großmächte, an der Spitze Frankreich, die dem Völkerbund in erster Linie den Charakter einer Organisation der Siegerstaaten zur Durchführung des Friedensvertrages erhalten wollen, die aber ihre Großmachtpolitik nicht der internationalen Kontrolle und Schiedsgerichtsbarkeit unterwerfen wollen. Dazu kommt nun noch, daß gerade Amerika, der Hauptgläubigerstaat Europas und eigentliche Sieger im Weltkrieg, dem Völkerbund, den doch Wilson geschaffen hat, nicht angehört und es scheint, als ob dieses Verhalten Amerikas immer mehr Einfluß auch auf die Haltung der von der Union abhängigen südamerikanischen Staaten gewinnen wolle. Nun ist es aber durchaus falsch, zu glauben — und daß das auch bei uns geglaubt wird, ist wieder ein Beweis für die politische Naivität weiter Kreise — daß Amerika rein aus idealen Gründen sich diesem Völkerbund nicht anschließe, weil es etwa seine Einseitigkeiten und Ungerechtigkeiten gegen Deutschland verurteile und daß etwa Harding an die Stelle des Versailler Völkerbundes einen idealen Völkerbund setzen wolle. Gerade die neuesten Verhandlungen zwischen Washington und Berlin und der Abschluß des deutsch-amerikanischen Präliminarfriedens haben uns doch völlige Klarheit darüber gebracht: *Amerika will zwar alle für es günstigen Vorteile aus*

dem Friedensvertrag ziehen, ohne aber irgend welche Lasten und Bindungen auf sich zu nehmen. Es unterschreibt diesen Friedensvertrag nicht und wird nicht Mitglied dieses Völkerbundes, weil es nicht nach dem Art. 10 der Völkerbundsakte den europäischen Großmächten ihren gegenwärtigen territorialen Besitzstand garantieren helfen will, vor allem aber, weil es sich in keiner Weise politisch festlegen, seine Politik nicht irgend welcher internationalen Kontrolle unterstellen und sich keiner überstaatlichen Arbeitsgemeinschaft einfügen will. Diese amerikanische Haltung bedeutet zweifellos für den Völkerbund und für die Politik Europas eine große Gefahr. Darüber darf uns auch nicht die Tatsache hinwegtäuschen, daß Präsident Harding eine Abrüstungskonferenz nach Amerika einberufen hat. Sie will in erster Linie ein Versuch sein, die ostasiatischen Interessengegensätze zwischen Amerika, England und Japan zu einem friedlichen Ausgleich zu bringen und damit die fieberhaften Flottenrüstungen überflüssig zu machen. So wünschenswert es natürlich auch ist, daß die Absicht dieser Konferenz gelingen möge und daß Amerika damit den Anfang mache, auch seine Politik der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit zu unterwerfen, so bleibt doch die obige Gefahr bestehen und sein Verhalten zum Völkerbund ein bedauerlicher Rückschritt. Diese Politik wird nur dann nicht zu einer Zerreißung des Völkerbundes führen, wenn so rasch wie möglich alle Staaten, auch Deutschland und Rußland, Mitglieder des Völkerbundes werden, vor allem aber, wenn auf dem Boden der Völkerbundorganisation so rasch wie möglich eine europäische Entente aller an der europäischen Politik und Wirtschaft unmittelbar interessierten Staaten zur friedlich schiedlichen Beilegung der Gegensätze und Konflikte geschaffen wird. Das allein würde ein positiver Anfang zu einer friedlichen Durchorganisation der Welt bilden.

Eine ebenfalls ernst zu nehmende Gefahr für den Völkerbund bildet das Mißtrauen weiter proletarischer Kreise gegen ihn und ihre völlige politische Abstinenz ihm gegenüber. Am allerdeutlichsten hat sich dies bei der Schweizer Volksabstimmung über den Beitritt der Schweiz zum Völkerbund, die am 16. Mai 1920 vorgenommen wurde, gezeigt. Im Schweizer Bürgertum haben besonders die klerikal-agrarischen Kreise sowie die militärischen gegen den Beitritt gestimmt. Mit ihnen verband sich der kleine Mittelstand, der vom Alten nicht loskommen kann und alles so erhalten möchte, wie es vor dem Kriege war. Sie fürchteten für die Freiheit und Unabhängigkeit ihrer Schweizer Heimat, wenn sie sich einem großen weltpolitischen Ganzen eingliedern. Für den Beitritt hat die freisinnigdemokratische Partei gekämpft. Wohl kannte auch sie die Unvollkommenheiten, die Schattenseiten und Gefahren des Völker-

bundes der Versailler Konstruktion, aber „es ist gerade die Mission der Neutralen, einzutreten und im Bund laut die Stimme zu erheben für die Vernunft und die Völkerversöhnung", das waren die Worte, mit denen der demokratische Nationalrat Forrer auf der Völkerbundstagung in Olten seine bejahende Stellung dargelegt hat. Nationalrat Frey-Zürich wandte sich aufs Schärfste gegen all die bürgerlichen Kleingläubigen, die zaghaft abseits stehen wollen, „die wahren Gründe ihrer Zurückhaltung, ihrer Ablehnung sind ein Nichtherauskommen oder Nichtherauswollen aus der Vergangenheit". Die Schweizer Sozialdemokratie hatte auf ihrem Parteitag die Parole Nein ausgegeben, sicher nicht wie die bürgerlich Kleingläubigen, weil sie aus der Vergangenheit nicht heraus will, im Gegenteil, sie will den gerechten, demokratischen Weltbund aller Völker, internationale Schiedsgerichtsbarkeit, Rohstoffgemeinschaft usw. Aber der Versailler Völkerbund schien ihr hinter diesem Ideal soweit zurückzubleiben, daß sie für ihn nur ein Nein haben konnte, „Wir verwerfen den Schein, um das Sein zu retten", damit begründete die Parteileitung ihre Stellung. Alle Mängel des Versailler Völkerbundes wurden in großen Zeitungsartikeln gegeiselt, seine Undemokratie, seine Verbindung mit dem Länder- und Völkerschacher des Friedensvertrages, seine Gewaltpolitik, die Gefährdung der Schweizer Neutralität. Vor allem aber wurde die soziale Frage in den Vordergrund gestellt, „deren Lösung die Siegerkoalition, die sich jetzt Völkerbund nennt, nicht zustande bringt". Aber auch innerhalb der Schweizer Sozialdemokratie war die Stellungnahme zum Völkerbund nicht ganz einheitlich und geschlossen. Das bewies ein Aufsatz, den der sozialdemokratische Professor Ragaz am 5. und 6. Mai 1920 im „Züricher Volksrecht" veröffentlicht hat und hinter dessen Gedankengängen hier eine ganze Reihe von Parteigenossen standen, sonst hätte die Parteileitung diese Veröffentlichung nicht zugelassen. Ragaz hielt die offizielle Stellungnahme der Partei für „falsch und verhängnisvoll", er suchte zu zeigen, daß im Friedensvertrag zwei Welten miteinander ringen: die alte Welt der militärischen Macht- und Siegerpolitik und eine neue Welt der pazifistischen Gerechtigkeit. Die erstere wirkt sich aus in den Lasten und Bedingungen, die im Friedensvertrag den unterlegenen Mächten auferlegt worden sind, letztere in der Völkerbundsakte, im internationalen Arbeitsamt usw. In diesen lebt der Geist einer neuen Zeit. Auch Ragaz zeigte, daß er die Mängel des Völkerbundes wohl kennt, aber er ist ja nur ein erster Anfang und hat auch recht viele Lichtseiten und wertvolle Fortschritte. Es wäre, meinte er, falsch, von dem Völkerbund eine Hemmung des sozialistischen Klassenkampfes zu befürchten. Dieser stützt sich auf das klassenbewußte Hand- und Kopfarbeiterprole-

tariat und kann sich in und neben dem Völkerbund fortsetzen. Ragaz faßte seine Betrachtungen in die Gewissensfrage an seine Parteigenossen zusammen: „Können wir es verantworten, als Sozialisten den Versuch der Verhinderung eines neuen Weltkrieges vereiteln zu helfen?"

Die Abstimmung hat eine Mehrheit von 100 000 Stimmen für den Völkerbund gebracht, wie sich aber aus der Abstimmungsstatistik entnehmen läßt, hat die größte Zahl der Sozialdemokraten gegen den Beitritt gestimmt. Wir halten diese Art der Stellungnahme für falsch und stehen durchaus auf Seiten des Genossen Ragaz. Was wäre geschehen, wenn durch das sozialistische Nein der Anschluß der Schweiz an den Völkerbund unterblieben wäre? Weil man die Taube auf dem Dache nicht erreichen konnte, hätte man auch den Spatz in der Hand preisgegeben. Das ist eine rein mechanistische Auffassung vom Wesen des sozialistischen Klassenkampfes. Auch wir wollen an Stelle des bürgerlich kapitalistischen schließlich den sozialistischen Völkerbund setzen, eine demokratische weltstaatliche Organisation mit weitgehender wirtschaftlicher Zusammenarbeit. Aber die geschichtliche Entwicklung verläuft eben nicht in einem einfachen Entweder-Oder, sie geht durch die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaftsform hindurch, um sie durch den sozialen Klassenkampf zu neuen, höheren sozialistischen Organisationsformen umzugestalten. Aus dieser organistischen Auffassung heraus haben auch die Sozialdemokraten Hollands und Schwedens, die Arbeiterpartei Englands und die zweite sozialistische Internationale sich für den Völkerbund und die Mitarbeit in ihm erklärt. Wohl muß der gemeinsame internationale Klassenkampf gegen den völkerverhetzenden und trennenden Völkerkampf gesetzt werden. Aber gleichzeitig müssen die demokratischen, pazifistisch-sozialistischen Elemente in alle innen- und außenpolitischen Institutionen hinein, um sie mit ihrem Geist und ihren Zielen von innen her zu durchdringen. Das ist Realpolitik und nur durch sie wird auch der Völkerbund nicht wie bisher eine schöne Utopie von Propheten, Dichtern und Denkern bleiben, sondern ein mächtiges Instrument der praktischen Weltpolitik werden.

---

VI. Kapitel

## Die Finanzkonferenz von Brüssel

### I.

Die Geschichte des 19. Jahrhunderts stand im Zeichen des Nationalismus; seine Frucht war der Imperialismus, der in seiner schärfsten Form etwa um die Wende des Jahrhunderts in die Erscheinung zu treten

begann und dessen naturnotwendige Konsequenz der Weltkrieg war. Das 20. Jahrhundert wird im Zeichen des Internationalismus, des Völkerbundes stehen. Daran ändert nichts die Tatsache, daß heute noch in fast ganz Europa die Atmosphäre des gegenseitigen Hasses und Mißtrauens besteht, die sich während des fünfjährigen Krieges zwischen die Völker gelegt hat, daß der nationalistische Egoismus gerade heute vor allem bei den siegreichen Staaten einen erschreckenden Grad erreicht hat, der besonders in Frankreich kaum mehr zu übersteigen ist. Den Auftakt für die Weltpolitik des 20. Jahrhunderts bildet der Friedensvertrag von Versailles; viele seiner einzelnen politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Bestimmungen werden von der Entwicklung über den Haufen geworfen werden; aber bleiben wird das Fundament der Völkerbundsakte, die im 1. Kapitel des Vertrages niedergelegt ist, die Schaffung einer überstaatlichen Völker- und Staatensolidarität, weil sie herausgewachsen ist aus den Zwangsnotwendigkeiten der weltpolitischen Lage. Dieser Völkerbundsgedanke ist in den letzten zwei Jahren ungeheuer gewachsen und zwar mit elementarer Tatsachengewalt. Immer mehr gewinnt der Gedanke an Boden, daß die politischen Streitfragen, die gerade der Krieg und der Friedensvertrag in Europa geschaffen hat — das Problem der neuen slawischen Staaten im Südosten, ebenso wie das russisch-polnische Problem, das englisch-französische Problem ebenso wie das französisch-deutsche — internationale Probleme sind, die nur durch internationale Verständigung gelöst werden können und aber auch so gelöst werden müssen. Groß ist die Arbeit, die bereits in England von hervorragenden Staatsmännern für die Völkerbundsidee geleistet wird, ganz abgesehen von Deutschland, wo immer mehr die Erkenntnis sich Bahn bricht, daß Völkerbundspolitik die einzig vernünftige Realpolitik ist, die uns allein aus der Not der Gegenwart retten kann. Aber wie der Weltkrieg in der Hauptsache ein Wirtschaftskrieg mit wirtschaftlichen Mitteln und wirtschaftlichen Zielen war, so beginnt auch die Völkerbundsidee sich immer mehr wirtschaftlich zu orientieren in der Richtung, wie ihn das sozialistische Proletariat seit Jahrzehnten gefordert hat. Die Kohlen-, Rohstoff-, Frachtraum- und Geldnot der Völker, die der Krieg zurückgelassen hat, zwingt zu gemeinsamer internationaler Verwaltung dieser wertvollsten Wirtschaftsgüter. Seit drei Jahren propagiert Gen. Hué diese Forderung der internationalen Kohlen- und Rohstoffgemeinschaft; der internationale Bergarbeiterkongreß sowie der Kongreß der 2. Internationale in Genf hat diese Forderung aufgegriffen und an das Internationale Arbeitsamt in Genf zur Durchführung weitergegeben. Der Antrag ist zwar auf der letzten Sitzung des Verwaltungsrats des Arbeits-

amtes abgelehnt worden, aber wie bereits aus den Beratungen und dem Abstimmungsverhältnis hervorging, ist ihre Durchführung nur eine Frage der Zeit und in erster Linie abhängig von der Stärke der sozialistischen Bewegung in den einzelnen Ländern.

Einen mächtigen Fortschritt auf diesem Gebiet bedeutet nun die Brüsseler Konferenz, die offiziell den Namen Internationale Finanzkonferenz trug. Die Tatsache dieser Konferenz zeigt die Entwicklung, welche die Verhältnisse in den letzten zwei Jahren genommen haben. Als der Weltkrieg beendet war, gingen die Siegermächte zunächst darauf aus, unbekümmert um das Los und die Entwicklung der besiegten Staaten, möglichst viele politische und wirtschaftliche Vorteile für sich aus dem Sieg herauszuschlagen. Aber die weltwirtschaftlichen Gesamtverhältnisse verschlimmerten sich immer mehr und immer mehr zeigte sich, daß man heute nicht ungestraft weltwirtschaftliche Grundgesetze ignorieren und verletzen kann. Ganz abgesehen davon, daß der Friedensvertrag selbst einen Grundwiderspruch in sich birgt, indem er auf der einen Seite den besiegten Staaten die Fundamente ihrer Volks- und Weltwirtschaft unter den Füßen wegzog und auf der anderen Seite aus ihnen gewaltige Wiedergutmachungs- und Entschädigungssummen herauspressen wollte, zeigte sich immer mehr, daß ganz Europa, ja die Welt wirklich eine Wirtschaftseinheit geworden ist, in der die Gesundung und Wohlfahrt jedes einzelnen Staates Voraussetzung für die Wohlfahrt des andern ist. Auf die Dauer kann Rußland nicht aus der europäischen Wirtschaft ausgeschaltet bleiben, können Frankreich und Italien nicht die Last ihrer Schulden und Valutaentwertung tragen; auf die Dauer können aber auch England und Amerika nicht auf Kosten der deutschen Wirtschaft und Valuta leben, denn ihr Export ist ebenso auf die Konsumfähigkeit der deutschen Industrie angewiesen wie diese auf jene. So setzt sich schließlich in allen nicht gerade von politischem Chauvinismus verblendeten Kreisen, besonders von Industrie und Handel, die Überzeugung durch, daß der Krieg nichts als Zerstörung und Vernichtung war und daß nach Mitteln und Wegen gesucht werden muß, um möglichst rasch die soliden internationalen Wirtschaftsbeziehungen der Vorkriegszeit wieder aufzubauen. Immer mehr erkannte man, daß das Valutaproblem alle, die Sieger ebenso wie die Besiegten, angeht und nur international gelöst werden kann.

Aus dieser Erkenntnis heraus hat der Völkerbundsrat die Finanzkonferenz in Brüssel zusammenberufen. Alle Völkerbundstaaten, die den Friedensvertrag ratifiziert hatten, waren eingeladen und außerdem aus Eu-

ropa Deutschland und Österreich, Finnland und Litauen, außerhalb Europas Amerika, das ja bis jetzt den Friedensvertrag noch nicht ratifiziert hat. Die Konferenz sollte von keinerlei politischen Gesichtspunkten bestimmt werden, sie sollte eine Konferenz des freien ungehemmten Meinungsaustausches zwischen Fachmännern der Finanz- und Handelswelt sein; jeder sollte, was in seinen Kräften stand, dazu beitragen, um die Weltwirtschaft wieder aufbauen zu helfen. Man hat in verschiedenen Kreisen von vornherein der Konferenz auf Grund ihrer Zusammensetzung starkes Mißtrauen entgegengebracht; die Konferenz konnte ja schließlich nur Meinungen austauschen, die Durchführung eventuell gefaßter Beschlüsse mußte ja doch Sache der einzelnen Regierungen sein und diese sind heute noch lange nicht so weit, daß man von ihnen wirkliche Hilfe erhoffen kann. Das ist wohl richtig und trotzdem darf man die Bedeutung dieser freien und offenen Aussprache über die gegenwärtigen Finanzfragen und ihre Wirkung im politischen Leben der Völker nicht unterschätzen. „Die bloße Abklärung heute noch bestehender Meinungsverschiedenheiten und die Einigung auf bestimmte Thesen werden für die Lösung der Finanz- und Valutafragen in dem Sinne wichtige Präjudizien sein, als bei der Lösung dieser Probleme an den von der Konferenz in Brüssel aufgestellten Forderungen kaum mehr wird vorbeigegangen werden können. Schon dadurch wird die Konferenz sich einen wesentlichen Erfolg zuschreiben dürfen." („Neue Zür. Ztg." vom 16. September 1920.)

Allerdings an einem Fundamentalfehler krankte die Konferenz, ihre Aussprache und Beschlüsse. Der Friedensvertrag, seine wirtschaftlichen und finanziellen Bestimmungen waren ganz aus der Diskussion ausgeschaltet. Allerdings lag das nicht in der Absicht derer, welche die Konferenz einberufen hatten. Als Leon Bourgeois, der Vorsitzende des Völkerbundsrates, im Juni die Einladungen zur Finanzkonferenz an die einzelnen Regierungen ergehen ließ, nahm er an, daß in Spa die Wiedergutmachungs- und Entschädigungssummen definitiv festgesetzt würden. Der Finanzkonferenz war unter dieser Voraussetzung die Aufgabe gestellt, Mittel und Wege zu zeigen, wie diese Verpflichtungen am schnellsten und unter weitgehendster Schonung der Wirtschaftskräfte auch der besiegten Staaten eingelöst und die normalen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen wieder aufgebaut werden könnten. Die Konferenz von Spa hat aber gerade dieses Wiedergutmachungsproblem nicht gelöst, sondern einer weiteren Konferenz in Genf vorbehalten (inzwischen ist nochmals eine neue Situation geschaffen worden). Dadurch war auf diesem Gebiet die Finanzkonferenz leider zu praktischer Unfruchtbarkeit verurteilt. Frankreich hatte offiziell

seine Teilnahme an der Brüsseler Konferenz davon abhängig gemacht, daß über die mit dem Friedensvertrag zusammenhängenden Fragen nicht diskutiert wird. Mit geradezu ängstlicher Vorsicht wurde vermieden, diese Fragen mit ihren weitgehenden politischen Konsequenzen zu streifen. Und doch muß man sagen: die ganzen Verhandlungen an sich und ihre wichtigsten Ergebnisse bedeuten eine gründliche Verurteilung der einseitigen machtpolitischen Diktatmethoden, mit denen die Sieger ihre wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen dem Besiegten im Friedensvertrag aufgezwungen hatten; die Bedeutung der Konferenz ist also auch nach dieser Richtung nicht gering einzuschätzen.

Bei der Eröffnung der Konferenz führte ihr Präsident Ador u. a. folgendes aus: „Mit der Einberufung der Konferenz hat der Völkerbund gezeigt, daß es ihm mit seinen Bestrebungen ernst ist, die Probleme der Lösung näher zu bringen, die allein den Frieden endgültig wiederherstellen und den Zustand finanzieller und wirtschaftlicher Anarchie überwinden können, unter dem heute die ganze Welt leidet. Die schweren finanziellen Lasten, die auf allen Staaten ruhen, die Teuerung, die Erhöhung der Arbeitslöhne, die Verminderung der Produktion und das Mißverhältnis zu der Kaufkraft des Geldes der einzelnen Länder machen die Rückkehr zu normalen Verhältnissen äußerst schwierig. Man darf sich keinen Illusionen hingeben und glauben, daß die Ursachen der schweren Krankheit von heute auf morgen zu beseitigen seien, aber was geschehen kann und muß, ist ein gründliches und gewissenhaftes Studium der wirtschaftlichen und finanziellen Lage aller Staaten und die Erforschung der Mittel, die Welt vor völligem Ruin bewahren zu können. Nur die Solidarität der Völker wird es ermöglichen, einen Ausweg aus der durch den Krieg geschaffenen Situation zu finden. Alle die Krieg führenden Staaten sowohl wie die neutralen haben das Gefühl, daß sie einander helfen und sich vereinigen müssen, um den wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenbruch zu vermeiden." In mancher Richtung hat die Konferenz gute vorbereitende Arbeit geleistet; sie hat vor allem den Beweis erbracht, daß wenn schon ein Völkerbund notwendig ist, er heute mehr denn je die Wirtschaftsfragen zu seiner Domäne machen muß und daß diese Fragen überhaupt nur aus dem Aspekt des Völkerbundes eine vernünftige Lösung finden können." Am Schluß einer wichtigen Resolution der Kreditkommission heißt es:

„Die Beratungen der Kommission standen völlig unter dem Eindruck, daß alle Vorschläge, die gemacht wurden, bis zu einem gewissen Grade die

Mitwirkung des Völkerbundes erfordern. Die Kommission ist einmütig der Ansicht, daß es notwendig ist, die internationale Zusammenarbeit, die der Völkerbund inauguriert hat, auch auf das finanzielle Gebiet auszudehnen."

Dieses Ergebnis, das nicht von Sozialisten, sondern von ausgesprochenen Kapitalisten erreicht wurde, ist eine glänzende Bestätigung der Grundlagen unserer sozialdemokratischen Weltpolitik. Seit unserem Bestehen fordern wir internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit, weil sie allein in letzter Linie zum Wohle aller einzelnen Staaten gereicht. Der Weltkrieg hat insbesondere in seinen ökonomischen Folgeerscheinungen den Nationalismus auch auf wirtschaftlichem Gebiet ad absurdum geführt. Das erkannt und mit aller wünschenswerten Klarheit festgestellt zu haben, ist das große Verdienst der Brüsseler Finanzkonferenz.

## II.

Zwei Fragen haben wir zu stellen und zu beantworten: 1. Welche Mittel hat die Finanzkonferenz zur Heilung der weltwirtschaftlichen Kriegsschäden und zum Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft vorgeschlagen und 2. sind diese Mittel geeignet, das zu leisten, was sie nach der Absicht derer, die sie vorschlagen, leisten sollen? Um hier die richtige Einstellung für ein objektives Urteil zu gewinnen, müssen wir uns klar machen, daß es sich um eine Finanzkonferenz handelt; die Konferenz rekrutierte sich fast ausschließlich aus hervorragenden Vertretern der internationalen Finanzwelt und lediglich die Valuta- und Kreditfragen standen im Vordergrund der Debatten. Nun weiß aber jeder, der sich etwas eingehender mit Volks- und Weltwirtschaftsfragen befaßt hat, daß die Not der Zeit nicht in erster Linie eine Valuta- und Kreditnot ist, sondern eine wirtschaftliche und soziale Not, und daß die Krankheitserscheinungen der Valuta und des Kreditsystems lediglich äußere Symptome einer inneren ökonomischen Erkrankung sind; er weiß, daß diese Krankheit nicht durch Hebung der Valuta-, Freihandel, Angleichung an die Goldwährung u. a. m. geheilt werden kann — das hieße das Pferd am Schwanz aufzäumen — sondern nur durch Hebung der Produktion unter gleichzeitiger bester Lösung der sozialen Frage. Aber zu einer gründlichen Diskussion dieser Fundamentalfragen fehlten in Brüssel alle Voraussetzungen und darum erscheinen uns die einzelnen Resolutionen der Finanzkonferenz als ungenügend im einzelnen und praktisch ohne große Bedeutung. Dazu kommt, daß fast alle, die sich an der Diskussion beteiligten, ausgesprochene Vertreter der privat-

kapitalistischen Wirtschaftsauffassung waren, zu einem großen Teil sogar in der einseitigen Ausprägung des englischen Manchester-Liberalismus; der enge Zusammenhang der wirtschaftspolitischen Probleme mit der großen sozialen Frage blieb völlig unbeachtet.

Den Auftakt dazu gab der Engländer Brand. Er sah das Hauptproblem in der Neubildung und Verwendung des Kapitals, und zwar unter rein privatwirtschaftlichem Gesichtspunkt. Der privaten Industrie sei das Kapital zuzuführen, während der Staat die Pflicht habe, seine Bedürfnisse einzuschränken und durch eine ordentliche Geldwirtschaft zu tragen. Er hob hervor, daß die Staaten ihr Wirtschaftsleben nur dann gesunden sehen würden, wenn ihr Etat balanziere, nur solchen Staaten könne Kredit gewährt werden. (! Ein typisches Beispiel, wie hier das Pferd am Schwanz aufgezäumt wird; denn für Deutschland z. B. hängt die Balanzierungsfrage von der Gewährung von Krediten ab, weil nur so unsere Wirtschaft überhaupt in Gang kommen und gesunden kann!). Das Schwergewicht legte Brand auf die Verminderung der Staatsausgaben. Hierzu gehört nach seiner Ansicht vor allem die Verminderung der Heeresausgaben, Beseitigung der Erwerbslosenfürsorge, der Zuschüsse für die Verbilligung der Nahrungsmittel, für die Erstellung von Wohnungen u. a. m. Alle folgenden Redner stimmten den liberalistischen Grundgedanken Brands zu. Am krassesten hatte diesen Standpunkt der italienische Professor der Nationalökonomie Panteleoni in seinem Gutachten an die Finanzkonferenz ausgesprochen. Er faßt die Erfahrungen der Kriegswirtschaft dahin zusammen, daß sie den glänzendsten Beweis erbracht habe für die völlige Unfähigkeit des Staates, die Dinge zu meistern, in die er sich unbefugt und zum Schaden der Wirtschaft eingemischt habe. In der staatlichen Bewirtschaftung sieht er die hauptsächlichste, wenn nicht die einzige Ursache für die Steigerung der Produktionskosten und damit auch der Verteuerung der Lebenshaltung und Panteleoni kommt zu dem Schluß, daß, wenn die Regierungen nur erst aufhören möchten, sich um die Dinge zu kümmern, die sie nichts angingen, die Wirtschaft aus sich heraus in längstens fünf Jahren gesunden würde. Dem Völkerbund, den er als Bund der Sieger zur Niederhaltung der Besiegten außerordentlich gering einschätzt, gibt er den Rat, seine Finger von den Dingen zu lassen, zu deren Lösung er die Finanzkonferenz einberufen hat. Wenn auch nicht alle Vertreter dem privatkapitalistischen Liberalismus mit dieser übertriebenen Einseitigkeit und Offenheit Ausdruck verliehen haben, den Grundton bildete er in allen Verhandlungen; auf ihn waren auch die Resolutionen der einzelnen Kommissionen abgestimmt. Grundprinzip ist: Möglichste Verminderung der Staatsausgaben und -aufgaben;

der Weg dazu: Abbau der Rüstungsausgaben, Vermeidung aller unproduktiven Ausgaben, Einschränkung auch der produktiven Ausgaben. Das sind die Grundsätze des extremen modernen Finanzkapitalismus, speziell des englischen, dessen ökonomische Macht auf dem liberalistischen Prinzip ruht.

Soweit die Einschränkung der Rüstungsausgaben in Betracht kommt, finden die Vorschläge natürlich unsere volle Zustimmung. In der Tat war das liberale England von jeher antimilitaristisch und Vorkämpfer des Pazifismus; wir möchten nur wünschen, daß diese Tendenzen in der englischen Politik bald wieder zur Macht kommen; damit wäre der Welt viel gedient und die Atmosphäre geschaffen, die die Grundbedingung alles Wiederaufbaues ist. In der Resolution der Kommission für den internationalen Handel heißt es u. a.: „Die Kommission ist der Überzeugung, daß die ersten Bedingungen für die Wiederaufnahme des internationalen Handels die Wiederherstellung eines wirklichen Friedens, die Beendigung der noch wütenden Kriege und die Sicherung der Aufrechterhaltung des Friedens in der Zukunft ist . . . Die Konferenz ist der Überzeugung, daß die Verbesserung der finanziellen Situation und die wirtschaftliche Wiedergesundung in sehr starkem Maße abhängig ist von der Verständigung zwischen den Nationen."

Auf das schärfste müssen wir aber die liberalistischen Tendenzen der Resolutionen verurteilen, zunächst als Deutsche vom Standpunkt unserer heutigen deutschen Volkswirtschaft aus. Was als Rezept für ein nahezu schuldenloses Land mit guter Valuta wie England gut sein mag, kann Gift sein für ein anderes Land, dessen Wirtschaft und Währung derart desorganisiert ist, wie die unsere. Die Brüsseler Beschlüsse würden für uns die furchtbarste wirtschaftliche und soziale Krise bedeuten, deren Folgen noch gar nicht abzusehen sind. Abbau der staatlichen Wirtschaftsaufgaben, der Erwerbslosenfürsorge, der Brotverbilligung usw., d. h. ungezügelt freie Wirtschaft, Weltmarktpreise, ungehemmte Auswirkung aller ökonomischen Umschichtungen des Weltkrieges, das bedeutet aber eine rein privatkapitalistische Lösung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise auf Kosten der Arbeiterschaft, breiter Konsumentenschichten und des kleinen und mittleren Unternehmertums, da nur das organisierte Großkapital dank seiner Monopolstellung auf dem Innenmarkt dieser ungeheuren Erschütterung gewachsen wäre.

Vor allem aber protestieren wir gegen diese Lösungsversuche als Sozialisten. Die Auffassung des Staates von dem Nachtwächter, der nur dafür zu sorgen hat, daß alle seine Bürger in Ruhe und Frieden ihrem

Erwerb nachgehen können, ist nicht die deutsche, vor allem nicht die sozialistische. Mehr denn je ist in der heutigen schweren Übergangskrise von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft der Staat das Organ der Gesamtheit, das die Aufgabe hat, eine planmäßige Wirtschaft mit weitgehendem sozialen Ausgleich aufzubauen. Die ökonomische Frage der Gegenwart ist eben keine rein ökonomische, sondern zugleich eine soziale Frage und heute gilt es, nicht einfach wieder zu den Verhältnissen der Vorkriegszeit zurückzukehren, sondern eine wirtschaftliche Form zur Steigerung der Produktion zu finden, die zugleich eine sozial gerechte ist, die die Bedürfnisse und die Notwendigkeiten der Volkswirtschaft über die privaten Erwerbsinteressen Einzelner stellt. Das ist unsere sozialistische Auffassung von den Möglichkeiten des Wiederaufbaus und sie steht im schärfsten Gegensatz zu den rein liberalistischen Tendenzen des Kapitalismus, die zudem in einer Zeit hochorganisierter Kartell- und Trustwirtschaft längst überholt sind. Und so müssen wir denn sagen: Die Finanzkonferenz in Brüssel hat uns keine praktischen Wege für den Wiederaufbau auf sozialer, gemeinwirtschaftlicher Grundlage gewiesen, ihre privatkapitalistischen Tendenzen widersprechen nicht nur unserer ganzen ökonomischen Lage, sondern auch dem wirtschafts- und sozialpolitischen Wollen der arbeitenden Massen.

Ordnung unserer Wirtschaft, Ordnung unseres Staatshaushalts — das ist allerdings auch für uns das große Gegenwartsproblem; aber nicht durch schrankenlose private Profitwirtschaft kann dieses Problem gelöst werden, weil das eine Lösung gegen Arbeiter und Konsumenten wäre, sondern durch gemeinwirtschaftliche Planwirtschaft, weitgehende Sozialisierung aller Monopolproduktion unter beratender und bestimmender Mitwirkung der Arbeiterschaft. Die ungeheuren Ausgaben des Staates, die er, soweit sie sozialer Natur sind, leisten muß, können allerdings nicht durch Steuern allein balanziert werden. Hier hat eben eine organische, systematische Sozialisierung einzusetzen; die auch heute noch großen Reingewinne werden nicht als unverdiente Gewinne in die Tasche schmarotzender Aktionäre zu fließen haben, sondern nach Abzug notwendiger Abschreibungen und Rückstellungen der Gesamtheit, dem Staat für seine großen sozialen und kulturellen Aufgaben zur Verfügung gestellt werden müssen!

Noch ein Wort zu der Resolution der Kreditkommission. Hier dürfte wohl das international bedeutendste Ergebnis der Konferenz beschlossen worden sein. Auf Grund eines Vorschlags des Holländers Termeulen ist beschlossen worden, den Völkerbund zu beauftragen, ein internationales Kreditinstitut zu bilden zur Finanzierung der lebensnotwendigen Einfuhr für die kreditbedürftigen Staaten. „Diese Körperschaft, die sich aus Bankiers und Geschäftsleuten von internationalem Ruf, ernannt durch den

Völkerbundsrat, zusammensetzen soll, wird nach Prüfung der ihr angebotenen Sicherheiten die Kredite bestimmen, deren Gewährung sie genehmigen kann. Die kreditsuchenden Regierungen können dann auf Grund ihrer Genehmigung Obligationen in fremder Währung ausgeben, deren Zinsendienst gesichert sein soll durch die von ihnen selbst angebotenen Garantien. Diese besonders gesicherten Obligationen sollen dann von den Regierungen den Importeuren zum Zwecke der Weitergabe als Sicherheit an ihre ausländischen Lieferanten übereignet werden. Wenn das Geschäft zwischen dem Exporteur und dem Importeur glatt abgewickelt ist, sollen diese Obligationen zurückgegeben und vernichtet werden. Wenn der Importeur außerstande ist, seinen vertraglichen Verpflichtungen nachzukommen, so ist der Exporteur berechtigt, die ihm zur Sicherheit übereigneten Obligationen bis zu ihrer Fälligkeit zu behalten oder in seinem Lande zu verkaufen. Der Importeur wird in diesem Falle Schuldner der Regierung seines Landes." (Voss. Zeitung.) So begrüßenswert auch die rasche Durchführung dieses Planes für die Finanzierung unserer Einfuhr wäre, so ist es von allen anderen Schwächen abgesehen doch nur ein schwacher Anfang einer Organisation des internationalen Warenaustausches, aber nicht das, was Europa heute zum Wiederaufbau braucht. Ein Vertreter Italiens wies darauf hin, daß gegenwärtig das Wichtigste der Verzicht der Rohstoff- und Kapitalländer auf restlose Ausnutzung ihres Sieges sei: also eine internationale Rohstoff- und Kreditgemeinschaft auf der Grundlage sozialisticher Bedarfswirtschaft. Aber zu diesem sozialistischen Wiederaufbau werden uns die Vertreter der liberalistischen Nationalökonomie und die Bankmänner des internationalen Finanzkapitals nicht führen. Wir schließen uns hier dem Urteil an, das ein guter Kenner der kapitalistischen und sozialistischen Wirtschaftsprobleme in der „Freiheit" bereits vor Beginn der Finanzkonferenz geschrieben hat: „Brüssel wird uns die Erfüllung unserer Forderungen nicht bringen. Man wird Resolutionen fassen und theoretische Erkenntnisse formulieren, aber man wird es nicht wagen, den Finger auf die große, offene Wunde der kapitalistischen Gesellschaft zu legen und der ganzen Welt zu zeigen, daß dort der Herd des ganzen Übels liegt. Die Solidarität des internationalen Kapitals wird Mittel und Wege finden, um die Wechselkurse in irgend einer Form zu regulieren, kapitalistische Transaktionen durchzuführen und die volle Last der Gegenwart auf die Schultern der arbeitenden Massen zu wälzen. Von der Reife der proletarischen Erkenntnis, von dem unerschütterlichen gemeinsamen Willen zur internationalen Aktion und zur beschleunigten Durchführung der Sozialisierung wird es abhängen,

ob auch diese schwere Krise der Weltwirtschaft mit dem Leben und der Gesundheit zahlloser arbeitender Menschen im kapitalistischen Sinne überwunden oder ob sie uns den Weg freimachen wird zur sozialistischen Gemeinwirtschaft."

## VII. Kapitel

## Der Kampf um die Wiedergutmachung.

### 1. Von Versailles bis London

Zwei Jahre lang hat der Kampf um die Wiedergutmachungsfrage auf der europäischen Politik, insbesondere auf der deutschen Politik gelastet und auch heute noch, nachdem bereits die erste im Londoner Ultimatum geforderte Goldmilliarde bezahlt ist, nachdem in dem Wiesbadener Abkommen zwischen Rathenau und Loucheur eine vorläufige Einigung über die Sachleistungen der nächsten fünf Jahre erzielt worden ist, steht die Wiedergutmachungsfrage im Vordergrund der wirtschaftspolitischen, der innen- und außenpolitischen Kämpfe. Die vorliegende Schrift ist in ihrer Idee und ihren einzelnen Gedankengängen herausgewachsen aus einer jahrelangen intensiven Beschäftigung mit der Wiedergutmachungsfrage, in erster Linie mit ihrer volks- und weltwirtschaftlichen Seite. Aber je mehr der Verfasser in die Probleme der Reparation einzudringen versuchte, je mehr er die Entwicklung dieser Frage und besonders die der Reparationsbedingungen und -Vorschläge zu verstehen suchte, umsomehr hat er die Wiedergutmachungsfrage als eminent politische Frage, ja als die Frage der deutschen Außenpolitik erkannt; er hat erkannt, daß sie in engstem Zusammenhang mit all den Fragen steht, die wir in den vorangegangenen Kapiteln eingehend behandelt haben, mit der deutschen Politik vor und nach dem Kriege, mit dem Problem des Völkerbundes usw. Es muß als ein Hauptfehler der deutschen Politik der letzten Jahre bezeichnet werden, daß sie diesen politischen Kern der Wiedergutmachungsfrage gar nicht oder doch viel zu spät erkannt und zur Grundlage ihrer Außenpolitik gemacht hat. Immer wieder hat man versucht, diese Frage rein wirtschaftlich zu betrachten, die ökonomische Unmöglichkeit der in Versailles, Paris und London uns auferlegten Reparationsbedingungen nachzuweisen. Es ist klar, daß sowohl vom volkswirtschaftlichen als auch vom weltwirtschaftlichen Standpunkt aus die schwersten Bedenken gegen diese Bedingungen geltend gemacht werden müssen und es ist sehr wahrscheinlich, daß sich im Laufe der Entwicklung die wirtschaftliche Unmöglichkeit ihrer Erfüllung herausstellen wird. Aber um alles das

handelte es sich bei den Reparationsverhandlungen gar nicht, sondern das Entscheidende war, daß wir im Friedensvertrag unter der Voraussetzung der deutschen Schuld am Kriege zur Wiedergutmachung verpflichtet worden sind, daß wir aus Gründen, auf die wir bereits des öfteren eingegangen sind, den Vertrag unterschrieben und damit die Verpflichtung übernommen haben, soweit als möglich ernstlich an die Durchführung der Reparationsbedingungen zu gehen. Bis zum 1. Mai 1921 war Deutschland die Möglichkeit gegeben, seinerseits ein Angebot zur Durchführung der Wiedergutmachung zu machen und damit auf die Bedingungen und Bestimmungen derselben in gewissem Sinne direkt und indirekt Einfluß zu üben. Die Rede, die der Außenminister Dr. Simons nach dem ergebnislosen Abbruch der Londoner Konferenz im deutschen Reichstag gehalten hat, beweist, daß keine deutsche Regierung bis dahin einen umfassenden Plan für die Wiedergutmachungsleistungen ausgearbeitet hatte, daß auch die Vorbereitungen für die Londoner Konferenz erst in den letzten vierzehn Tagen und da nur recht ungenügend getroffen worden sind. Man konnte zwar immer behaupten hören, die deutsche Regierung habe Vorschläge gemacht, dieselben seien aber von Frankreich abgelehnt worden; bis heute ist kein solcher Vorschlag veröffentlicht worden und deshalb eine Beurteilung dieser Behauptung unmöglich. Dr. Simons hat dieses Versagen der deutschen Politik begründet mit dem Hinweis auf die verschiedensten Faktoren, welche unsere politische und wirtschaftliche Situation äußerst ungünstig gestalten und eine klare Abschätzung der deutschen Leistungsmöglichkeiten unmöglich machen, wie das ungelöste oberschlesische Problem, die Kohlennot, Valutanot, Verlust wertvoller Produktionsgebiete usw. Es ist richtig, alle diese hemmenden und erschwerenden Faktoren müssen bei der Beurteilung der deutschen Wiedergutmachungspolitik herangezogen werden. Außerdem hat auch das Verhalten der Ententemächte selbst eine Verständigung sehr erschwert, wenn nicht gerade unmöglich gemacht. Wenn Frankreich von allem Anfang an konsequent und einheitlich einen Weg der Verständigung gesucht hätte, wenn es ihm lediglich um den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete und die Entschädigung für die angerichteten Schäden angekommen wäre, so hätte ein Weg dazu gefunden werden können. Aber einmal herrschte in Frankreich lange Zeit die Politik jener, denen es weniger um den Wiederaufbau und die Reparationszahlungen zu tun war, sondern darum, Deutschland mit aller Gewalt totzudrücken, das Ruhrgebiet zu besetzen u. a. m. Und diese Allfranzosen hatten ein großes Interesse daran, daß die Ruinen Nordfrankreichs möglichst lange als offene Wunde am französischen Volkskörper bluteten, denn damit konnte man Agitation gegen Deutschland treiben und jeden Versuch einer deutsch-

französischen Annäherung zunichte machen. Dazu kommen die Gegensätze, die von Anfang an zwischen England und Frankreich in der Wiedergutmachungsfrage herrschten, die in allen Konferenzen wieder zutage traten und die gerade jetzt wieder in dem englisch-französischen Meinungskampf um das Pariser Finanzabkommen über die Verteilung der ersten deutschen Goldmilliarde eine große Rolle spielen. England, das keine zerstörten Gebiete hat, das wirtschaftlich relativ gesund aus diesem Kriege hervorgegangen ist, hat kein Interesse an deutschen Sachleistungen, ausgenommen gewisse Produkte, welche die englische Industrie nicht herstellen kann und die sie auf diese Weise billig geliefert bekommt. Ihm kommt es vor allem darauf an, Deutschland weltwirtschaftlich niederzuhalten und mit der deutschen Geldentschädigung sein Budget zu balancieren. Dazu kommt, daß weite Kreise der englischen Politik im Laufe der Entwicklung das Interesse an der Wiedergutmachungsfrage verloren haben und immer mehr für eine Revision der Reparationsbedingungen des Friedensvertrages eintreten. Frankreich, das sich wirtschaftlich und finanziell im Kriege außerordentlich verblutet hat, ist in großem Maße auf die deutschen Entschädigungssummen angewiesen und vor allem auf die deutschen Sachleistungen zum Wiederaufbau seiner zerstörten Gebiete.

Trotzdem hätte vielleicht eine annehmbare Lösung der Wiedergutmachungsfrage gefunden werden können, wenn nicht das deutsche Volk und die deutsche Politik immer wieder so kläglich versagt hätten. Wir mußten uns doch nüchtern auf den Boden des Gegebenen stellen, mit der Mentalität und den Forderungen der Ententemächte rechnen und einen für uns einfach noch irgend wie gangbaren Weg der Verständigung zu finden suchen in der Überzeugung, daß es jetzt nicht darauf ankommt, statistisch unsere wirtschaftlichen Leistungen auf Jahrzehnte hinaus zu berechnen und festzulegen, sondern p o l i t i s c h in Rücksicht auf die zur Zeit gegebene weltpolitische Situation einen ernstlichen Anfang der Erfüllungspolitik zu machen und damit die politische Grundlage einer Revision der Bedingungen zu schaffen. Statt dessen tobte in Deutschland zwei Jahre lang ein heißer innerpolitischer Streit um die Anerkennung der Wiedergutmachungspflicht, die Rechtskreise und das großkapitalistische Unternehmertum suchten bei jeder Gelegenheit ihr „unmöglich" in die Welt hinauszuschreien und der Regierung ein Eingehen auf die Vorschläge der Gegenseite unmöglich zu machen. Der Hauptfehler aber war, daß die Außenpolitik der Regierung selbst, am krassesten wohl unter dem Kabinett Fehrenbach-Simons, immer wieder durch Ausspielen der Ententemächte gegeneinander einen Erfolg in dieser Frage, ein Herumkommen um die Leistung der Reparation zu erzielen suchte. Das zeigte sowohl die Sach-

verständigenkonferenz in Brüssel als besonders mit nicht mehr zu überbietender Deutlichkeit das Vermittlungsangebot an Amerika. Wir haben gesehen, daß es in Spa zu keiner Diskussion der Reparationsfrage mehr gekommen ist, dagegen wurde dort bestimmt, daß Sachverständige beider Parteien in Brüssel eine Verständigungsgrundlage finden sollten, denn immer lauter schrieen die Einwohner der zerstörten nordfranzösischen Gebiete nach Wohnungen und Arbeit und immmer deutlicher verlangten die Sozialisten und Gewerkschaftler aller Länder den Wiederaufbau gemeinsam mit Deutschland. Über dem was eigentlich von den Sachverständigen in Brüssel verhandelt wurde und beschlossen worden ist, schwebt noch heute völliges Dunkel. Nur das eine ist bekannt geworden, daß die französischen Sachverständigen ein Projekt Seydoux propagierten, das zunächst einmal von einer Gesamtregelung der deutschen Entschädigung absehen und ein Provisorium von Geld und Sachleistungen für die nächsten fünf Jahre schaffen wollte. Deutschland hat damals erklärt, es verlange unter allen Umständen eine Gesamtregelung, da es wissen müsse, was es zu zahlen habe und wie es in den nächsten Jahren über seine Wirtschafts- und Finanzpolitik disponieren könne. Wie man gehört hat, soll Deutschland auf englischen Vorschlag hin das Provisorium abgelehnt haben. Das wäre umso tragischer, als später in London Lloyd George das letzte deutsche Angebot eines fünfjährigen Provisoriums ablehnte, gerade mit dem Hinweis darauf, daß Deutschland bisher bei jeder Gelegenheit eine Gesamtregelung verlangt habe. Aber die Sachverständigenverhandlungen führten überhaupt zu keinem Ergebnis, weil die Entwaffnung Deutschlands an dem Widerstand reaktionärer Kreise insbesondere der Einwohnerwehren und Orgesch-Organisationen Bayerns gescheitert war und Frankreich unter allen Umständen zuerst die Durchführung der Spaer Entwaffnungsbedingungen verlangte. Es folgten dann die sog. „Propositionen von Paris", die neben einer vollständigen Durchführung der Entwaffnung 42 Jahresraten von 2—6 Goldmilliarden forderten und dazu 12% der deutschen Ausfuhr; ferner Sperre aller Kreditoperationen für Reich, Länder und Gemeinden und Schaffung eines Garantiefonds aus Eigentum und Einnahmen des Reiches und der Länder. Deutschland sollte in London Gelegenheit gegeben werden, mit der Entente über seine Gegenvorschläge zu verhandeln. Aber auch jetzt ist in Deutschland kein ernstlicher Versuch gemacht worden, auf der Grundlage dieser Pariser Propositionen, die doch politisch die einzig mögliche damals erreichbare Einigungsbasis zwischen England und Frankreich darstellten, einen Gegenvorschlag auszuarbeiten. Die Hauptsache war vielmehr zunächst, daß die öffentliche Meinung in der Richtung der unbedingten Ablehnung der Pariser Bedingungen

bearbeitet wurde. Was aber geschehen solle, wenn die Entente auf den Grundlinien dieser Pariser Vorschläge bestehen bleibt, darüber machte man sich weiter keine Sorgen und doch hat Lloyd George nach der Londoner Konferenz und dem Inkrafttreten der Sanktionen im englischen Unterhaus mit Bezugnahme darauf, daß Deutschland in dem Protokoll des Friedensvertrages zu einem Gegenangebot aufgefordert worden sei, erklärt, „wenn dieses Angebot billig und verständig gewesen wäre, obwohl es trotzdem vielleicht nicht an die erstrebenswerte Grenze herangereicht hätte, so wäre es begreiflicherweise für die Alliierten besser gewesen, dieses Angebot anzunehmen als eine höhere Summe als Ergebnis des Zwanges zu erreichen."

## 2. Die Londoner Konferenz und das Ultimatum des Obersten Rates

Während in Berlin ein Ausschuß von sog. Sachverständigen Denkschriften über die finanzielle und wirtschaftliche Lage Deutschlands ausarbeitete und eine Entscheidung darüber treffen sollte, ob wir das in Paris Geforderte leisten könnten oder in welchen Grenzen eventuell ein Gegenangebot gemacht werden könne, bereiste der Außenminister Dr. Simons die deutschen Länder, insbesondere Süddeutschland, um dort mit den Vertretern von Politik und Wirtschaft seine Stellungnahme auf der Londoner Konferenz festzulegen. Über die politischen Voraussetzungen, aus denen heraus die Entente ihr Angebot gemacht hatte und über die Vorschläge, die wir unter Berücksichtigung des von der Entente Geforderten in London machen wollen, über irgend eine neue Basis, auf der wir zunächst einmal an die Leistungen herangehen wollen, wurde dort nicht gesprochen, sondern lediglich darüber, daß wir die Pariser Bedingungen unmöglich annehmen könnten. Es ist behauptet worden, Dr. Simons sei bei diesen Besprechungen in Stuttgart und Karlsruhe von den rechts gerichteten Kreisen und den Vertretern des Großkapitalismus auf seine starre Haltung in London festgelegt worden. Mag das richtig sein oder nicht, sicher ist jedenfalls, daß Dr. Simons in London nicht die politisch-diplomatische Großzügigkeit und Elastizität besessen hat, die zweifellos in dieser Situation notwendig gewesen wäre, gerade angesichts der Unnachgiebigkeit unserer Gegner. Recht deutlich aber gab der Außenminister auf diesen Konferenzen zu erkennen — Verfasser dieses hatte als Mitglied des badischen Landtags Gelegenheit, in Karlsruhe dieser Besprechung mit dem Reichsaußenminister beizuwohnen —, daß er etwas Entscheidendes von dem Amtsantritt Hardings erwarte und daß seine Taktik vor allem dahin gehe, die Verhandlungen in London dilatorisch hinauszuziehen, bis Hardings Erklärung über die Reparationspolitik der Entente ihre Wirkung

getan hat. In dieser Erwartung ist der Außenminister später jämmerlich betrogen worden, was mit aller Deutlichkeit zeigt, auf welcher schwachen, schwankenden und falschen Grundlage die deutsche Außenpolitik in dieser entscheidenden Schicksalsfrage aufgebaut war.

„Die deutsche Regierung ist nicht in der Lage, die Pariser Beschlüsse in der Form anzunehmen, in der sie übermittelt wurden. Sie wird jedoch Gegenvorschläge machen." Mit diesen dürren Worten begann Dr. Simons in London seine erste große Rede vor dem Tribunal der Ententemächte. Er ging dann auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Reparationsproblems ein, auf die finanzielle und wirtschaftliche Lage Deutschlands unter Hinweis auf die verschiedenen von den Sachverständigen ausgearbeiteten Denkschriften, sowie unter Betonung der Wirkung, die eine gewaltsame Forcierung des deutschen Exports gerade auf die Länder haben müßte, die von Deutschland die Reparationssumme erwarteten. Schließlich gab er das deutsche Gegenangebot bekannt: Als kapitalisierter Jetztwert unserer Gesamtschulden 50 Milliarden Goldmark, wovon 20 Milliarden für das bereits Geleistete abzuziehen sind. Der Rest soll durch eine steuerfreie internationale Anleihe auf dem Weltmarkt mobilisiert werden. Sollte das im ganzen Umfang nicht möglich sein, so doch sofort 8 Milliarden, die Frankreich zur Befriedigung seiner dringendsten Bedürfnisse überwiesen werden sollen. Verzinsung und Amortisation ist Sache Deutschlands. Dasselbe wird in den ersten Jahren höchstens bis zu einer Goldmilliarde leisten können und diese soweit wie möglich in Sachwerten. Als Bedingung wurden gestellt: Oberschlesien soll bei Deutschland bleiben, Deutschland erhält allgemeine Handelsfreiheit zugestanden und alle übrigen Leistungen aus dem Friedensvertrag sollen damit abgegolten sein.

So weitgehend dieses deutsche Gegenangebot auch war, so sehr auch es unsere deutsche Wirtschaft belastet hätte, so war es doch ganz klar, daß die Entente nach den Beschlüssen von Paris, nach der politischen Festlegung, welche dieselben ihrer eigenen Öffentlichkeit gegenüber bedeuteten, das deutsche Gegenangebot in dieser Form unmöglich annehmen konnte. So schwierig auch die Situation des deutschen Außenministers war und so vorsichtig man gerade hier in der Kritik sein muß, so war es doch politisch unklug und einfach unverzeihlich, daß er weder in seiner Rede noch in seinem Angebot den nordfranzösischen Wiederaufbau mit irgend einem Worte erwähnte und ebensowenig irgend ein Gegenangebot für die Beteiligung an der deutschen Wirtschaftsentwicklung, welche die Entente in der Pariser Exportprämie verlangte. Welche politisch-mora-

lische Wirkung hätte Dr. Simons erzielen können, wenn er sich mehr auf die politische Psychologie der Gegenseite eingestellt und insbesondere den Leiden der Bevölkerung der nordfranzösischen Gebiete Rechnung getragen hätte. Aber das alles ist nicht geschehen. Starr und unbedingt, ohne jedes Eingehen auf die Mentalität dessen, mit dem man Politik zu treiben hatte, wurde das deutsche Gegenangebot hingestellt. Lloyd George lehnte es schroff ab, als dem Geiste des Friedensvertrages widersprechend. Dabei wies er insbesondere hin auf die Rede, die Dr. Simons in Stuttgart gehalten und auf das Echo, das sie in der deutschen Rechtspresse, in der Fachpresse des Unternehmertums gefunden hatte. Er gab der deutschen Delegation Frist bis zum Montag unter Androhung des Ultimatums: Besetzung neuer Gebiete, Erhebung einer Exportabgabe in den Ententeländern und Schaffung einer neuen Zollinie am Rhein. Zwischen Samstag und Montag fanden dann intensive Verhandlungen statt, von beiden Seiten wurden schließlich Kompromißvorschläge ausgearbeitet. In der Schlußsitzung am Montag schlug der deutsche Außenminister schließlich ein Provisorium vor: Feste Jahresrate in Höhe der Pariser Beschlüsse und für die Exportabgabe ein entsprechendes Äquivalent wieder unter den Bedingungen, daß Oberschlesien deutsch bleibe und Deutschland völlige Handelsfreiheit erhalte. Für das Angebot einer weitergehenden Gesamtregelung erbat er sich acht Tage Zeit. Aber auch der letzte Gegenvorschlag wurde abgelehnt und die angedrohten Sanktionen traten unverzüglich in Kraft. Wenn Dr. Simons nach der Rückkehr von London von Alldeutschen und Reaktionären jubelnd am Berliner Bahnhof empfangen wurde, so entsprach das sicher nicht seinem Wünschen und Wollen, aber es zeigte doch, wie sehr die deutsche Außenpolitik sich diesen Kreisen genähert hatte und es mußte eine ernste Warnung für den jetzt einzuschlagenden Weg sein. Daß der Reichstag die deutsche Delegation wegen ihres Mißerfolges nicht fallen ließ, war verständlich und ebenso, daß er in der Öffentlichkeit mit seiner Kritik zurückhielt. Nichtsdestoweniger hätte man aus den gemachten Fehlern lernen sollen, man hätte einsehen sollen, daß alles starre Festbleiben unter den gegebenen Umständen nichts nützt, denn zweifellos wäre es damals ohne Sanktionen abgegangen, wenn wir, bereit das äußerste zu wagen, schon damals die Vorschläge gemacht hätten, die wir später an den Präsidenten Harding mit der Bitte um Vermittlung gehen ließen.

### 3. Von London bis Wiesbaden

Kaum war die Londoner Konferenz ergebnislos abgebrochen und die Sanktionen in Kraft getreten, da verdrängten auch schon wieder andere

wichtige politische Tagesfragen die Wiedergutmachungsfrage aus der allgemeinen öffentlichen Diskussion. Das Schicksal Oberschlesiens nach der Abstimmung, der Kommunistenaufruhr in Mitteldeutschland, die abenteuerliche Ungarnfahrt des Exkaisers Karl, die Widerspenstigkeit Bayerns in der Entwaffnungsfrage das sind die Dinge, die mit gespanntestem Tagesinteresse verfolgt wurden und die in den Diskussionen der Presse, Versammlungen und Biertische den breitesten Raum beanspruchten. Und doch steht die Wiedergutmachungsfrage an Bedeutung turmhoch über allen jenen anderen Einzelfragen; sie ist nicht nur die Lebensfrage Deutschlands, sondern ganz Europas, von ihrer Lösung hängen die Lösungen jener anderen Fragen direkt und indirekt ab.

Es war merklich still bei uns geworden über die Wiedergutmachungsfrage; ab und zu las man zwar ein Interview des Außenministers Dr. Simons, in der von praktischen Wiederaufbauvorschlägen die Rede ist, die in Vorbereitung seien — weiter aber geschah nichts und die öffentliche Meinung wurde von Tag zu Tag mehr in einer ganz anderen Richtung orientiert. Es schien, daß diejenigen großkapitalistischen industriellen Kreise, denen die Wiedergutmachung von jeher ein Dorn im Auge war und die stets auf den Moment gewartet haben, wo sie sich um Wiedergutmachungspflichten drücken können, immer mehr an Einfluß gewannen. Man argumentierte: Nachdem die Entente die deutschen Vorschläge in London abgelehnt und den Weg der gewaltsamen Sanktionen beschritten hat, sind wir überhaupt nicht mehr an irgendwelche Abmachungen gegenüber der Entente gebunden. „Sie mögen sich jetzt ihre Milliarden holen", d. h. man erträgt mit mehr oder weniger stoischem Gleichmut die Sanktionen in der Erwartung, daß sie der Entente nicht viel nützen werden und inzwischen sucht man unsere Wirtschaft von der Entente unabhängig zu machen, indem man sie auf neue, u. a. auch östliche Absatzmärkte umorientiert. Es ist wohl kein Zufall, daß gerade diejenigen Wirtschaftskreise so denken, schreiben und handeln, die nicht zuletzt durch ihren kapitalistischen Imperialismus Deutschland in diesen Weltkrieg hineingetrieben haben und die sich in der Zerstörung und Lahmlegung der belgischen und französischen Industrie nicht genug tun konnten.

Die Gedankengänge dieser Herrschaften — es sind dieselben, die heute ihre „Reingewinne" im neutralen Ausland in internationalen Konzernen anlegen, während sie den deutschen Staat an seiner Vierhundertmilliardenschuldenlast zugrunde gehen lassen — gewannen in der tonangebenden bürgerlichen Tagespresse immer größeren Einfluß. Und doch mußte

aufs deutlichste vor solchen und ähnlichen Gedankengängen als vor einem Abweg rechtzeitig gewarnt werden. Ganz abgesehen von der Frage, ob eine derartige Umorientierung der deutschen Industrie und des Exports in dem dazu notwendigen Umfange ökonomisch überhaupt möglich ist, politisch war dieser Weg unter keinen Umständen gangbar, würde er zu den schwersten Verwicklungen, zur Verewigung von Gewalt und Militarismus führen, den Untergang der abendländischen Kultur bedeuten! Solange die Ruinen Nordfrankreichs als schmerzende Wunde am französischen Staatskörper klafft, solange das Ausland am ehrlichen Willen Deutschlands zur Wiedergutmachung auch nur mit einem Schein von Berechtigung zweifelt, solange werden in den Ententeländern die nationalistischen Machtpolitiker und Militaristen triumphieren, solange wird keine Ruhe in Ruropa, am wenigsten aber in Deutschland einziehen. Da hilft alles Wettern gegen die Friedensverträge von Versailles, St. Germain und Trianon gar nichts, ohne Lösung des Wiedergutmachungsproblems wird keine Revision derselben möglich sein, außer auf dem Wege der Gewalt wie in Kleinasien, ein Weg, mit dem zwar die Rechte in Deutschland mehr und mehr liebäugelt, der aber rein tatsächlich von vornherein zur Aussichtslosigkeit verurteilt ist.

Um so freudiger war es zu begrüßen, daß die Entschließungen der 2. sozialistischen Internationale und der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale die gewaltige Bedeutung der Wiedergutmachungsfrage wieder ins richtige Licht gerückt haben.

Die internationale Arbeiterschaft hat in der Erkenntnis ihrer gemeinsamen Klasseninteressen in Amsterdam den Versuch gemacht, eine Lösung der Wiedergutmachungsfrage zu finden, die ausgehend von dem Bedürfnis der durch den Krieg verwüsteten Gebiete auch die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der besiegten Länder, welche die Wiedergutmachung leisten sollen, berücksichtigt und insbesondere die Interessen der Arbeiterschaft in allen in Frage kommenden Staaten. Mit Recht hat die Gewerkschaftsinternationale zum Ausdruck gebracht, „daß angesichts der Ohnmacht der kapitalistischen Regierungen nur eine internationale Solidarität der Arbeiter aus dem Chaos herausführen kann", eine Solidarität allerdings nicht der blutigen Weltrevolutionen, sondern der praktischen zielklaren Gemeinschaftsarbeit. Die Hauptpunkte des Amsterdamer Wiederaufbauprogramms waren: die zerstörten Gebiete sollen so rasch wie möglich einen beträchtlichen Entschädigungsanteil erhalten, der durch internationale Anleihen aufgebracht wird, für die Deutschland durch 30 Annuitäten bürgt. Der

Wiederaufbau ist durch ein gemischtes Sach-, Arbeits- und Geldleistungssystem zu vollziehen, Deutschlands Leistungen werden auf seine Entschädigungssumme angerechnet. Wie man sieht, finden sich hier wesentliche Momente der Simonschen Gegenvorschläge wieder.

Von allergrößter Bedeutung sind folgende Bestimmungen des Punktes 2 der Amsterdamer Resolution: Die Entschädigungssummen, die über die Kosten des Wiederaufbaus der zerstörten Gebiete hinausgehen, sollen durch eine Zahlungsmethode geleistet werden, die der jeweiligen deutschen Leistungsfähigkeit entspricht:

„Zu diesem Zwecke sollte keine Anstrengung gescheut werden, um die normalen Produktions- und Austauschbedingungen im internationalen Verkehr wiederherzustellen. Die deutsche Regierung sollte sich dann bereit erklären, ein festes Minimum an Jahresraten zu bezahlen, das der Prosperität des Landes angepaßt ist. Diese gleitende Skala sollte nicht allein die Ausfuhrziffern, sondern — in derselben Weise wie die gewöhnlichen Steuern — die Höhe des Nationalvermögens und des Einkommens berücksichtigen. Die Konferenz fordert die Organisationen der Arbeiterklasse und ihre parlamentarischen Fraktionen auf, zu prüfen, wie das verwirklicht werden kann."

Die Entscheidung über die Höhe der Gesamtsumme sowie den Wert der von Deutschland bereits getätigten Leistungen soll einer für beide Teile annehmbaren Sachverständigenkommission oder einem Schiedsgericht des Völkerbundes, in den Deutschland aufzunehmen ist, überantwortet werden. Auch dieser Vorschlag entspricht dem, was Dr. Simons in London forderte. Interessant ist noch Punkt 5, der von der Bedeutung der neutralen Versöhnungs- und Vermittlungstätigkeit spricht. Er lautet:

5. Die Konferenz nimmt ferner Kenntnis von der Erklärung der holländischen Delegation, welche das Interesse der neutralen Länder an einer schnellen, friedlichen und dauerhaften Reparation feststellt. Die holländische Regierung und das holländische Parlament bewilligten zu diesem Zweck schon Kredite und Anleihen. Sollten die Umstände es erfordern, in dieser Richtung noch weiterzugehen, wird die holländische Partei gern die Initiative ergreifen, um anderen Parteien der neutralen Länder Richtlinien für eine gemeinsame Aktion vorzuschlagen. Die Delegation weist darauf hin, daß die Intervention der neutralen Länder in dem Maße an Bedeutung gewinnen kann, wie die Beschränkung der Rüstungen energischer durchgeführt wird. Die Konferenz lenkt die Aufmerksamkeit der parlamentarischen Fraktionen aller Länder auf diesen Punkt.

Den Arbeitern war mit diesem Manifest gelungen, was die Kapitalisten vergebens versuchen, ja zum Teil gar nicht wollen, sie haben über die nationalen Grenzpfähle hinweg eine gemeinsame Plattform in der Wiedergutmachungsfrage geschaffen, für die zu kämpfen sie entschlossen sind, jedenfalls eine psychologisch und moralisch nicht zu unterschätzende Errungenschaft. Pflicht unserer deutschen Partei war es jetzt, gemeinsam mit den Gewerkschaften in Deutschland diesen Amsterdamer Vorschlägen den Weg zu ebnen, auf dem Boden der Amsterdamer Richtlinien einen Reparationsvorschlag auszuarbeiten und die Regierung zu zwingen, bei demnächst wieder aufzunehmenden Verhandlungen auf diese Basis zu treten.

Aber trotz der Dringlichkeit der Frage, trotzdem nur noch wenige Wochen uns von dem verhängnisvollen 1. Mai 1921 trennten, es wollte im Auswärtigen Amt nicht vorwärts gehen. Dr. Simons, der verantwortliche Leiter des Auswärtigen Amtes, weilte auf einer, wie es hieß, rein privaten Erholungsreise in der Schweiz. — Wir erlauben uns, bei allem Verständnis der Erholungsbedürftigkeit dieses Mannes die Frage, ob es gerade damals notwendig war, daß er auf Reisen weilte, wo doch gerade jetzt in Berlin die gründliche Vorbereitung einer neuen Wiedergutmachungskonferenz und neuer deutscher Gegenvorschläge unbedingt notwendig war? —; daß die Schweizer Reise nicht nur so ganz privatim war, geht aus dem Besuch hervor, den Dr. Simons in Bern dem schweizerischen Bundespräsidenten Schultheß, dem Vizepräsidenten Haab und dem Vorsteher des politischen Departements Motta abgestattet hat. Neben handelspolitischen Fragen wurde bei dieser Unterhaltung auch die Wiedergutmachungsfrage berührt. Nach einem Privattelegramm der „Frankfurter Zeitung" betonte Dr. Simons gegenüber den Vertretern des Bundesrats den entschiedenen Willen Deutschlands, innerhalb des Möglichen zur Wiedergutmachung die Hand zu bieten. Er äußerte die Meinung und die Hoffnung, „daß die deutsche Regierung wohl demnächst Gelegenheit haben werde, ihren guten Willen zu beweisen". Die „Frankfurter Zeitung" machte zu diesem geheimnisvollen Satz die Bemerkung, Dr. Simons habe hiermit offenbar auf die Möglichkeit neuer Verhandlungen hingedeutet.

Man konnte unserer Regierung, und insbesondere unserem Außenminister nur immer wieder sagen: hüten wir uns, unsere Außenpolitik auf Illusionen aufzubauen! Eine der gefährlichsten Illusionen ist der Gedanke, die Mächte der Entente mit ihren ver-

schiedenen Interessen gegeneinander ausspielen zu können. Bis jetzt hat diese Politik jedesmal jämmerlich Fiasko gemacht und erst dieser Tage haben wir wieder die Gefährlichkeit eines solchen Spiels zu spüren bekommen. Dr. Simons hat nach dem Scheitern der Londoner Konferenz dem amerikanischen Geschäftsträger in Berlin ein sogen. Aide-memoire über Deutschlands Stellung zur Wiedergutmachungsfrage übergeben lassen. Darin erklärte sich Deutschland bereit, seine Wiedergutmachungspflicht in den Grenzen seiner Leistungsfähigkeit zu erfüllen, es beklagte sich über die zu weit gehenden Ansprüche Frankreichs und machte u. a. den Vorschlag, die Schulden Frankreichs und Englands an Amerika auf Deutschland übernehmen zu wollen. Man muß sich doch fragen: wozu diese Note an Amerika? Das Auswärtige Amt sagte, es lege Wert darauf, daß in Amerika nicht die Meinung aufkomme, die Wiedergutmachungsfrage scheitere am schlechten Willen Deutschlands. Diese Antwort löst die Frage nicht, wir fragen weiter, warum die deutsche Politik gerade auf die Meinung Amerikas so großen Wert legt und da kommen wir zu dem Eindruck: Die deutsche Note war ein Hilferuf in der Hoffnung, noch in letzter Stunde Amerika gegen Frankreich und England ausspielen zu können. Wir wissen, daß Dr. Simons nach London gegangen ist in der Meinung, daß der neue amerikanische Präsident Harding in seiner Antrittsrede am 4. März ein Programm seiner Europapolitik entwickle, das der Entente zu denken gebe und sie zu einer Verständigung mit Deutschland geneigter machen wird. Diese Hoffnung ist getäuscht worden, Harding hat sich zur Wiedergutmachungsfrage überhaupt nicht geäußert; er machte lediglich die zwar sehr amerikanische, im übrigen aber nichtssagende Bemerkung, Amerika werde sich nur insoweit für Europa interessieren, als es in seinem Interesse gelegen sei, lehne aber jede Bindung nach irgendeiner Seite von vornherein ab. Unser Außenminister hatte aber keine Ruhe, er wollte Hardings Stellungnahme kennen, daher das Memorandum. Und die Antwort? Wieder echt amerikanisch! Amerika freut sich, daß Deutschland bereit ist, in den Grenzen seiner Leistungsfähigkeit wiedergutzumachen, als Urheber des Krieges habe es dazu die verdammte Pflicht und Schuldigkeit! Also: eine Ohrfeige, eine glatte Absage. Es mag sein, daß Amerika mit Deutschland Frieden schließt — der Präliminarfrieden wurde inzwischen abgeschlossen — und mit ihm Handelsbeziehungen aufnimmt, daß amerikanische Kapitalisten, um Geschäfte in Deutschland zu machen, Deutschland Kredite vorschießen — alles natürlich nicht zu unterschätzende Möglichkeiten — aber die euro-

päischen Konflikte und Verwicklungen, in die Deutschland durch den Weltkrieg geraten ist, wird uns Amerika nicht lösen helfen. Um so bedauerlicher ist die politische Wirkung, die die deutsche Note an Amerika in Frankreich hervorgerufen hat, das natürlich in dieser Frage zu jener Zeit um so sensibler war, als ja gerade damals Viviani in Amerika weilte, um Harding bezw. die amerikanische Außenpolitik auf die Linie der französischen Forderungen herüberzuziehen. Briand sah in dem deutschen Memorandum lediglich den Versuch einer Spaltung der Entente und daraus ist auch die eigentümlich massive Schärfe zu erklären, mit der er davon sprach, daß am 1. Mai eine harte Faust Deutschland am Kragen packen werde. Diese Drohung hätten wir uns ersparen können, um so mehr, als ja Dr. Simons dem französischen Berichterstatter Sauerwein erklärte, daß wir unbedingt mit Frankreich zu einer Verständigung kommen müßten, da es an der Wiedergutmachung das Hauptinteresse habe. Was soll man denn zu dieser unverständlichen Zickzackpolitik des Berliner Auswärtigen Amtes sagen, oder war man dort schon bei der bequemen Weisheit angelangt, die Dinge treiben zu lassen, die Zeit werde schon für uns arbeiten?

Hier durfte es kein Hin und Her geben, wir mußten die Wiedergutmachungsfrage mit den europäischen Mächten zu lösen suchen, mit denen uns eine Schicksalsgemeinschaft verbündet. Die Chauvinisten und Nationalisten werden sowenig eine solche Basis finden wie die Kapitalisten, es bleibt lediglich die Arbeiterschaft, die durch ihre Klassenlage am raschen Wiederaufbau, am Frieden und an der Solidarität interessiert ist. Die internationale Arbeiterschaft hatte eine solche Basis bereits geschaffen in dem Programm, das sich die Gewerkschaftsinternationale in Amsterdam geschaffen hat. Wenn die deutsche Regierung überhaupt noch zu einer Lösung kommen wollte, so nur in der Richtung der Beschlüsse der internationalen Arbeiterschaft. Aber weder die deutsche Regierung noch die Volksvertretung haben zu diesen Beschlüssen Stellung genommen. Wir hielten das für eine schwere Unterlassungssünde und warnten dringend davor, die Dinge einfach so gehen zu lassen, wie das bisher geschehen ist, wenn nicht das deutsche Volk in den nächsten Wochen wieder furchtbaren Schicksalsschlägen entgegengehen soll, die letzte Rede Briands war doch eine deutliche Warnung, die man nicht überhören kann. Aber das Auswärtige Amt ließ sich nicht aus der Ruhe bringen, es starrte hypnotisiert nach Amerika, von wo ihm Hilfe kommen sollte. Man wußte, daß in Frankreich alles zum militärischen Einmarsch ins Ruhrgebiet bereitet war und daß es für Briand ein Zurück

kaum mehr gab. Man wußte, daß in London der Oberste Rat versammelt war, von dessen Entscheidung Deutschlands Zukunft abhängen mußte. Man wußte auch, daß Lloyd George gemeinsam mit Sforza und unterstützt von Londoner Bankiers sich um eine friedliche Beilegung des Konflikts bemühte, unter dem schärfsten Widerspruch Briands und der ganzen französischen Presse. Alles das wußte man in Berlin, aber — man starrte nach Washington, woher das Heil kommen sollte. Es hatte nichts genützt, daß Amerika schon auf das erste deutsche Memorandum abwinkte, es war umsonst, daß Harding das Schiedsrichteramt ablehnte: Simons und das ganze Reichskabinett glaubte an Harding, weil einige amerikanische Großkaufleute dahingehende Mitteilungen gemacht hatten! Nachdem schon tagelang in der in- und ausländischen Presse gemunkelt worden war, daß Deutschland Gegenvorschläge nach Amerika gemacht und Harding um einen Schiedsspruch gebeten habe, wurde endlich am 25. April bekannt, daß Deutschland diesen Schritt beim amerikanischen Geschäftsträger in Berlin getan habe. Deutschland übernahm eine Reparationsschuld im Jetztwert von 50 Milliarden Goldmark oder in Jahresraten bis zum Gesamtwert von 200 Milliarden Goldmark, also im wesentlichen die Forderungen von Paris; eine feste Zahl der Jahre wurde dabei nicht genannt, so daß durch entsprechende Verlängerung der Zahlungszeit eine Entlastung der deutschen Wirtschaft möglich ist. Ausdrücklich wurde diesmal der Entente der sog. „Besserungsschein" zugestanden, d. h. eine entsprechende Beteiligung an der Hebung unserer wirtschaftlichen Gesamtlage, für welche natürlich die am Schluß der Note genannten Voraussetzungen wesentlich sind, also: Freigabe unseres Privatvermögens im Ausland, Beseitigung der Sanktionen, keine weitere Verringerung der deutschen Produktionsbasis, freier Weltverkehr für die deutsche Wirtschaft und Entlastung unseres Budgets von allen unproduktiven Ausgaben, wobei man wohl vor allem an die unsinnig hohen Kosten des Besatzungsheeres gedacht hat. Um sofort einen Teil der Schuld für das notleidende Frankreich zu mobilisieren, nimmt Deutschland sofort eine internationale Anleihe auf, die es verzinst und tilgt, als Garantie werden den Geldgebern das öffentliche Eigentum und die öffentlichen Einnahmen angeboten. Einen Hauptteil seiner Schuld will Deutschland durch den Wiederaufbau Nordfrankreichs abtragen, näher wird davon hier nicht gesprochen, da diese Materie in einer besonderen Wiederaufbaunote an die Reparationskommission zu konkreten Vorschlägen verdichtet worden ist. Eine internationale Sachverständigenkommission soll über Deutschlands Leistungsfähigkeit entscheiden. Neu war das Angebot einer sofort zahlbaren Mil-

liarde Goldmark in Gold, Silber und Devisen, sowie die Übernahme der alliierten Schuldverpflichtungen an Amerika, allerdings nur „gegebenenfalls", d. h. wenn es gewünscht wird.

Warum hat man nicht schon in London diese bis an die äußerste Grenze des Möglichen gehenden und die Mentalität der Sieger berücksichtigenden Vorschläge gemacht? Es scheint, daß man in London die Forderungen der Entente noch nicht ernst genommen hat und daß man jetzt erst infolge der Sanktionen eingesehen hat, daß Lloyd George und Briand nicht mit sich spaßen lassen. Wenn dem so ist, dann war das ein unverantwortlicher und nicht wieder gutzumachender Leichtsinn. Man denke nur: wir hätten uns den Abbruch der Londoner Konferenz, die Besetzung der Ruhrkohlenhäfen, das neue Zollsystem im Rheinland, die 50prozentige Exportabgabe — alles das mit seinen Folgen und Aufregungen hätten wir uns ersparen können! Und wenn man schon bereit war, soweit zu gehen, warum dann die verzweifelte Blankovollmacht an Harding? Und warum hat man diese Note, deren Inhalt schon seit Tagen von der Auslandspresse bekannt gegeben wurde, nicht einmal mit dem Auswärtigen Ausschuß des Reichstags besprochen, obwohl man sich herausnahm, im Namen des deutschen Volkes zu sprechen?

Alles hatte man jetzt auf die eine amerikanische Karte gesetzt. Während Frankreich und England in London zusammenkamen, um zu beratschlagen, was man nach dem 1. Mai gegen Deutschland unternehmen wolle, schwieg die deutsche Regierung und erwartete Hardings Antwort. Sie kam und brachte eine große Enttäuschung: In dem Moment, wo in London ein neues Diktat an Deutschland redigiert wird, wo Briand bereits auf eigene Faust den Mobilmachungsbefehl nach Paris telegraphierte, in diesem Moment antwortete Harding: Es tut mir herzlich leid, aber Euer gutgemeintes Angebot taugt nicht zur Übermittlung an die Alliierten, macht schleunigst klare und zweckentsprechende Vorschläge direkt an die Entente. Wir haben von Anfang an den deutschen Hilferuf an Amerika, die verzweiflungsvolle Blankovollmacht an Harding als Fiasko unserer Außenpolitik be- und verurteilt, weil es nicht auf realpolitischen Möglichkeiten und Notwendigkeiten aufgebaut war, weil es die Mentalitäten Englands und Frankreichs außer Acht ließ und weil es über den Kopf der deutschen Volksvertretung hinweg gemacht wurde. Als wir gar erfuhren, wie schlecht das Angebot diplomatisch vorbereitet war, daß nicht einmal die deutschen Botschafter in London und Paris von den

Absichten der Reichsregierung unterrichtet waren, daß Lloyd George und Briand keine offizielle Information über diese Note erhalten haben, da haben wir die Aussichten dieses Schrittes ziemlich pessimistisch beurteilt. Wir konstatieren dies nicht aus Freude, daß wir wieder einmal recht gehabt haben, sondern um dem deutschen Volk die Augen zu öffnen, ihm zu zeigen, daß durch eine solche Politik keine Rettung aus dem Chaos gefunden werden kann. Noch immer warten wir auf jenes berühmte Wunder, auf das Wilhelm II. so oft vergebens gehofft hatte. Nehmen wir doch die Tatsachen, wie sie sind: Frankreich hat nun einmal die militärische Vormacht in Europa, vor allem mit Polen und mit der kleinen Entente, und England hat uns nun einmal als gefürchteten Konkurrenten auf dem Weltmarkt für einige Zeit ausgeschaltet, und Amerika ist mit diesen beiden politisch, moralisch und finanziell aufs allerstärkste liiert, und nur eine Politik im Rahmen dieser harten aber nackten Tatsachen hat überhaupt Sinn. Ob uns das paßt oder nicht paßt, ob wir vor Wut die ganze Welt mit Götterhaß zerschmettern wollten, — die Weltgeschichte frägt nicht nach frommen Wünschen. Wir müssen endlich sehend werden, endlich begreifen, daß auch Außenpolitik die Kunst des Möglichen ist, daß wir eben heute, nachdem unsere imperialistischen Weltbefreiungsideen zerschellt am Boden liegen, uns in bescheidenem Rahmen begnügen müssen, wenn wir nicht ganz untergehen wollen.

Die Folge des Scheiterns der amerikanischen Vermittlung war die Demission des Kabinetts Fehrenbach—Simons. Der Reichstag, der an dem Kabinettsrücktritt unschuldig war, stand jetzt vor der Aufgabe, eine neue Regierung zu bilden und gleichzeitig über das Ultimatum zu entscheiden, das damals von London eingetroffen war. Ich zitiere hier wortwörtlich den Artikel, den ich in dieser Situation am Morgen des 9. Mai in der Heidelberger „Volkszeitung" schrieb:

„Der Ausgang der Demission, mit dem sich das Kabinett Fehrenbach-Simons am Vorabend des Ultimatums aus der verzweifelten Lage zurückzog, stellt sich immer mehr als eine pflichtvergessene Torheit heraus." So beginnt eine Berliner Privatkorrespondenz im gestrigen zweiten Morgenblatt der „Frankfurter Zeitung". Sie bestätigt damit das, was wir in der letzten Woche wiederholt an dieser Stelle ausgesprochen haben, mit besonderer Deutlichkeit nochmals am vergangenen Samstag. Nur noch vier Tage trennen uns vom Ablauf des Ultimatums, noch weiß keine Partei des Reichstags wie sie sich zu dem Londoner Protokoll stellen soll; draußen im Volk kennt kaum einer den Inhalt der schwerwiegenden

Note. Dazu die furchtbaren Vorgänge in Oberschlesien, wo sich die Lage von Stunde zu Stunde zuspitzt, wo italienische Abstimmungstruppen in schwersten Feuerkämpfen mit den Polen stehen, deutsche Freiwilligenkorps sich in Scharen bilden, der Einsatz von Reichswehrtruppen geplant ist und wir, wenn nicht alle Zeichen trügen, vor der Katastrophe eines deutsch-polnischen Krieges stehen. Und immer haben wir noch keine verantwortliche Regierung, die energisch die Zügel in die Hand nehmen und noch retten könnte, was zu retten ist.

Es ist selbstverständlich, und wir haben es bereits am Samstag ausgesprochen, daß das Entscheidende jetzt die Stellungnahme zu den Beschlüssen von London ist; von ihr hängt das Programm der weiteren deutschen Außenpolitik und damit auch die Bildung der Regierung ab. Am Samstag abend und im Laufe des Sonntags mehrten sich die Meldungen, wonach bei den einzelnen Parteien in Berlin eine immer stärkere Stimmung zur Ablehnung des Ultimatums sich geltend mache; auch innerhalb der Sozialdemokratie sollen sich prominente Persönlichkeiten für eine Ablehnung einsetzen (!) Diese Meldungen zwingen uns zu einer klaren Stellungnahme unsererseits, es scheint uns in Berlin wieder einmal eine Art Katastrophenstimmung zu herrschen, die alle möglichen trüben Elemente dazu benützen, um im Trüben zu fischen. Zweifellos ist die Lage ungemein kompliziert und die Antwort auf die Londoner Schicksalsfrage ungemein schwieriger durch die Vorgänge in Oberschlesien, zumal dadurch, daß die Truppen der interalliierten Abstimmungskommission anscheinend trotz tapferster Bemühungen einiger, besonders italienischer Kontingente, nicht imstande sind, der Polen Herr zu werden. Diese Tatsache benützen nun wieder allerhand reaktionäre Elemente, die Entwaffnungsfrage in den Vordergrund zu schieben und für ihre militaristisch-chauvinistischen Ziele Propaganda zu machen. Herr v. Kahr befindet sich bereits in Berlin, um den bekannten bayerischen Standpunkt in der Entwaffnungsfrage zu vertreten, auch Herr Escherich, der Orgeschkommandant, befindet sich in der Reichshauptstadt, um die Vorgänge in Oberschlesien für seine Zwecke auszunützen. Und nun stelle man sich vor: eine verantwortliche Reichsregierung, die diesen bayerischen Quertreibern gegenüber die Lebensnotwendigkeiten des Reiches und die Zusammenhänge der Außenpolitik energisch genug vertreten könnte, ist nicht mehr da. Die Führung liegt z. Zt. völlig in den Händen der einzelnen Fraktionen bezw. der Fraktionsvorsitzenden und maßgebenden Cliquen. Daß bei dieser Sachlage noch obendrein reine parteipolitische Erwägungen eine über Gebühr große Rolle spielen, weiß jeder, der hinter die Kulissen des Fraktions-Parlamen-

tarismus geschaut hat. Keine Partei will sich von der andern an Nationalgefühl übertreffen lassen, man richtet seine Entscheidungen nach den andern, weil man nicht allein stehen will. Dazu kommen allerlei gutgemeinte Ratschläge sogen. „Sachverständiger", die leicht in verhängnisvoller Weise überschätzt werden.

Ein erstes Erfordernis, wenn wir zur Frage Annehmen oder Ablehnen Stellung nehmen wollen, ist: keine Phrasen, keine Gefühlspolitik und keine Katastrophenstimmung, sondern ruhiges Blut und kühl rechnende Vernunft! Und was sagt uns die Vernunft? Jedenfalls das Eine: Wenn auch nur die geringste Möglichkeit besteht, den Zahlungsplan des Obersten Rates auszuführen und wenn die Möglichkeit erhofft werden kann, daß wir durch Annahme einer Besetzung des Ruhrgebietes entgehen und es gelingen könnte, das Wiedergutmachungsproblem endlich aus dem Stadium des bloßen Forderns und Drohens in das der praktischen Arbeit und gegenseitiger Verhandlungen zu bringen: dann müssen wir annehmen. Annehmen und ablehnen, beides sind schwere Opfer und Übel für uns, weniger vielleicht im Augenblick als in ihren späteren Folgen; aber jetzt dreht es sich darum, das kleinere Übel von den beiden zu wählen, den Weg zu gehen, der am meisten Hoffnung auf einen Ausweg zu bieten scheint.

Nun gibt es Politiker, die meinen, das Ruhrgebiet sei doch rettungslos verloren, eine Besetzung desselben sei nicht so sehr schlimm, wir könnten sie ja doch nicht aufhalten, man solle es nur einmal darauf ankommen lassen, die Entente würde schon sehen, daß sie so zu nichts kommt. Wir sagen es offen heraus: dieser Standpunkt, der vielleicht manchem plausibel sein mag, scheint uns Katastrophenpolitik schlimmster Art zu sein, in dieser Richtung gibt es keinen Ausweg. Wir dürfen doch nicht vergessen: die Londoner Beschlüsse sind ein Kompromiß zwischen Briand und Lloyd George; letzterer hat unter Zuhilfenahme führender Londoner Wirtschaftskreise die Gewaltpolitik Briands bekämpft; die Blätter in Paris zeigen sich von dem Londoner Ergebnis nicht recht zufrieden, sie geben offen zu, daß Briand mit Rücksicht auf England und Amerika zurückweichen mußte. Würden wir jetzt ablehnen und damit den bereits bereitstehenden Truppen des Generals Dégoutte Gelegenheit zur Besetzung geben, so würde natürlich der französische Chauvinismus und Annexionismus sich in wilder Wollust austoben. Und dann nehme man doch die Besetzung des Ruhrge-

bietes, des Herzens der deutschen Industrie nicht leicht: eine beträchtliche Kohlensteuer — pro Tonne 20 Goldmark! — verbunden mit anderen wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen würde mit großer Wahrscheinlichkeit unsere Wirtschaft derart aus dem Gleise werfen, daß Arbeitslosigkeit und weitere wirtschaftliche Verelendung die unausbleiblichen Folgen wären. Und der Enderfolg? Zu einer Lösung des Wiedergutmachungsproblems würde dieser Weg für keinen der Beteiligten führen, früher oder später müßten doch wieder Verhandlungen kommen und ob dann unsere Position besser sein wird als heute? Um die Wiedergutmachungspflicht kommen wir ja nicht herum, wir haben sie in Versailles übernommen und die Welt erwartet sie von uns, das hat doch eben erst wieder die Haltung Amerikas für jeden, der sehen will, bewiesen.

Bietet denn aber nun die Annahme des Londoner Protokolls irgend eine Hoffnung und Möglichkeit der Lösung? Wir antworten nach reiflicher Überlegung: Ja und zwar die zurzeit einzig mögliche! Darauf deuten auch die bedeutsamen englischen Stimmen hin, die uns die Annahme empfehlen. Clynes, ein bekannter englischer Arbeiterführer, Asquith, der Führer der englischen Oppositionsliberalen, Lord Robert Cecil und Keynes, sie alle, die in schärfster Opposition zu Lloyd George stehen, raten uns, das Protokoll zu unterschreiben. Auch sie glauben nicht, daß Deutschland all das, was darin steht, Wort für Wort und für die Dauer erfüllen könne, aber sie halten die Anerkennung dieser Bestimmungen momentan für den einzigen Ausweg und sie glauben, wenn Deutschland daran geht, mit seinen Leistungen ernst zu machen, daß sich dann der weitere Weg schon wieder finden werde. Genau das ist auch unsere Meinung; eine Politik auf lange Sicht können wir ohnedies nicht treiben, was wir versuchen können ist lediglich — dank der alten kaiserlichen Katastrophenpolitik und des Zickzackkurses unter Fehrenbach-Simons — den Bestand des Reiches, der Wirtschaft und des Volkes von Etappe zu Etappe über die sich auftuenden Abgründe hinüberzuretten.

Wohl ist die Last der Londoner Bestimmungen für uns ungeheuer, ja schier unmöglich — wobei wir betonen möchten, daß man mit den Schlagworten von „Möglichkeit" und „Leistungsfähigkeit" recht vorsichtig sein muß, da heute kein Mensch sagen kann, was die deutsche Wirtschaft zu leisten imstande ist, wenn sie sich ernst und ehrlich in den Dienst der Wiedergutmachung stellt. — Auf 132 Milliarden Goldmark wird unsere Kapitalschuld angesetzt, jährlich sollen wir 2 Milliarden zahlen plus

einem Betrag im Werte von 26 Prozent unserer Ausfuhr. Im Grunde genommen wird ja nichts neues von uns verlangt, sondern nur die nähere Ausführung dessen, zu was wir uns im Friedensvertrag verpflichtet haben. Dagegen enthält das Londoner Diktat gegenüber den Pariser Januarforderungen und den Tendenzen der Franzosen nicht zu unterschätzende Vorteile. Es handelt sich jetzt nicht mehr um eine neue Deutschland verpflichtende Vereinbarung, sondern der ganze Mechanismus des Friedensvertrages als solchen tritt in Kraft, damit natürlich auch Artikel 234, wonach die Reparationskommission von Zeit zu Zeit Deutschlands Leistungen nachprüfen und seine Zahlungen ermäßigen kann. Diese Bestimmung gewinnt jetzt wieder erhöhte Bedeutung angesichts der Tatsache, daß Amerika, der Gläubiger Europas, in Zukunft wieder in der Wiedergutmachungskommission vertreten sein und sicher keine untergeordnete Rolle spielen wird. Zunächst sollen wir nur 50 Milliarden verzinsen, unsere Leistungen können ausdrücklich auch in Arbeit und Warenlieferungen für den Wiederaufbau bestehen. Natürlich bleibt die Last für uns immer noch sehr erdrückend, aber wenn man sich an das weitgehende Angebot erinnert, das das Kabinett Fehrenbach-Simons soeben noch an Harding gemacht hat, so wird man zu der Auffassung kommen müssen, daß man im gegenwärtigen Moment es nicht vertreten kann, durch eine Ablehnung Alles aufs Spiel zu setzen und damit auch jeden mäßigenden Einfluß für die Zukunft unmöglich zu machen!

Wir sind also der Meinung, daß die ruhige, kühl abwägende Vernunft uns gebietet auf den Boden des Londoner Ultimatums zu treten, um so besser natürlich, wenn noch durch entsprechende Gegenvorschläge eine günstige Änderung der einen oder anderen Bestimmung erreicht werden könnte! Wir brauchen so rasch als möglich eine Regierung, die aus dieser Erkenntnis heraus das nun einmal notwendig gewordene Ja sagt und ehrlichen, ernsten Willens daran geht, aktive Wiedergutmachungspolitik zu treiben unter Vermeidung all der Abwege, Irrwege und Unterlassungen, die uns soeben wieder an den Rand des Abgrundes geführt haben. Wir brauchen ein Volk, das den Ernst der Stunde begreift und das Willens ist, seiner Regierung den schweren Schritt und vor allem seine Durchführung zu erleichtern. Jetzt hilft kein Klagen und Jammern, kein Schimpfen und stolzes Sichaufbäumen, der Weg ist uns vorgezeichnet, eng und steil, steinig und mit Dornen bewachsen. Aber es ist der einzige, der dicht am Abgrund vorbei noch zur Höhe führen kann. Das Notwendige mit Freiheit tun, ist wahre geschichtliche Größe! Werden wir sie besitzen? . . . ."

Es wurde in letzter Stunde und höchster Not eine Lösung gefunden. Zentrum und Sozialdemokratie hatten den Mut gefunden, unter Leitung des Reichskanzlers Wirth eine neue Regierung der Annahme des Ultimatums und seiner Erfüllung zu bilden. Die Demokraten schlossen sich dieser Regierung an und die Unabhängigen sicherten ihr wohlwollende Neutralität zu in der Überzeugung, daß uns jetzt nur eine starke Linksregierung vor völligem Chaos bewahren könnte. Sofort ging man daran, mit der Durchführung der Entwaffnungsbedingungen Ernst zu machen und selbst die Entwaffnung der bayerischen Selbstschutzorganisationen, die bisher schier unmöglich schien, wurde durchgeführt. Gleichzeitig begann man auch mit den Reparationszahlungen, von denen jetzt mit der ersten Goldmilliarde am 31. August die erste Rate abgetragen worden ist. Zur Bewältigung des schwierigen und heiklen Problems des Wiederaufbaues Nordfrankreichs und der damit zusammenhängenden Sachleistungen der deutschen Wirtschaft wurde kein Geringerer als der Präsident der A.E.G. Walter Rathenau zum Wiederaufbauminister berufen, dem erst vor kurzem der Pariser Professor Dr. Gaston Raphael in einem Buche über Walter Rathenau ein ehrendes und außerordentlich anerkennendes Denkmal gesetzt hat. Es ist Rathenau gelungen, in langwierigen Verhandlungen mit Loucheur, dem französischen Wiederaufbauminister, die Frage des Wiederaufbaues aus der schwülen und leidenschaftlichen Atmosphäre der Politik auf den Boden nüchterner geschäftlicher Verhandlungen herabzuholen und in dem Abkommen von Wiesbaden zu einer vorläufigen Regelung zu bringen. Den Hauptkern dieses Abkommens stellt zweifellos die Lieferung von Sachwerten dar und es muß Rathenau hoch angerechnet werden, daß es ihm gelungen ist, einen doch immerhin ansehnlichen Teil der deutschen Reparationsleistungen — Leistungen im Werte von 7 Milliarden Goldmark — in Form von Sachleistungen erfüllen zu lassen, was vermehrte Beschäftigung unserer Industrie, Stärkung unserer Wirtschaft und vor allem Vermeidung der leidigen Devisenaufkäufe durch das Reich bedeutet. Natürlich wäre es für Deutschland am vorteilhaftesten gewesen, wenn diese 7 Goldmilliarden in den nächsten 5 Jahren voll auf sein Wiedergutmachungskonto angerechnet worden wären; aber Frankreich konnte sich dazu nicht verstehen, da sonst sein Bargeldanteil zu klein würde und es bares Geld braucht, um seine drückendsten Auslandsverpflichtungen abzulösen. Nach den Wiesbadener Abmachungen soll deshalb jährlich nur eine Goldmilliarde maximal Deutschland gutgeschrieben werden, für die Differenz soll Deutschland Gläubiger Frankreichs werden, d. h. die sofort gemachten Leistungen sollen erst von einem späteren Zeitpunkt an zur Anrechnung kommen, sie werden für die Zeit der

Stundung von Frankreich mit 5 Prozent verzinst. Das bedeutet für Frankreich zweifellos ein günstiges Geschäft und bereits hat ja die Kritik an diesem Abkommen und an Rathenau selbst eingesetzt, die natürlich alle reaktionären und antisemitischen Kreise für ihre Zwecke weidlich auszunützen wissen. Ein endgültiges Urteil wird erst nach Veröffentlichung der einzelnen Punkte des Abkommens möglich sein. Aber zweifellos bleibt es eine Leistung Rathenaus und eine Stärkung des außenpolitischen Prestiges des jetzigen Kabinetts, daß es gelungen ist, in sachlichen unmittelbaren Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich ohne Sanktionen und ohne Bajonette eine wichtige Teilfrage des Reparationsproblems zur Lösung zu bringen, vielleicht darf das als Anfang einer weiteren vernünftigen deutsch-französischen Verständigungsarbeit bewertet werden.

## Rückblick und Ausblick

Mit der Annahme des Londoner Ultimatums durch das Kabinett Wirth, mit der Durchführung der Entwaffnung und dem Beginn der ersten Reparationszahlungen hat der erste Abschnitt der deutschen Außenpolitik seit Versailles sein Ende gefunden. Es war die Zeit des Zurechtfindens innerhalb der durch die Revolution und durch den Friedensvertrag geschaffenen Verhältnisse, die Zeit der Wirrungen und Irrungen. Der Weg von Versailles nach London und Wiesbaden ist der deutschen Politik nicht leicht geworden. Ungeheuer schwer lastete auf ihr das böse Erbe, das die Vorkriegs- und Kriegspolitik des alten kaiserlichen Systems hinterlassen hatte und das es jetzt unter den schwersten Opfern zu liquidieren galt und es war ein bedauerliches Zeichen für die politische Unreife weitester Kreise, daß sie sich immer wieder durch die demagogischen Schlagworte der Anhänger des alten Systems und der alten Gewaltpolitik gegen die Notwendigkeiten der neuen deutschen Außenpolitik einfangen ließen. Dazu kam das Unverständnis, mit dem maßgebende Kreise des Auslandes, insbesondere in den Staaten, die in erster Linie auf Grund der Reparationsbedingungen an dem Leben der deutschen Wirtschaft interessiert sein mußten, der Schwierigkeit der deutschen Situation gegenüberstanden. Aber trotzdem haben sich die großen politischen Notwendigkeiten der Gegenwart durchgesetzt und es ist erfreulich, daß sie das getan haben. Es ist gelungen, die demokratische Republik, die neue deutsche Reichsverfassung durch alle Anstürme von rechts und von links hindurchzuretten und gerade die Vorgänge der letzten Wochen haben wieder ge-

zeigt, daß sie fester steht denn je. Und auch in der Außenpolitik beginnen sich allmählich mit elementarer Wucht die Notwendigkeiten des internationalen Gemeinschaftslebens wieder durchzusetzen. Immer mehr erkennt man in den Siegerstaaten, daß man Deutschland nicht ungestraft auf die Dauer knebeln und gänzlich aus Politik und Wirtschaft ausschalten kann, immer lauter ertönen die Stimmen, welche eine Milderung der Friedensbedingungen, Wiederaufnahme freier Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland, die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund und ähnliches fordern. Auch in Frankreich bricht sich immer mehr die Erkenntnis Bahn, daß Frankreichs Schicksal unlöslich an das deutsche gekettet ist, daß seine Wirtschaft mit der deutschen steht und fällt und daß es seine weitgehenden Reparationsansprüche nur erfüllt bekommen kann, wenn Deutschlands Wirtschaft wieder in Gang kommt. Diese Erkenntnis wird stärker werden, sie wird sich auch in der französischen Politik immer mehr durchsetzen trotz aller Gegenströmungen, je mehr Deutschland auf der Bahn weiterschreitet, die es mit der Unterschrift unter das Londoner Ultimatum eingeschlagen hat. Je fester in Deutschland die Republik steht, je ehrlicher wir daran gehen, unsere Demokratie auszubauen und je einflußloser die militaristisch reaktionären Kreise in der Politik werden, um so mehr Vertrauen wird uns das Ausland wieder entgegenbringen. Hier gilt es, eine große Schuld des alten Systems wieder gutzumachen, an der die besten Kräfte unserer Nation mitarbeiten müssen. Je pazifistischer Deutschland wird, je mehr auch der kleinste Schein irgend welcher kriegerischen Gelüste verschwindet, um so mehr wird dadurch der Boden des französischen Militarismus unterhöhlt, der doch nur von der deutschen Reaktion sein Leben fristet. Und je konsequenter wir daran gehen, die Reparation zu leisten, zu zeigen, daß wir guten Willens sind, alles daran zu setzen, um unsere eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen, um so leidenschaftsloser wird die weltpolitische Atmosphäre Deutschland gegenüber werden, um so mehr wird sich dann zeigen, daß die Durchführung aller dieser Bestimmungen im einzelnen, die ja zum großen Teil weniger von wirtschaftlichen Bedürfnissen und Notwendigkeiten als von politischer Leidenschaft diktiert worden sind, gar nicht im Interesse der anderen Mächte liegt und um so bereiter zur Revision werden sie sein. Revision, Überwindung des Friedensvertrages durch Leistung, durch Erfüllung in den Grenzen des überhaupt Möglichen, das war der Leitgedanke, unter dem die neue deutsche Regierung gebildet worden ist, er hat bis jetzt das Kabinett beherrscht und es muß die Hauptaufgabe insbesondere der deutschen Außenpolitik sein, stets und ständig nach diesem Leitgedanken Politik zu treiben. Er erfordert Kraft und Opfergeist, Weitblick, der das Er-

reichte nicht nur nach dem Augenblick, nicht nur nach dem innerpolitischen Echo abschätzt, sondern imstande ist, Jahrzehnte zu überschauen und große Ziele ins Auge zu fassen. Wird uns diese Aufgabe nicht erdrücken, wird unsere ganze ehrliche Arbeit nicht unnütz sein, werden die großen neuen Gegensätze, die sich inzwischen zum Teil im Anschluß an den Friedensvertrag in der Welt aufgetan haben, nicht aufs neue die Welt in Brand stecken? Wir wissen das nicht. Aber unsern Weg kennen wir, er kann nur der oben bezeichnete sein und ihn müssen wir unter allen Umständen gehen. Vor allem müssen wir vermeiden, diese Gegensätzlichkeiten noch zu verschärfen durch naives Gegeneinanderausspielen der Mächte, mit denen wir Politik zu treiben haben. Die Basis unserer Außenpolitik muß die Weltstaatengemeinschaft, der Völkerbund sein und als Anfang dazu die Arbeitsgemeinschaft der europäischen Staaten, die Schaffung des Systems der Vereinigten Staaten von Europa. Wohl wird diese Aufgabe besonders bezüglich Frankreichs ungemein schwierig und nicht nur von unserem guten Willen abhängig sein, aber wir müssen sie in Angriff nehmen, weil ohne sie unsere politische Arbeit nutzlos ist. Nur eine enge deutsch-französische Zusammenarbeit kann eine Lösung der Reparationsfrage bringen, die für beide Teile von Vorteil ist. Nur eine enge deutsch-französische Zusammenarbeit kann im Bunde mit Rußland und mit den Staaten des Balkans Ruhe und Frieden für Europa bringen und diese wird das beste Fundament für praktische Völkerbundsarbeit sein. Wir schließen unsere Ausführungen, indem wir unter voller Zustimmung Georg Bernhard zitieren, der in der „Vossischen Zeitung" vom Sonntag, den 11. September unter der Überschrift „Europäische Entente" die folgenden Sätze über die Notwendigkeit einer gemeinsamen deutsch-französischen Europapolitik geschrieben hat:

„Die europäische Einheit muß überhaupt der Grundsatz jeder deutschen auswärtigen Politik der nächsten Zukunft sein. Von der Richtigkeit dieses Grundsatzes sind heute bereits die anderen europäischen Staaten fast ohne Ausnahme überzeugt. Ein Ausfluß dieser Idee ist letzten Endes auch die kleine Entente. Selbstverständlich hat sie Augenblicksziele, die den Sonderinteressen der einzelnen ihr angeschlossenen Staaten entspringen. Aber in ihren Handlungen hat die kleine Entente bisher mehrfach schon deutlich gezeigt, daß sie ein Instrument des Friedens zunächst für Osteuropa sein will. . . . .

Der Gedanke der europäischen Einigung muß in Frankreich um so tiefer Wurzel schlagen, je mehr man

dort die Isolierung erkennt, in die Frankreich ohne europäischen Rückhalt zu geraten droht. Die französisch-englischen Finanzverhandlungen, die augenblicklich im Gange sind, haben einem großen Teil der französischen Öffentlichkeit den Blick für diese Isolierung geschärft. Der Kampf um den Anteil an der ersten deutschen Goldmilliarde ist für Frankreich ein deutlicher Beweis, daß es nicht immer der schlechte Wille Deutschlands ist, der die Franzosen in Gefahr bringt. Denn diese Milliarde ist von Deutschland gezahlt. Auf die Verteilung hat Deutschland keinen Einfluß. Aber der englische Partner, der bisher schon recht erhebliche Anzahlungen auf seinen Kriegsgewinn erhalten hat, enthält dem nach Leistungen dürstenden Frankreich die Beteiligung vor. Vom Rechtsstandpunkt wird sich sicher der englische Einwand halten lassen. Aber es handelt sich hier um Fragen der Politik, und es hat den Anschein, als ob die englische Weigerung die Antwort auf die deutsch-französischen Verhandlungen in Wiesbaden ist. Auch in Wiesbaden konnte von schlechtem Willen Deutschlands keine Rede sein. Es ist auch ganz zweifellos, daß in Deutschland niemand die Absicht hat, die Zerstörungen, die der neue Valutasturz (zum Teil eine Folge der Schwierigkeit der Aufbringung der Leistung) im deutschen Wirtschaftsleben angerichtet hat, zu einem neuen Vertragsbruch auszunutzen. Deutschland wird aufs eifrigste sein Bemühen fortsetzen, weiter den Vertrag von Versailles zu erfüllen. Und die Verhandlungen in Wiesbaden haben ja gerade den Zweck gehabt, für einen Teil der Leistungen die Valutaschwierigkeiten bei der Devisenbeschaffung auszuschalten. Nun macht aber in dieser Situation Frankreich einen verhängnisvollen Fehler, oder würde mindestens einen solchen machen, wenn es die Drohungen mancher seiner Politiker erfüllte, die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen im Rheinland zu verschieben. — Die wirtschaftlichen Sanktionen wurden inzwischen aufgehoben, die Aufhebung der militärischen Sanktionen soll bevorstehen! — Es würde hier eine Maßnahme gegen Deutschland treffen, um sich für Verhandlungen gegenüber England zu stärken. Damit wird von neuem jede Verständigungsabsicht auf deutscher Seite erschwert und nur Frankreich weiter in eine Isolierung hineingetrieben, die ihm die Erfüllung seiner eigenen Verpflichtungen erschwert und außerdem eine wirksame Zusammenfassung der kontinentalen Wirtschaftskräfte mindestens hinausschiebt. Beide Staaten haben dasselbe Interesse an dieser Einigung, die das Leitmotiv jeder vernünftigen auswärtigen Politik Deutschlands sein muß, und die nicht minder ein Lebensproblem für Frankreich bedeutet. Man möge in

Frankreich doch bedenken, daß, wenn es einmal notwendig werden sollte, die Bestimmungen des Ultimatums gegenüber Deutschland zu ändern, jede Erfüllung der gegenüber Frankreich übernommenen Pflichten Deutschland im wesentlichen nur durch besondere europäische Wirtschaftsvereinbarungen ermöglicht werden könne. Jede Devisenbeschaffung Deutschlands für die Reparation beruht auf der Möglichkeit Deutschlands, zu exportieren. In dem Maße, wie die westlichen Staaten sich gegen deutsche Waren absperren, erschweren sie diese Devisenbeschaffung und damit alle Zahlungen auch an Frankreich. Immer deutlicher wird es durch die ganze Handelspolitik der Weststaaten, daß überhaupt nur das wirtschaftliche Zusammenarbeiten zwischen Deutschland und Frankreich und vornehmlich europäische Ausfuhrmöglichkeiten die Stütze jeder wirksamen deutsch-französischen Reparationsmaßnahme werden können. Alle solche Vereinbarungen aber haben zur Voraussetzung eine europäische Einigkeit und werden ganz unmöglich gemacht sowohl durch eine Isolierung Frankreichs wie durch die Ausschaltung Deutschlands aus dem Zusammenhang der europäischen Staaten."

## Nachtrag zu Seite 23

Wenn die soeben bekanntwerdende Genfer Entscheidung des Völkerbundsrates durch den Obersten Rat zur Tatsache werden sollte, so würde bezüglich des Oberschlesischen Problems eine völlig neue Situation gegeben sein, die sich aber augenblicklich in ihren Konsequenzen noch nicht übersehen läßt.

EDUARD VEHSE

# SÜDDEUTSC
# FÜRSTENHOFE

Herausgegeben von Gustav Mayer

*

I. Band: Der bayrische Hof
II. Band: Der württembergische und badische Hof
III. Band: Der hessische Hof

mit dem Hofe von Hessen-Kassel, den Nebenlinien Rothenburg, Philippsthal-Barchfeld und dem Hofe von Homburg

*

Preis jedes Bandes in künstlerischen Pappbänden je 30 Mark. Geschenkausgabe, auf besserem Papier und mit breitem Rande. Halbpergament, je 100 Mark.

Die Neuherausgabe des Vehseschen Geschichtswerkes bedarf keiner Rechtfertigung. Der Wert dieser Art Geschichtsschreibung liegt in dem gewaltigen Quellenmaterial, das mit erstaunlichem Fleiß und bewundernswertem Geschick bearbeitet wird. «Daß Vehse in besonders reichem Maße als Quellen ungeschminkte zeitgenössische Berichte, gelegentlich auch wohl Pamphlete, daß er Memoiren und anekdotisches Material benützt und wörtlich zitiert, daß er verschmäht, Ereignisse und Persönlichkeiten von einer so hohen Warte aus zu betrachten, daß alle Konturen und Proportionen sich verwischen und das Detail unkenntlich wird, daß er seinen Standpunkt, unbeschadet seines klaren und selbständigen Urteils inmitten der Dinge nimmt — das will uns heute der besondere Wert seiner Geschichte dünken, das gibt seiner Methode der Forschung und Schilderung ihr reizvolles Cachet.»

*

G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe
Karlfriedrichstraße 14.